

Karl-Heinz Ohlig

Das „Weiter so“

Bisher sind kaum Veränderungen im Gefolge des verbreiteten Missbrauchs Minderjähriger erfolgt.

Wer noch geglaubt hatte, die mittlerweile weithin aufgedeckten und veröffentlichten Missbrauchsfälle sowie die Kritik an den in der Vergangenheit üblichen Verdeckungspraktiken der Amtskirche hätten einen Wandel herbeigeführt, muss sich mehr und mehr enttäuscht fühlen. Dabei wären diese auch im Hinblick auf die entsetzte Reaktion der kirchlichen Öffentlichkeit dringend notwendig.

Zwar ist manches wohl anders geworden, aber die großen Worte und Schuldeingeständnisse nach den Enthüllungen werden nicht realisiert. Immer noch gibt es Bischöfe, die keinen Zugang zu ihren Archiven zulassen, und immer deutlicher wird, dass die Ankündigungen, jetzt müsse über alle Aspekte gesprochen werden, die vielleicht ursächlich für die Misere sind, nicht wahrgemacht werden. Oder wo gibt es amtliche Diskussionen über die theologisch naive Fixierung auf geweihte Priester als die verantwortlichen Seelsorger oder den Einsatz von „Laien“ als Gemeindeleiter? Wo wird ernsthaft über die Beteiligung von Frauen in der Gemeindeleitung diskutiert? Und selbst der Zölibat, der in ersten Verlautbarungen zumindest als ein (auch) mögliches Motiv für die verbreitete Missbrauchspraxis genannt wurde, scheint mittlerweile wieder aus der Diskussion zu sein.

So hat ausgerechnet der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Missbrauchsangelegenheiten, Bischof Stephan Ackermann (Trier), den Zölibat von jeglicher „Schuld“ entlastet und sein Weiterbestehen auf Dauer bekräftigt.

Dabei hätte der Bischof auch einen weiteren schlimmen Missbrauchsskandal bedenken müssen, der zwar nichts mit Minderjährigen zu tun hat, aber katastrophale Verhaltensweisen deutlich macht: den weit in vielen kirchlichen Regionen verbreiteten sexuellen Missbrauch von Nonnen durch

Priester und Bischöfe. Die FAZ ist diesem Phänomen auf mehr als einer halben Seite nachgegangen (14.02.19, S. 3), und sie bezieht sich dabei auf öffentlich zugängliche und gesicherte Daten. Nur ein Beispiel: „In einem andere Fall sollen Priester eine Ordensobere aufgefordert haben, ihre Schwestern für sexuelle Gefälligkeiten zur Verfügung zu stellen. Als die Oberin dies verweigert habe, hätten die Priester zu ihr gesagt, dass sie in diesem Fall gezwungen seien, sich Frauen im Dorf zu suchen, was sie dem Risiko aussetze, sich mit Aids zu infizieren“ (FAZ, ebd.). Und das hat mit dem Zölibat nichts zu tun? Ebenso wenig, wenn ein Bischof in Indien bei staatlichen Gerichten angeklagt ist, eine Ordensschwester 13mal vergewaltigt zu haben? Usw. Die Unsumme ähnlicher Vorfälle lässt den biederen Katholiken erschrecken.

Der Papst scheint entschlossen, etwas zu tun. Immerhin hat er einen bisher hoch angesehenen Kardinal zwangsläufig. Aber darf man allzu viel erwarten von der bevorstehenden Missbrauchskonferenz im Vatikan vom 21.-24. Februar 2019, zu der 180 Teilnehmer geladen sind? Schon vorweg wurde die bisher übliche Bezeichnung „Missbrauchskonferenz“ in „Kinderschutzkonferenz“ geändert. Wahrscheinlich sind mehr oder weniger allgemeine Vorschläge das Ergebnis. Die Skandale werden wohl kaum ernsthaft erörtert, und auch nicht sind Einsichten zu erwarten, dass Vieles an der kirchlichen Struktur geändert werden müsste. Und wenn es Schuldbekennnisse gibt, werden sie die Hierarchie außen vorlassen. Vielleicht täuschen wir uns, aber die Erwartungen sind sehr eingeschränkt.

Karl-Heinz Ohlig

Ist das Christentum eine Schriftreligion?

Spontan würde man ja antworten: Selbstverständlich ist das Christentum, wie auch z.B. Judentum und Islam, eine Schriftre-

ligion. Altes und Neues Testament sind die normativen Texte, die das Christentum konstituieren und zugleich immer neu als Kriterium dienen.

Nun ist es in allen sogn. Schriftreligionen zu beobachten, dass einmal fixierte und als kanonisch akzeptierte Schriften keineswegs genügen, um die späteren Entwicklungen in einer Religion so einfach zu bestimmen. Sie gehören einer vergangenen Zeit an und kennen nicht die Fragen und Diskussionen der nachfolgenden Generationen. Deswegen bilden die genannten Religionen weitere normative Literaturen aus, die unmittelbar auf die neuen Fragen eingehen – natürlich mit dem Versuch, die Aussagen des kanonischen Schrifttums zu beachten.

Diese neuen Schriften werden im Christentum unter dem Begriff „Tradition“ zusammengefasst. Vor allem das Schrifttum der alten Zeit steht dabei in hoher Geltung und bestimmt die Interpretation auch des kanonischen Schrifttums, aber auch Jahrhunderte spätere theologische Entwicklungen entfalten ihren Einfluss auf das Verständnis der Schrift. Ebenso wird im Islam der Koran von der Sunna her gelesen und verstanden oder im Judentum vom Talmud oder anderen späteren Schriften her. Oft wirken die späteren Texte bestimmender auf das Glaubensverständnis ein als die kanonische Schrift selbst. Letztere sind also in keiner Religion so einfach die alles bestimmende Norm, so sehr dies auch postuliert wird.

Im Christentum kommt eine weitere Beobachtung hinzu: Es hat Jahrhunderte gedauert, bis „die Schrift“ als kanonisch vorlag. Zwar hatte das Christentum, das ja aus der jüdischen Religion entstanden ist, von Anfang an eine heilige Schrift, nämlich das später so genannte Alte Testament. Die Schriften des sogn. Neuen Testaments kamen erst später hinzu.

Aber auch das Alte Testament macht Probleme: es war zur Zeit Jesu und der Urkirche noch nicht eindeutig in seinem Umfang bestimmt. Es waren zwei Formen eines alttestamentlichen Kanons verbreitet, deren Umfang jeweils schwer zu bestimmen ist: eine Sammlung, die im palästinischen Raum in Umlauf war, und eine größere Sammlung im hellenistischen Diasporaju-

dentum, mit zusätzlichen Schriften und Erweiterungen. Wahrscheinlich sah sie so ähnlich aus wie die griechische Übersetzung des „Alten Testaments“, die Septuaginta (obwohl auch deren genauer Inhalt noch offen war). Diese „offene“ Situation war im Judentum bald zu Ende: Nach den verlorenen Aufständen gegen Rom begann endgültig das Leben der Juden vor allem in der Diaspora, und es wurde notwendig, nach dem Verlust des Tempels die eigenen Grundlagen festzulegen. So kam es seit dem zweiten Jahrhundert zu einer Beschränkung auf den „engeren“ Kanon der hebräischen Bibel, angeblich auf einer jüdischen Synode in Jabne, die aber historisch nicht nachweisbar ist. Aber die zusätzlichen Schriften und Erweiterungen der Septuaginta wurden fortan abgelehnt.

Wahrscheinlich galt auch für Jesus und seine Jüngerkreise der palästinische Kanon als heilige Schrift. Aber es gab dann bald einen Umbruch: die Autoren des späteren Neuen Testaments schrieben auf Griechisch, meist adressiert an griechischsprachige Juden- und „Heidenchristen“. So wird für sie die Septuaginta die heilige Schrift, aus ihr zitieren sie und berufen sich auf ihre Erzählungen. Das blieb fortan so, die Versuche einiger Theologen wie Hieronymus, zur „hebraica veritas“ zurückzukehren, blieben erfolglos. Die hebräische Bibel der Juden und das „christliche“ Alte Testament sind also nicht immer deckungsgleich. Die Liste von 45 alttestamentlichen Büchern findet sich erstmals in den afrikanischen Synoden gegen Ende des vierten Jahrhunderts (Hippo 393, Karthago 397 und 419), übernommen von den Konzilien von Florenz im Jahr 1441 und in Trient. Die evangelischen Kirchen rechnen einige seiner Schriften als deuterokanonisch nicht zur alttestamentlichen Schrift.

Aber es gibt ein weiteres Problem: Von Anfang wurde die „heilige Schrift“, das in seinen Grenzen noch offene „Alte Testament“, anders als im Judentum gelesen, nämlich als Prophezeiung auf Jesus hin. Weissagungen des Alten Testaments mussten die Heilsrolle Jesu, bald auch die Trinität begründen. Nur in dieser Hinsicht war es christliche heilige Schrift, was zu einer teilweise exegetisch unmöglichen Verwendung alttestamentlicher Stellen führte. Aber eines wird deutlich: nicht die jüdische

Bibel war als Schrift für die Christen kanonisch, sondern nur in ihrer *interpretatio Christiana*. Dies führte auch dazu, dass Partien des Alten Testaments, die der Sache Jesu widersprachen, keine Rolle mehr spielten – wie z.B. die Speise- oder Reinigungsvorschriften, bald auch die Beschneidung – oder allegorisch gedeutet wurden. Obwohl sich Juden und Christen auf die gleichen Schriften bezogen, verstanden sie diese je anders, ihre kanonische Geltung war nicht die gleiche.

Die neutestamentlichen Schriften sind in der Zeit von rund 100 Jahren nach dem Tod Jesu entstanden. Aber sie spielten zunächst als Schriften keine Rolle, wichtigste Autorität war vielmehr Jesus, der mittlerweile als Christus bekannt wurde. Seine Worte und Taten waren normativ, und sie wurden zitiert als lebendige Anrede, als *vi-va vox* Jesu oder bald auch der Apostel. Erst mit dem weiteren Zeitablauf wurde man sich bewusst, dass die Worte Jesu oder der Apostel nur noch schriftlich vorlagen; Zitate wurden aus diesen Schriften genommen.

Die christlichen Gottesdienste, vor allem die Eucharistiefeier, wurden in Analogie zu den Regeln des Synagogengottesdienstes gestaltet. So wurde der Eucharistiefeier ein Wortgottesdienst vorgeschaltet, bei dem aus der „Schrift“, also dem Alten Testament, vorgelesen wurde. Um die Mitte des zweiten Jahrhunderts aber ging man dazu über, auch aus den (später so genannten) neutestamentlichen Schriften vorzulesen. Justin (um 165 gestorben) bezeugt, dass in den Gottesdiensten auch die *apomnemonemata ton apostolon* (die Erinnerungstücke der Apostel), vor allem wohl aus Evangelien, vorgelesen wurde. Diese Praxis schließt ein, dass „neutestamentliche“ den alttestamentlichen Schriften in ihrer Geltung als *heilige Schrift* parallelisiert wurden. So spricht einige Jahrzehnte später als erster der nordafrikanische Theologe Tertullian (gestorben 220) von den Schriften des Alten Testaments (des alten Bundes) und des Neuen Testaments (des neuen Bundes).

Weil die christliche heilige Schrift in Anfängen also erst in der zweiten Hälfte des zweiten Jahrhunderts als solche wahrgenommen wurde, gibt es die These, dass das

Christentum mehr als einhundert Jahre keine neutestamentliche Schrift besaß, so dass ihre Anerkennung als kanonisch eine Leistung der Kirche gewesen sei. Dabei soll aber die Schrift *norma normans* auch für die Kirche sein. Wie kann sie das, wenn diese sie erst „geschaffen“ hat? Die sich hieraus ergebenden theologischen Kontroversen sollen hier nicht weiter erörtert werden.

Immerhin lässt sich beobachten, dass es von Anfang an eine alles bestimmende Autorität in der Kirche gab, nämlich Worte und Taten Jesu (und der ihn bezeugenden Apostel). Das blieb auch so nach der Etablierung neutestamentlicher Schriften, sie sind kanonisch im Bezug zu Jesus Christus. Es kam also nicht eine neue Autorität in der Kirche hinzu, sondern es wurde lediglich wahrgenommen, dass mit dem Zeitablauf Jesus nur noch durch die vorliegenden schriftlichen Zeugnisse zugänglich war. Erkannt wurde der mittlerweile gegebene *Schriftcharakter* der Jesustradition – nicht eine neue Autorität.

Die Auffassung, dass es christliche Schriften gab, die als heilige Schrift aufzufassen seien, warf natürlich die Frage auf, was denn dazu zu zählen sei, es geht um den Umfang des Neuen Testaments. Wie zeitgenössische Texte bezeugen, gehörte wohl schon in der zweiten Hälfte des zweiten Jahrhunderts der Vier-Evangelien-Kanon, inklusive der Apostelgeschichte, dazu, ebenso die Paulusbriefe (nur der Philemonbrief wurde noch von einigen diskutiert). So war der Kern des Neuen Testaments schon relativ früh fest umrissen.

Die übrigen Schriften – einige später als apokryph bezeichnete Schriften, z.B. Evangelien, die Apostelnamen trugen, vor allem aber die Briefliteratur – waren noch in den Gemeinden umstritten: der Kanon der „Antilegomena“ (der – noch – „umstrittenen“ Schriften). Viele später apokryph genannten Schriften wurden im Verlauf des dritten und vierten Jahrhunderts ausgeschieden und andere in das Neue Testament in seinem heutigen Umfang aufgenommen. Noch länger umstritten waren zum einen die Apokalypse des Johannes und der Hebräerbrief. Die Apokalypse fand aus verschiedenen Gründen Gegner, vor allem, aber nicht nur im Osten der Kirche, der

Hebräerbrief war vor allem im Westteil der Kirche umstritten.

Den heutigen Kanon von 27 Schriften bietet als erster Athanasius (gest. 373) in seinem 39. Osterfestbrief aus dem Jahr 367 für den Osten, im Westen drei afrikanische Synoden (in den Jahren 393, 397 und 419) sowie ein Brief des Papstes Innozenz I. an den Bischof Exsuperius von Toulouse aus dem Jahr 405. Obwohl dies alles mehr regionale Verlautbarungen waren, setzte sich dieser Kanon in der Folgezeit durch und wurde – gesamtkirchlich (oder genauer: gesamt katholisch) – erst vom Konzil von Trient, kurz vor der Mitte des 16. Jahrhunderts, bestätigt. Dies gilt auch, wie gesagt, für die formale Festlegung des alttestamentlichen Kanons.

Altes und Neues Testament sind also keine „vom Himmel gefallene“ Bücher, die Norm für alles Christliche sind. Vielmehr sind sie in einem langen Prozess entstanden und schließlich als kanonisch anerkannt worden. Dabei scheint ihre kirchliche Rezeption als kanonische Schriften vor allem christologisch begründet zu sein: das Alte Testament als eine Art Vorgeschichte, ohne die die Gestalt Jesu und seine Verkündigung nicht zu verstehen wären (aber keinesfalls im Sinne einer schlichten Weissagung oder Prophezeiung Jesu), das Neue Testament als einziger geschichtlicher Zugang zu Leben und Sache Jesu; bei geschichtlichen Phänomenen, so auch bei Jesus, bleibt im Lauf der Zeit nur noch die Möglichkeit, auf alte schriftliche Zeugnisse zu rekurrieren, so schwierig auch deren exakte historische Zuverlässigkeit zu eruieren ist.

Schriftreligion ist das Christentum also nur in einem (vom Christusbekenntnis) abgeleiteten Sinn, und wenn auch Altes und Neues Testament Richtschnur für alle weiteren christlichen Entwicklungen, also kanonisch, sind, gibt es deswegen eine große Freiheit der Interpretationen und eingeschränkter Geltung einzelner Passagen. Die christliche Schriftbindung ist anders als etwa die des Islam an den Koran, der die Offenbarung Gottes als Dokument enthält und in seinem Wortlaut sakrosankt ist.

Gregor Tischler

Würdenträger schwiegen - Einzelne nicht

Die "Weiße Rose" als erschütterndes Lehrbeispiel

Auch wenn seit Ende des 2. Weltkrieges fast ein Dreivierteljahrhundert vergangen ist, bleibt, nicht nur für Christen, eine gravierende Frage aktuell: Haben neben so vielen anderen auch die beiden großen Kirchen angesichts der unermesslichen und keineswegs immer geheimen Verbrechen der NS-Diktatur moralisch versagt? Indes, ein klares Ja oder Nein wird dieser Fragestellung nicht gerecht. Das Bild, das uns eine seriöse, faktenorientierte Forschung bietet, hat allzu viele Facetten.

Wer nicht zu differenzieren weiß, dessen Antwort bleibt oberflächlich und plakativ.

In den ersten Jahren nach dem Krieg herrschte in Kirchenkreisen die Überzeugung vor, die Christen hätten, von Ausnahmen abgesehen, Hitler nicht unterstützt oder gar Widerstand geleistet. Im Protestantismus berief man sich etwa auf die Barmer Erklärung von 1934, auf die "Bekennende Kirche", auf Karl Barth und vor allem auf Märtyrer wie Dietrich Bonhoeffer. Katholischerseits konnte man publikumswirksam auf die Enzyklika "Mit brennender Sorge" vom März 1937, die Predigten des Bischofs von Galen gegen die sog. Euthanasie (August 1941), auf den Berliner Dompropst Lichtenberg (und sein Abendgebet im Sommer 1941 für die Insassen der KZs) oder auf den Dachauer "Priesterblock" verweisen.

Dass eine solche Sichtweise doch recht einseitig war, sollte sich in der Folgezeit zeigen. Zunächst musste man einräumen, dass ein christlich motivierter Widerstand wohl meist nur von Einzelpersonen ausging, während Inhaber kirchlicher Ämter zumindest in den Anfangsjahren der NS-Diktatur diese eher verbal unterstützten als kritisierten. Hans Maier, der ehemalige bayerische Kultusminister und Inhaber des

Guardini-Lehrstuhls in München, formulierte es einmal so: "Die christlichen Einzelnen waren ihren Kirchen an Mut und Entschlossenheit weit voraus"¹.

Um der eingangs gestellten Frage gerecht zu werden, ist es hilfreich, auf die geschichtlich gewordenen Strukturen im Verhältnis von Kirche und Staat, aber auch auf die Biografien christlich motivierter Widerstandskämpfer zu schauen. Zunächst bleibt festzuhalten, dass sich beide großen Konfessionen nach dem Zusammenbruch der Monarchie 1918 aus vielerlei Gründen nicht mit einer demokratischen Staatsform anfreunden konnten.² Als diese dann 1933 endgültig zusammenbrach, trauerte man ihr kaum nach und suchte lieber nach Gemeinsamkeiten mit der neuen autoritären Obrigkeit.

Derlei Zusammenhänge einzugestehen fiel vor allem der katholischen Kirche der Nachkriegszeit alles andere als leicht. Als zu Beginn der sechziger Jahre der spätere Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde in der gesellschaftspolitisch aufgeschlossenen Zeitschrift "Hochland" auf gut dokumentierte Tatsachen hinwies, die für ein katholisches Traditionsverständnis - Kirche als "societas perfecta" - freilich wenig schmeichelhaft waren, erntete er für seine Pionierleistung herbe Kritik.³

Seitdem aber hat sich in der Kirchengeschichtsforschung einiges getan.⁴ Heute be-

steht weitgehend Konsens: Bei den Kirchen war das politische Bewusstsein wenig entwickelt; man hatte bestimmte Teilinteressen, doch der Blick auf das Wichtigere, das gesellschaftliche Ganze, auf die Fortschritte, die Aufklärung (Gewaltenteilung!) und Französische Revolution im Staatsverständnis gebracht hatten, fehlte fast völlig. Böckenförde nannte dieses Phänomen den Vorrang der "bona particularia" gegenüber dem "bonum commune" im kirchlichen Denken.

Wo aber waren Berührungspunkte zwischen den Kirchen und dem Nationalsozialismus, die vermeintlichen "bona particularia"? Da gab es zum einen die absolute Ablehnung des "gottlosen" Bolschewismus, aber auch die Vorbehalte gegen die Demokratie mit ihren "Parteiungen", gegen den "Liberalismus", der die individuelle Freiheit der Entscheidung auf den Schild hob, ja, überhaupt gegen aufklärerische Tendenzen, die dem "gottgewollten" Gehorsamsprinzip entgegenstanden, und - so lächerlich dies uns heute erscheint - der Kampf gegen "Un-sittlichkeit" (die ihr Unwesen, wie man meinte, im sog. "Familienbad" trieb).

Andererseits sah die katholische (Amts-) Kirche den Erhalt von Klöstern und den Bekenntnisschulen als wichtiger an als einen Protest gegen politische Morde, gegen Rassismus und Antisemitismus. Gegenüber Juden hatte man ja seit eh und je Vorbehalte. Insofern war die Motivation, sich für sie einzusetzen, ohnehin gering. Man sah beim Boykott jüdischer Geschäfte (bereits 1933!), beim Brand der Synagogen und bei den Gewalttätigkeiten gegen Juden im November 1938 und schließlich bei den Deportationen in die Konzentrationslager lieber ein wenig weg...

Auf evangelischer Seite war die Verwicklung in nationalsozialistisches Gedankengut sogar noch stärker. Dies reicht von der bereits zu Anfang innerprotestantisch verbreiteten Forderung nach einem gemeinsamen Bekenntnis zum Nationalsozialismus, über die Bestrebung, das "jüdische" Alte Testament aus der Bibel zu entfernen, bis hin zum Rassendenken und Anti-

¹ Hans Maier, Geleitwort, in: Detlef Bald, Jakob Knab (Hg.), Die Stärkeren im Geiste. Zum christlichen Widerstand der Weißen Rose, Essen 2012, S. 13

² Vgl. meinen Artikel "Antimodernismus, nicht Aggioramento", in: imprimatur 4/2018, S. 250 - 252

³ Ernst-Wolfgang Böckenförde, Das Ethos der modernen Demokratie und die Kirche, in: Hochland, 50. Jg. (1957/58), S. 4 - 19 und 409 - 421; ders., Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933, in: Hochland, 53. Jg. (1960/61), S. 215 - 239 und Hochland, 54. Jg. (1961/62), S. 217 - 245

⁴ Gut dokumentiert ist inzwischen eine Fülle von öffentlichen Äußerungen, mit denen Vertreter der Kirchen ihre Zustimmung zu diversen politischen Maßnahmen des Nationalsozialismus kundgaben. Aus der schier unüberschaubaren Fülle an Veröffentlichungen zur Thematik hier nur eine ganz kleine Auswahl:

Hans Müller (Hg.), Katholische Kirche und Nationalsozialismus, München 1965; Thomas Breuer (Hg.), Dem Führer gehorsam - Wie die deutschen Katholiken von ihrer Kirche zum Kriegsdienst verpflichtet wurden, Oberursel 1989; Gordon C. Zahn, Die deutschen Katholiken und Hitlers Kriege. Graz u.a. 1965; Heinrich Missalla, Für Gott,

Führer und Vaterland. Die Verstrickung der katholischen Seelsorge in Hitlers Krieg, München 1999; Hans Prolingheuer, Thomas Breuer (Hg.), Dem Führer gehorsam: Christen an die Front, Oberursel 2005; Philipp Thull (Hg.), Christen im Dritten Reich, Darmstadt 2014

semitismus der "Deutschen Christen", deren Gründung schon einige Jahre vor Hitlers "Machtergreifung" erfolgt war.⁵

In beiden Konfessionen rechtfertigte man die Unterwürfigkeit gegenüber dem NS-Regime vor allem mit Röm 13. Einer rechtmäßigen Obrigkeit gebühre christlicher Gehorsam - ob die NS-Herrschaft tatsächlich - im Gegensatz zum Bolschewismus nach der gewaltsamen Oktoberrevolution - "rechtmäßig" zustande gekommen sei, fragte man so gut wie nicht. Von Hitlers scheinbar so religionsfreundlichen Worten im März 1933 war man in der katholischen Kirche so angetan, dass man schon fünf Tage nach Erlass des Ermächtigungsgesetzes das seit 1930 bestehende Verbot, als Katholik Mitglied der NSDAP zu sein, aufhob.⁶

Die Euphorie der Bischöfe steigerte sich noch durch den Konkordatsabschluss am 20. Juli 1933. Kardinal Faulhaber, den man wegen seiner Adventspredigten nach dem Krieg zum Widerstandskämpfer umdeutete, sandte ein Glückwunschtelegramm an Hitler, in dem er ihm "staatsmännischen Weitblick" bescheinigte und hervorhob, dieser habe "in 6 Monaten weltgeschichtlich verwirklicht", was "die alten Parlamente und Parteien in 60 Jahren nicht fertigbrachten"⁷.

Freilich, der Optimismus der Amtsträger erhielt bald einen Dämpfer. Aber bis es so weit war, dass man erkannte, wie sehr man sich in der Kirchenfreundlichkeit des NS-Regimes getäuscht hatte, war es längst zu spät. Nun dominierte auf Seiten der kirchlichen Amtsträger mehr und mehr Angst. Also versuchte man, irgendwie diplomatisch, das Schlimmste zu verhindern - ohne zu ahnen, dass Diplomatie gegenüber dem totalitären Nationalsozialismus ein völlig unzureichendes Mittel war. Um eine derar-

tige Fehleinschätzung nachvollziehen zu können, sollte man allerdings bedenken, dass sich die katholische Kirche spätestens seit Bismarcks Kulturkampf in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in der Defensive gegen einen national ausgerichteten Zeitgeist befand. Der Vorwurf mangelnder vaterländischer Gesinnung saß tief. Damit lassen sich zum Teil auch die kirchlichen Aufrufe im 1. Weltkrieg, das Vaterland tapfer zu verteidigen, nachvollziehen. Wenn es keine Parteien, sondern nur noch Deutsche gab, wie Wilhelm II. verkündet hatte, durften doch auch die deutschen Katholiken nicht abseits stehen...⁸

Mit der Zeit verschärfte sich die Lage für die Katholiken im Dritten Reich mehr und mehr. Würde eine öffentliche Kritik an der NS-Herrschaft, so fürchtete man, nicht zu noch mehr Verfolgungen der Gläubigen führen? Welche Konsequenzen könnte es haben, wenn man sich gar für die Juden einsetzte? Kämen dann nicht auch die zum Katholizismus übergetretenen Juden in Gefahr? Dass solche Furcht keineswegs realitätsfremd war, beweist u.a. der Fall Edith Stein. Doch bei allem Verständnis, das Nachgeborene aufbieten können: Das weitgehende kirchliche Schweigen zu den Pogromen des 9. und 10. November 1938 - und zu den späteren Deportationen in die Vernichtungslager - bleibt ein schwer erträgliches Schuldkapitel in der Geschichte der Kirche.

Immerhin, in der Enzyklika "Mit brennender Sorge" vom März 1937 hatte sich Pius XI. gegen Rassenwahn und indirekt auch gegen die Verfolgung der Juden gewandt. Der Erfolg war gering und nicht nachhaltig, wie sich spätestens in der Pogromnacht 1938 zeigte. Und es scheint, als wäre durch den Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 den deutschen Bischöfen eine Last von den Herzen gefallen. Wie sonst wäre es zu verstehen, dass sie schon vier Tage danach in einem ge-

⁵ Vgl. Jakob Knab, Luther und die Deutschen, Bremen 2017

⁶ Den gemeinsamen Hirtenbrief der deutschen katholischen Bischöfe vom Anfang Juni 1933 muss man leider als einen pastoralen und theologischen Tiefpunkt in der sowieso schon reichlichen Menge an kirchlichen Fehlurteilen bezeichnen. Darin wurde der NS-Regierung nicht weniger bestätigt als "Abglanz der göttlichen Herrschaft" zu sein; ihr komme "Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes" zu. Vgl. H. Müller, a.a.O. (Anm. 4), S. 165

⁷ Kurt Sontheimer, Einleitung, in: H. Müller, a.a.O., S. 18

⁸ Leider weiß ich persönlich nur allzu gut um diese Zusammenhänge: Mein Großvater väterlicherseits, der aus einer tief katholischen, bayerischen Familie stammte und dessen Bruder (mein Großonkel) 1914 zum Priester geweiht worden war, meldete sich 1918 trotz Kriegsverletzung freiwillig zum erneuten "Einsatz für das Vaterland", wurde erneut verwundet und starb im August 1918 im Lazarett. Mein Vater, mit gut drei Jahren Halbweise geworden, litt ein Leben lang an diesem Verlust.

meinsamen Hirtenbrief die Soldaten "zu treuer Pflichterfüllung" aufriefen, um damit "dem heiligen Willen Gottes"(!) zu folgen - ging es doch um den Kampf gegen den "gottlosen Bolschewismus"...⁹

Doch es gab eben auch "die christlichen Einzelnen", die, wie Hans Maier so treffend formulierte, "ihren Kirchen an Mut und Entschlossenheit weit voraus" waren. Eine der großen Persönlichkeiten, die dazu zählen, war Hans Scholl, wohl der führende Kopf der "Weißen Rose". Seine Biografie, sein Werdegang, seine Fähigkeit und Bereitschaft umzudenken, bilden einen herausragenden Kontrast zum Verhalten der Amtskirche, die ja auch nach der Hinrichtung der Widerstandskämpfer m.W. keinen offenen Protest erhob.

Am 22. September 2018 wäre Hans Scholl 100 Jahre alt geworden. Bereits im Februar jährten sich Todesurteil und Hinrichtung zum 75. Mal. Zu diesen Anlässen erschienen mehrere Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften sowie Biografien. Eine davon ist m.E. besonders informativ und lesenswert, da sie penibel den in der öffentlichen Meinung oft zu kurz gekommenen christlichen Hintergrund beleuchtet, ohne den Mut und Entschlossenheit der "Weißen Rose" nur unzureichend zu verstehen sind. Verfasser ist der ehemalige Kaufbeurer Gymnasiallehrer Jakob Knab, der sich schon früher mit zahlreichen Veröffentlichungen zum christlich motivierten Widerstand sowie gegen eine fragwürdige "Erinnerungskultur"¹⁰ einen Namen gemacht hat: Jakob Knab, Ich schweige nicht. Hans Scholl und die Weiße Rose, Darmstadt 2018, (WBG), 264 S.

Der Autor zeichnet in 11 Kapiteln kenntnis- und detailreich den Lebenslauf Hans Scholls von der Geburt bis zur Hinrichtung auf. Besonders anschaulich und gut nachvollziehbar wird dem Leser der Gesinnungswandel Scholls, seine innere Entwicklung vom begeisterten Anhänger nationalsozialistischen Gedankenguts hin zum überzeugten Christen und Kämpfer gegen die Herrschaft des Bösen. Sicherlich war

schon die religiöse und moralisch orientierte Einstellung des Elternhauses - Pietistin die Mutter, liberal gesinnter Protestant der Vater - gewissermaßen ein Nährboden dafür, dass Scholl nach mancherlei Irrwegen schließlich zu einer Einstellung fand, mit der er seinem an christlicher Ethik orientierten Gewissen folgte.

Wie angedeutet, war der Weg bis dorthin steinig und schwer. In einer zweiten, ebenfalls 2018 erschienenen Biografie¹¹ wurde in diesem Zusammenhang behauptet, der Versuch, seine (angebliche) Homo- bzw. Bisexualität aufzuarbeiten, habe Hans Scholl zum politischen Widerstand animiert. In der Tat gab es gegen ihn Ende 1937 ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen §175. Und richtig ist auch, dass dieses Verfahren, bei dem er zwei Wochen in Untersuchungshaft saß, eine entscheidende Wende in seinem Leben brachte.

Dennoch, die Vorkommnisse, die Scholl zur Last gelegt wurden und die sich schon 1935, als er gerade mal 16 Jahre alt war, abspielten, sind keinerlei Beweis für eine (uns heute moralisch wohl bedenkenlos erscheinende) homosexuelle Veranlagung. Denn - und das wissen Kenner eines traditionell-konfessionellen Milieus, das es in Deutschland bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts gab - sexuelles Verlangen konnte für pubertierende Jungen, gerade wenn sie von ausgeprägter Sensibilität und Persönlichkeitsstruktur wie Hans Scholl waren, zu großen Gewissensproblemen führen. Die Auffassung, "Wollust" sei eine der Hauptsünden, einte nicht nur Pietismus und Katholizismus. Indes war im Jugendalter sexueller Kontakt mit dem anderen Geschlecht in der Regel so gut wie unmöglich. Ersatzweise kam es eben manchmal zu nächtlichen "Spielchen" mit gleichgeschlechtlichen Freunden. Vereinsveranstaltungen wie Zeltlager boten mancherlei Gelegenheiten - alles ganz normal, würden wir heute sagen. So ordnet Knab die Vorkommnisse völlig richtig ein: "Wenn keine Erfahrungen im Umgang mit dem anderen Geschlecht möglich sind, kann sich das erotische Begehren durchaus auf das eigene Geschlecht richten; (...) die Vorwürfe richteten sich also gegen ein Phänomen, das für die bürgerliche Gesellschaft der Vor-

⁹ Th. Breuer, a.a.O. (Fußnote 4), S. 17

¹⁰ In Auswahl: Jakob Knab, Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995; Beiträge in: Detlef Bald (Hg.), "Wider die Kriegsmaschinerie". Kriegserfahrungen und Motive des Widerstandes der "Weißen Rose", Essen 2005, S. 34 - 56 und 130 - 143. Vgl. auch die Anm. 1 und 5!

¹¹ Robert M. Zoske, Flamme sein! Hans Scholl und die Weiße Rose. Eine Biografie, München 2018

kriegszeit charakteristisch war. Die 'Freundesliebe' hatte nichts mit Homosexualität zu tun, sondern war gewissermaßen eine Zwischen- bzw. Notlösung" (S. 52).

Weitaus bedeutsamer für Hans Scholls innere Entwicklung wurde der christlich gesinnte Personenkreis, zu dem er bald fand. Dazu gehörte Carl Muth, der Gründer der Zeitschrift "Hochland" und früherer Gegner des nationalsozialistischen Rassismus. Durch ihn, genauer gesagt: durch den sog. "Hochland-Kreis", lernte Scholl weitere Persönlichkeiten kennen, die alle die Ablehnung der NS-Ideologie einschließlich des Judenhasses einte: Theodor Haecker, den 1921 zum Katholizismus übergetretenen Kulturphilosophen¹³, und indirekt auch Professor Kurt Huber. Die Begegnung mit diesem wurde wohl zum entscheidenden geistigen Wendepunkt, aus dem die Idee zum aktiven Widerstand erwuchs.

Es ist hier nicht der Ort, alle Details aus dem inneren Werdegang Scholls im Einzelnen aufzuführen. So viel aber bleibt festzuhalten: Wir können aus der zeitlichen Distanz zu den Geschehnissen objektiver, als es den Zeitgenossen möglich war, beurteilen, was eine konsequent-christliche Haltung gegen die NS-Barbarei ausmachte: Die "Weiße Rose" hatte wie nur wenige der damaligen Christen in der Tat weit genauer das "bonum commune" im Blick als bloß die "bona particularia". Die irrige Meinung, ein Christ müsse nach Röm 13 der Obrigkeit gehorchen, falls sie nicht durch Gewalt zur Herrschaft gekommen war, lehnte sie von Grund auf ab: Entscheidend war für ihre Mitglieder, ob die Obrigkeit wirklich im Dienst des Guten (Röm 13,4) stand oder nicht. Ihr Urteil darüber war eindeutig.

Ein zweiter Aspekt erscheint ebenso wichtig: Das Handeln der "Weißen Rose" war ein wahrhaft christliches; ihr Widerstand gegen die Herrschaft des Bösen war ein ganz und gar ökumenisch ausgerichtet! Dies ist umso bewundernswerter, als Theologen und Amtsträger beider Konfessionen in der NS-Zeit nur wenig ökumenisch dachten und lieber Abgrenzungen und Unterschiede im Glauben betonten. Die Geschwister Scholl aber hatten keinerlei Berührungs-

¹³ Wer ideologischen Nationalismus ablehnte und Christsein als völkerverbindend verstand, tat sich damals schwer, überzeugter deutscher Protestant zu sein.

ängste: Sie selbst waren evangelisch, Willi Graf und Christoph Probst waren wie Muth, Haecker und Huber katholisch, Alexander Schmorell russisch-orthodox. Ja, auch hier waren die "christlichen Einzelnen" ihren Kirchen weit voraus!

In Knabs Biografie erfährt man noch ein weiteres interessantes Detail: Die Mitglieder der "Weißen Rose" und ihr Umfeld waren auch untereinander kritisch eingestellt. So befürwortete beispielsweise Kurt Huber den Kampf der Wehrmacht gegen den Bolschewismus, was Scholl und Schmorell entschieden ablehnten.¹³ Ist es denkbar, dass eine offene Diskussionskultur, die im damaligen kirchlichen Leben eher verpönt war, eine wesentliche Voraussetzung für gewissenhaftes, verantwortungsbewusstes Handeln ist?

Werfen wir noch einen Blick auf die Flugblätter, die im Anhang des Buches noch einmal im Wortlaut abgedruckt sind. Historisch Interessierte werden sie wohl schon seit langem kennen. Aber nach Lektüre dieser Biografie liest man sie jetzt vielleicht unter neuer Akzentsetzung. Dass beispielsweise das zweite Flugblatt vom Juni 1942 von christlicher Seite aus die einzige öffentlich gewordene Anklage des Massenmordes an den osteuropäischen Juden blieb, war mir vorher so noch nicht bewusst. Oder schauen wir auf einen Satz des dritten Flugblattes: "Nicht der militärische Sieg über den Bolschewismus darf die erste Sorge für jeden Deutschen sein, sondern die Niederlage der Nationalsozialisten." Wieviel furchtbarer und verabscheuungswürdiger müssen uns im Kontrast dazu heute Kriegspredigten und bischöfliche Verlautbarungen zum Russlandfeldzug erscheinen!¹⁴

Knab schreibt in einem gut lesbaren, einfachen Stil. Allzu lange Satzgefüge sind seine Sache nicht - was die Lektüre erleichtert. Historische Tatsachen und deren Analyse

¹³ Vgl. die Diskussion zur Abfassung des 6. Flugblattes am 9. Februar 1943, S. 180 f.

¹⁴ Man bedenke z.B., dass der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, noch Anfang Mai 1945 nicht nur die Propagandalüge, Hitler sei an vorderster Front gefallen, glaubte, sondern für den Führer auch ein feierliches Requiem in Breslau zelebrierte. Vgl. dazu: Anton Grabner-Haider, Denklinien des Kurienbischofs Alois Hudal, in: Philipp Thull, a.a.O. (Anm. 4), S. 159

stehen im Zentrum des Interesses, nicht literarischer Genuss, der dem Sujet auch wenig angemessen wäre.¹⁵ Umso klarer erscheint das Resümee: Wahr ist, dass christliche Einzelne, die leider meist nur Einzelkämpfer blieben, der Mehrheit an Theologen und kirchlichen Würdenträgern nicht nur an Mut und Entschlossenheit weit, sehr weit vorauswaren, sondern auch in der Fähigkeit, realistisch-kritisch das Zeitgeschehen zu analysieren und darüber zu urteilen.

Jene sind und bleiben Vorbild und Mahnung für heute, für immer.

Horst Hohmann

Beim Blick in die Sterne . . .

In der Halbwüste Karoo, rund 400 Kilometer nördlich von Kapstadt, wurde 2005 das größte Weltraumobservatorium der südlichen Erdhalbkugel seiner Bestimmung übergeben. Der Spiegel des gigantischen Einzelteleskops (abgekürzt: SALT – South African Large Telescope) in Form eines Sechsecks misst 11,1 x 9,8 Meter und erfasst 70 Prozent des sichtbaren Himmels. Seine „Sehkraft“ ist so gewaltig, dass er mühelos eine Geldmünze in einer Entfernung von zehn Kilometern erkennen sowie eine Lichtquelle von der Größe einer Kerzenflamme auf dem Mond zentimetergenau lokalisieren kann.

SALT dient der Erforschung von Galaxien sowie von extrem lichtschwachen Sternenhaufen in den Tiefen des Weltraums. Mit SALT ist es außerdem auf eine zuvor nie gekannte Weise gelungen, digitale Weltraumkarten der sogenannten „Schwarzen Löcher“ anzulegen, die mittels ihrer außergewöhnlichen Schwerkraft jedwede Materie, die sich ihnen nähert, in ihren gekrümmten Schlund ziehen. Auch Lichtstrahlen,

die von benachbarten Galaxien kommen, fallen den noch weitgehend unbekanntem „gefährlichen Ungeheuern“ zum Opfer, nicht ohne rund um den Rand der Löcher ringförmige Leuchtspuren zu hinterlassen, optische Markierungen ihres Ausmaßes.

Sie, liebe Leserin und lieber Leser, werden mir sicher zustimmen, dass es Teil unserer „Schöpfungs“-Verantwortung bleiben muss, die Geheimnisse des uns umgebenden Universums zu entschlüsseln und dabei evtl. zu erkunden, wie und in welchem Umfang „ferne Welten“ für die Bewohner unseres kleinen Planeten Erde nutzbar gemacht werden können.

Beim überwältigenden Blick in die Sterne und bei unseren faszinierenden Forschungsausflügen ins All wird uns dann allerdings sehr schnell auch bewusst, dass sich analog auf unserem Heimatplaneten Erde eine Vielzahl „Schwarzer Löcher“ befindet. Mit anderen Worten: „Abgründe menschlichen Verhaltens“, die vor allem in jüngster Zeit nicht nur sprachloses Entsetzen auslösten und fast zwangsläufig zu der Überzeugung führten, dass wir uns selbst und allen künftigen Generationen eine radikale Umkehr schuldig sind. Beispiele?

Ich nenne an erster Stelle den ungezügelt und verantwortungslosen Abbau der Bodenschätze unseres Planeten, bei dem vielerorts einzig und allein der satte Gewinn zählt, nicht aber der Erhalt der Umwelt und des menschlichen Lebens.

Sozusagen vor meiner Haustür, im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais, brach nahe der Kleinstadt Brumadinho innerhalb von nur drei Jahren kürzlich das zweite, im Rahmen der Eisenerzgewinnung in jener Region angelegte Schlammdepot. Über 300 Menschen fanden diesmal unter der hochgiftigen, zu Tal gehenden mächtigen Lawine von weit über 13 Millionen Kubikmetern den Tod. In zwei Flüssen starben bereits Zehntausende von Fischen, und unzählige kleinbäuerliche Anwesen wurden auch diesmal wieder zerstört. Erneut stellte sich heraus, dass der Bergbau-Gigant VALE im Vorfeld des Unglücks Politiker bestochen und Kontrolleure gekauft hatte, um von gewinnmindernden härteren Auflagen bei seinen Schürfarbeiten verschont zu bleiben.

Während die Ex-Präsidentin Dilma Rousseff 2015 nach dem Dammbruch von Mariana

¹⁵ Dass dem Autor auch ein paar Ungenauigkeiten unterliefen, jedoch lediglich bei der Übersetzung lateinischer Zitate, mindert den Lektüreertrag in keiner Weise!

noch gemeint hatte, dass der Mensch solchen „Naturkatastrophen“ halt wehrlos ausgeliefert sei, wurde der VALE-Konzern in den vergangenen Wochen selbst von katholischen Bischöfen (vgl. in dieser Ausgabe „HimmelHerrgottSakrament“) eines „verbrecherischen Geschäftsgebarens“ angeklagt.

Ich nenne an zweiter Stelle den verschwenderischen Umgang mit den Jahr für Jahr knapper werdenden Trinkwasservorräten unserer Erde, der auch in diesem Jahre wieder mindestens 3,4 Millionen Erdenbewohner zu Umweltflüchtlingen machen wird und in einigen Weltregionen jederzeit zu kriegerischen Konflikten führen kann, wenn Nachbarn (vgl. die angespannte Lage zwischen Äthiopien und Ägypten) damit drohen, einander lebensnotwendiges „Wasser abzugraben“. Nie waren in Sachen Wasser – grenzüberschreitend - „konzertierte Aktionen“ so dringend wie heute. Nie war es so wichtig wie in unseren Tagen, jeglicher „Privatisierung der Trinkwasserversorgung“ den Kampf anzusagen.

Ich nenne an dritter Stelle den Rüstungswahn und erinnere an die vor einiger Zeit vorgelegten Berechnungen des amerikanischen Wissenschaftlers Stephen Schwartz, wonach die US-Regierungen zwischen 1940 und 2000, also innerhalb von 60 Jahren, nahezu 6 (!) Billionen US-Dollar allein für ihr Atomwaffenarsenal ausgegeben haben – mehr als für die lebenswichtigen Bereiche der Land- und Energiewirtschaft, des Umweltschutzes, des Bildungswesens, der regionalen Entwicklung und der Beschäftigungspolitik zusammen. Ist es dann verwunderlich, dass für ein gediegenes und allen 328 Millionen Amerikanern zugängliches Gesundheitswesen das Geld fehlte und noch immer fehlt?

Viele der Kriege der letzten 20 Jahre wurden angezettelt, um neue Waffen testen zu können. Und wenn wir die bei diesen perversen Spielen verursachten Kollateralschäden zusammenrechnen, sind wir unterm Strich auch schnell wieder bei 6 Billionen US-Dollar. Die genaue Zahl der Toten, der Krüppel und der in den Wahnsinn getriebenen Menschen kann nach 22 Jahren Kongokrieg und nach 17 Jahren Afghanistankrieg und nach 8 Jahren Syrienkrieg zynischerweise kaum noch jemand beziffern.

Aber, damit diese „schwarzen Löcher“, die sich neben, vor und hinter uns auftun, irgendwann dann doch etwas kleiner werden und für wehrlose Menschen peu à peu nicht mehr ganz so verhängnisvoll sind, müssen wir wohl auch in diesem Jahr den Umweltzerstörern, den Trinkwasserverschwendern und den Kriegstreibern unse-res Nanikoplaneten Erde unbequeme Fragen stellen und peinliche Fakten an den Kopf werfen.

Wir sind Kirche

„Mehr als ein Jugend- und Berufungsfestival?“

Wir sind Kirche zum Abschluss des Weltjugendtages 2019 in Panama

Die KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche sieht die deutlich hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Teilnahmezahlen des Weltjugendtages in Panama als Alarmzeichen, dass die römisch-katholische Kirche in ihrer jetzigen Struktur und Ausrichtung weltweit den Kontakt zu den Jugendlichen und jungen Erwachsenen verliert.

Die andauernde Frauendiskriminierung, die offizielle kirchliche Sexuallehre und die erst zögerliche Aufarbeitung der sexualisierten Gewalt in den eigenen Reihen könnten hierfür wesentlich verantwortlich sein. Die überkommene katholische Sexuallehre, die immer noch vor allem als Verbotshlehre gepredigt und wahrgenommen wird, wird vom Großteil der Jugend zu Recht abgelehnt – und damit auch die Kirchengemeinschaft als Ganzes.

Papst Franziskus musste sich in Panama, das gerade bemüht ist, sein durch die Panama-Papers geprägtes Negativ-Image loszuwerden, auf sehr heiklem Terrain bewegen. Deshalb hat er viele kirchliche wie sozialpolitische Themen leiser angesprochen

als beim Weltjugendtag 2013 in Brasilien und als man es von ihm sonst gewohnt ist. Durch das starke Anwachsen der evangelikalischen Glaubensgemeinschaften ist Lateinamerika insgesamt sehr viel konservativer geworden. Umso wichtiger war da die Aufforderung von Franziskus, in Kirche und Gesellschaft aktiv zu werden, ohne auf morgen zu warten: „In Jesus beginnt die verheißene Zukunft und wird lebendig. Wann? Jetzt.“

Staatspräsident Juan Carlos Varela mit engen Verbindungen zur katholischen, aber sektenähnlichen und höchst umstrittenen Organisation „Opus Dei“ soll großen Einfluss auf die Gestaltung des Weltjugendtages in seinem Land ausgeübt haben. Dies war ganz bestimmt nicht im Sinne der reformorientierten und sozialpolitischen Agenda von Papst Franziskus. Umso mutiger ist es gewesen, dass Franziskus trotz dieser negativen Vorzeichen und der Gefahr der falschen politischen Vereinnahmung nach Panama gekommen war.

Das Programm des Weltjugendtages war stark auf Mission, Katechese, Spiritualität und persönliche Berufung angelegt. In den Katechesen mit den mitreisenden Bischöfen wurden durchaus auch kritische Fragen zum Umgang mit sexualisierter Gewalt, zur Homosexualität und zu weiteren „heißen Themen“ gestellt. Auch Papst Franziskus hat das Thema sexualisierte Gewalt durch „skrupellose“ Kirchenleute angesprochen, das in vielen Ländern bedauerlicherweise immer noch ignoriert und tabuisiert wird.

Deshalb wird es jetzt sehr auf den vom Papst einberufenen Krisengipfel mit den Vorsitzenden der nationalen Bischofskonferenz Ende Februar in Rom ankommen, bis zu dem die Bischöfe in aller Welt ihre „Hausaufgaben“ gemacht haben sollten. Das heißt, sie müssen den direkten Kontakt mit den Betroffenen suchen und sollten sich auch den tieferen strukturellen Ursachen des Machtmissbrauchs durch den Klerus zu stellen. Den Worten müssen endlich Taten folgen, gerade auch auf der Ebene der Bischöfe. Solange dies nicht passiert, laufen alle sonstigen Bemühungen ins Leere.

Mehr Salz und Sauerteig für unsere Welt

Erklärung des Katholisch-Theologischen Fakultätentags

Der Katholisch-Theologische Fakultätentag hat sich während seiner Vollversammlung vom 31. Januar - 02. Februar 2019 in einem Studententag mit Inhalt und Bedeutung des im Januar 2018 durch Papst Franziskus veröffentlichten Apostolischen Schreibens „Veritatis gaudium“ auseinandergesetzt. Besonders wichtig sind uns folgende Aspekte:

- Wir sehen uns in dem im deutschsprachigen Raum begangenen Weg bestätigt, eine Theologie zu betreiben, die die Fragen ihrer Zeit in der Sprache ihrer Zeit zu beantworten sucht (vgl. VG 2). Die an unseren Einrichtungen betriebene Theologie baut nicht nur auf die Wechselwirkung des Evangeliums mit den Fragen unserer Zeit; sie sucht ihre Identität und ihr Profil bewusst ‚draußen‘, beim ‚Anderen ihrer selbst‘, im Diskurs mit den anderen Wissenschaften, im Dialog mit den anderen Religionen, im Gespräch zwischen den Religiösen und den religiös Unmusikalischen in unserer Gesellschaft. Daher erfahren wir es als besondere Anerkennung, aber auch als Inspiration für die Zukunft, dass Papst Franziskus in diesem Schreiben die Theologie als Motor der Fortentwicklung der Kirche sieht (vgl. VG 3).
- Wir bekennen uns zur Funktion der Theologie als Trägerin des jetzt notwendigen „radikalen Paradigmenwechsels“ und damit Vorreiterin jener „mutige[n] kulturelle[n] Revolution“, wodurch „das weltweite Netz kirchlicher Universitäten und Fakultäten... berufen [ist], als entscheidenden Beitrag den Sauerteig, das Salz und das Licht des Evangeliums Jesu Christi und der lebendigen Tradition der Kirche – immer offen für neue Situationen und Vorschläge – einzubringen“ (vgl. VG 3).
- Wir setzen uns für die Verwirklichung der Vision ein, dass Theologie sich als

‚kulturelles Laboratorium‘ und damit als ‚offene Theologie‘ erweist (vgl. VG 3). Ansatzpunkt einer solchen, ‚offenen‘ Theologie, wie wir sie im deutschsprachigen Raum betreiben, sind die Veränderungen der Welt und die sich wandelnde Situation der Kirche. Wir nehmen die häufig als Krise wahrgenommenen Phänomene nicht als Schicksal, sondern als Chance an und wollen sie nutzen. Dabei wissen wir uns in unserer Arbeit gerade der lebendigen Glaubensüberlieferung der Kirche verpflichtet (vgl. VG 3 und 4).

- Wir danken Papst Franziskus für dieses Vertrauen und diese Unterstützung unserer täglichen Arbeit. Wir freuen uns über die uns zugewiesene Verantwortung für die nun anstehenden Veränderungsprozesse in der Kirche. Das bedeutet für die theologische Forschung freilich auch immer, Neues zu entdecken und Altes hinter sich zu lassen (vgl. VG 5). Der experimentelle und innovative Charakter der Theologie gehört damit zu ihrem Wesen als Wissenschaft. Wir möchten aber auch unsere Sorgen nicht verhehlen. Es besteht eine kaum auflösbare Spannung zwischen dem in der Einleitung von *Veritatis gaudium* formulierten und den im Hauptteil des Schreibens konkretisierten Normen.
- Inhalt und Anwendung der Normen stehen in starker Diskrepanz zu dem in der Einleitung entwickelten Selbstverständnis und der dort konzipierten Aufgabenstellung wissenschaftlicher Theologie als Motor der Veränderung. Konkret zu nennen sind hier: die in Art. 27 genannten restriktiven Regularien zur Erteilung der ‚*missio canonica*‘, des ‚*nihil obstat*‘ und der Ablegung der ‚*Professio fidei*‘; Art. 38 zur Freiheit theologischer Forschung; Art. 70-76 zur Näherbestimmung der Inhalte theologischer Lehre und Wissenschaft und ihre Verhältnisbestimmung zum „gesicherten Lehrgut der Kirche“ (vgl. Art. 73), sowie die zugehörigen ‚*Ordinationes*‘ der Kongregation für das katholische Bildungswesen zur richtigen Anwendung der Apostolischen Konstitution *Veritatis Gaudium*.
- Fordert der Papst zu Recht von der Theologie, am Puls der Zeit zu sein, bzw. als Wissenschaft das Neue zu wagen, Alternativen zum Gegebenen zu entwickeln, als Experiment auch bisher Unerprobtes zu

versuchen, und so der Dynamik der Veränderungen tatsächlich Raum zu geben, widerspricht dies jenem Bild der Theologie, wie es in den konkreten Normen vorgestellt wird. Hier wird das überholte Bild einer allein auf eine ‚Kultur des Gehorsams‘ ausgerichteten, durch ein engmaschiges Regelwerk regulierten, lehramtlich strengstens kontrollierten Theologie festgeschrieben (vgl. Nr. 26f, mit dem Verweis auf Texte wie die „Instruktion der Kongregation für die Glaubenslehre über die kirchliche Berufung des Theologen, *Donum veritatis*“ vom 24. Mai 1990).

- Auch als bekenntnisgebundene Wissenschaft ist die akademische Theologie eine selbstreflexive, durch argumentative Diskurse bestimmte Disziplin. Wo die kirchliche Rückbindung der Theologie als eine Beschädigung dieser Wissenschaftsfreiheit erscheint, weil Forschung und Lehre als ‚bedingt‘, ‚gebändigt‘, vielleicht sogar ‚gөгängelt‘ wahrgenommen werden, verliert die Theologie ihre Glaubwürdigkeit sowohl als Impulsgeber für die Kirche als auch im Diskurs der Wissenschaften. Gerade im Dialog mit anderen Wissenschaften wird die Theologie in einer interdisziplinär ausgerichteten Forschungslandschaft nur dann als ernstzunehmende Gesprächspartnerin wahrgenommen, wenn ihre Wissenschaftsfreiheit nicht eingeschränkt oder gar negiert wird.

Die hier sichtbar gewordene Widersprüchlichkeit erfordert grundlegende Veränderungen:

- Die in der Einleitung deutlich gewordene *mens legislatoris* muss rechtsverbindliche Konsequenzen zeitigen. Denn die ‚Freude an der Wahrheit‘, die die Grundmotivationale aller theologischen Wissenschaft darstellt, kann nur dort gedeihen, wo sie auf eine Atmosphäre des Vertrauens trifft. Selbstverständlich ist Theologie auf der Suche nach Wahrheit, die aber nur in wissenschaftlicher Diskursivität und der damit verbundenen Offenheit ihrer Ergebnisse gelingen kann. Genau dies muss durch die konkreten Normen geschützt werden.
- Von den zuständigen Behörden des Heiligen Stuhls sind rechtlich verbindliche Regelungen und erweiterte Mitspracherechte zu entwickeln, um die Anpassung der

Normen an die konkreten ortskirchlichen Kontexte sowie deren Umsetzung dezentral, d.h. in der eigenständigen Zuständigkeit der Ortskirchen, zu gewährleisten. Es entspricht dem durch Papst Franziskus bestärkten Prinzip der Subsidiarität, dass hier die Verantwortung der ortskirchlichen Strukturen, insbesondere der Bischofskonferenzen als Zwischeninstanzen der Kollegialität, bejaht und rechtlich abgesichert werden. Dazu sollen neue Instrumente ausgeformt bzw. die bisherigen, wie z.B. die Akkommodationsdekrete, in einer veränderten Weise angewandt werden.

- Die kirchlichen Normen müssen das Anliegen stärken, den in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Grundgesetz (Art. 5 Abs. 3 d), dem Österreichischen Staatsgrundgesetz (Art. 17) sowie der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Art. 20) auch für die Theologien geltenden Schutz der Wissenschaftsfreiheit nicht als Gefährdung, sondern als Chance wahrzunehmen. Nur so können Theologinnen und Theologen heute glaubwürdig arbeiten.
- Wir fordern verlässliche rechtliche Strukturen für verbindliche und transparente Verfahren zur Lösung von Konflikten. So ist beispielsweise das ‚Nihil-obstat‘-Verfahren so zu adaptieren, dass es den rechtsstaatlichen Anforderungen an die Begründung und rechtliche Überprüfbarkeit der getroffenen Entscheidung genügt. Ein erster Schritt dazu ist mit den „Normen zur Erteilung des Nihil obstat bei der Berufung von Professoren der Katholischen Theologie an den staatlichen Universitäten im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“ (2010) geleistet. Auf diesem Weg ist weiterzugehen.
- Zur Wahrung der individuellen Personenrechte von Betroffenen ist eine Verwaltungsgerichtsbarkeit auf ortskirchlicher Ebene einzuführen.
- Inhalt und Umfang der ‚Professio fidei‘ sind anzupassen. Das Miteinander von Lehramt und Theologie ist gerade hier auf eine grundlegend veränderte Weise systemischstrukturell neu anzugehen. Die in den letzten beiden Jahrzehnten hier sichtbar gewordene, schleichende Ausdehnung unfehlbarer Ansprüche höhlt die Glaubwürdigkeit des Lehramtes aus.

Wir sind als Katholisch-theologischer Fakultätentag dazu bereit, zusammen mit den Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz, die dazu notwendigen Gespräche zu führen und in den Dialog einzutreten, um diese Veränderungen voranzubringen.

Siegburg, 02. Februar 2019

Horst Hohmann

Bischöfliche Großbaustelle?

Vom 21. bis 24. Februar trafen sich in Rom über 180 Vertreter von Bischofskonferenzen aus aller Welt, um mit dem Papst zusammen über ein Regelwerk für die sogenannte „Aufarbeitung“ der in kirchlichen Einrichtungen begangenen Sexualdelikten zu beraten. Das Ergebnis der Tagung lag bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vor, wird aber sicherlich in der 2/2019 eine Würdigung erfahren.

Vorab seien aber schon mal drei naheliegende Fragen erlaubt.

Erstens: Sind bei diesem für den Hausfrieden in unserer Kirche so wichtigen Thema drei Tage nicht eine unverantwortlich kurze Zeit, um eine angemessen gründliche Debatte zu ermöglichen? Wurden die Delegierten etwa nur zum Abnicken der vom Papst bereits ausformulierten Richtlinien in den Vatikan beordert?

Zweitens: Soll die „Aufarbeitung“ künftig ausschließlich Sache der Bischöfe sein, obwohl doch das gesamte Kirchenvolk durch die Missbrauchskandale in Mitleidenschaft gezogen wurde und eigentlich nicht einzu-sehen ist, wieso ausgerechnet die Bischöfe, die durch ihre Komplizenschaft mit den Tätern oft die größeren Verbrechen begingen, exklusiv in der Lage sein sollten, „von der Anklagebank aus fromme Ratschläge zu erteilen“?

Drittens: Werden die an der „Aufarbeitung“ unmittelbar mitwirkenden Personen die Freiheit besitzen, kontroverse Aspekte des

Missbrauchs zur Sprache zu bringen wie etwa den Machtmissbrauch und den gegenüber Abhängigen praktizierten Psychoterror, den Pflichtzölibat sowie ganz allgemein den Umgang der Kirche mit der Sexualität?

Unabhängig von den offiziellen Antworten, die wir vielleicht schon sehr bald auf diese drei Fragen erhalten werden, gilt es festzustellen, dass wir uns ohne ein Minimum an Transparenz bei der fälligen Aufklärungsarbeit einmal mehr nur in die eigenen Taschen lügen und die Opfer erneut tief enttäuschen würden. Müsste es dem Papst und den Bischöfen nicht zu denken geben, dass die staatlichen Ermittlungsbehörden einer ganzen Reihe von Ländern (Chile und Deutschland sind Beispiele aus jüngster Zeit) die Ankündigung „vertrauensvoller Kooperation“ seitens der Kirchenbehörden für windige Versprechen halten und deshalb unangekündigt in diözesanen Verwaltungszentren Razzien durchführen, um sich Beweisunterlagen zu holen, die ihnen vorenthalten wurden.

Dass Papst Franziskus die amerikanischen Bischöfe auf ihrer Herbstvollversammlung in Baltimore sozusagen per Eilpost aufforderte, ihre geplanten „Maßnahmen für den Umgang mit dem Missbrauchskandal“ zurückzustellen und das oben erwähnte Welttreffen der Bischöfe im Vatikan abzuwarten, wird von der Organisation „BishopAccountability“ sowie von Vertretern der Organisation SNAP (Survivors Network of those Abused by Priests) als Versuch des Papstes interpretiert, „nationalen Alleingängen“ einen Riegel vorzuschieben. Die rund 350 amerikanischen Bischöfe hatten beabsichtigt, auf ihrer dreitägigen Versammlung in Baltimore eine unabhängige Laienkommission ins Leben zu rufen, die das Aufklärungsbemühen der Bischöfe fortan kritisch begleiten sollte. Sprecher des Vatikans berichteten von der Sorge des Papstes, die US-Bischöfe könnten die „Verantwortung zur Reform“ anderen übergeben, statt sie selbst zu übernehmen.

Mehr zum Thema, wie oben bereits angekündigt, in der kommenden Ausgabe von „imprimatur“.

Urs Noti

Wann wird Bergoglio aus Schaden klug?

Wir alle haben inzwischen Grund genug, ungläubig staunend zu fragen, nach welchen Kriterien Papst Franziskus wohl seine Berater auswählt. Ob er diese Leute einem Glaubwürdigkeitstest unterwirft oder ob er sich bei den inmitten all seiner komplexen Amtsgeschäfte unvermeidlichen Konsultationen eher von „spontanen Zuneigungen“ leiten lässt?

Wer die Kommentare unserer Zeitschrift über den vom Priesterausbilder Fernando Karadima in der chilenischen Hauptstadt Santiago verursachten schweren Missbrauchskandal sowie über die 2015 erfolgte, höchst umstrittene Ernennung des der Komplizenschaft mit Karadima angeklagten Juan Barros zum neuen Bischof der südchilenischen Stadt Osorno gelesen hat, wird sich erinnern, dass Jorge Bergoglio nach seinem Chile-Besuch im Januar 2018 schon wenige Monate später gestehen musste, dass er bzgl. der Verbrechen in Chile von „Personen seines Vertrauens“ bewusst hinters Licht geführt worden war – mit katastrophalen Folgen.

So lobenswert – vordergründig – der Offenbarungseid von Papst Franziskus auch war, haben wir doch andererseits bis auf den heutigen Tag nicht erfahren, wer den Argentinier nach Strich und Faden belogen hat. Wer sind die Gangster, deren Namen Bergoglio nicht nennt und von denen wir mit Fug und Recht sagen können, dass sie weltweit und vor allem aber in Chile immense Schäden angerichtet haben: Sie haben Opfer kirchlicher Sexualstraftäter fortgesetzt bis aufs Blut gedemütigt und verleumdet. Sie haben die Spaltung der Ortskirche von Osorno gewissenlos in Kauf genommen. Sie haben den Kirchenaustritt von vielen Zehntausend chilenischer Katholiken verursacht.

Wenn drei der Opfer Karadimas – der Journalist Juan Carlos Cruz, der Arzt James Hamilton und der Philosoph José Andrés Murillo – im Zusammenhang mit ihrer Lei-

den geschichte schwerste Vertuschungsvorwürfe gegen den seit 2011 amtierenden Papstbotschafter in Chile, Ivo Scapalo, erheben und mehrfach erklärten, dass der Vatikandiplomat ihre Briefe unbeantwortet ließ sowie Gesprächen mit ihnen demonstrativ aus dem Wege ging, kann ich hier einfach nur meine Frage aus Heft Nr. 1/2018 der „imprimatur“ wiederholen: warum hat Bergoglio diesen notorischen Lügner und Komplizen Karadimas noch nicht gefeuert? Warum dürfen Cruz, Hamilton und Murillo die beiden chilenischen Kardinäle Francisco Errázuriz und Ricardo Ezzati ungestraft „Kriminelle“ nennen, die durch ihr mafioses Verhalten Chiles Kirche an den Rand des Abgrunds geführt hätten, Papst Franziskus sich aber bisher strikt weigerte, die beiden öffentlich bloßzustellen?

Welche Rolle hat schließlich der spanische Jesuit Germán Arana, ein langjähriger Freund des Argentiniers, bei der gewaltsam durchgesetzten Amtseinführung von Juan Barros in Osorno gespielt? War der „Einflüsterer“ Bergoglios etwa auf ausdrücklichen Wunsch des Papstes nach Osorno gekommen, um gestandene Laienchristen und erfahrene Priester des Bistums „wie unartige Schulkinder einzuschüchtern und herunterzuputzen“?

Ich muss hier leider gestehen, dass es mich als Journalist zutiefst beunruhigt, wenn Papst Franziskus nicht bereit ist, „Ross und Reiter“ zu nennen, weil das unter Umständen zum „Gesichtsverlust“ prominenter Geistlicher führen könnte. Macht sich der Argentinier dadurch nicht erneut zum Komplizen? Werden wir davon ausgehen müssen, dass Bergoglio das Ausmaß der von seinen „Höflingen“ angerichteten und natürlich auch von ihm selbst mitverursachten Schäden noch gar nicht erkannt hat und es noch eine ganze Weile dauern wird, bis er aus diesen Schäden klug wird?

Da ich alle Südamerika betreffenden Nachrichten aufmerksam verfolge, ist mir natürlich in der zweiten Jahreshälfte 2018 nicht entgangen, dass der ehemalige brasilianische Außenminister Celso Amorim am 2. August vom Papst empfangen wurde und bei dieser Gelegenheit dem Argentinier das Buch des inzwischen in einem zweiten Betrugsprozess zu 12 Jahren und 11 Monaten Haft verurteilten Ex-Präsident Lula

überreichte. Titel: „Die Wahrheit wird siegen“.

Am 11. Dezember gewährte der Papst sodann einer vom brasilianischen Sänger Chico Buarque angeführten Gruppe eine 45 Minuten dauernde Audienz, in deren Verlauf der Barde Franziskus die von linken Parteien des Subkontinents verfasste, umfangreiche Denkschrift „Lawfare“ übergab. In der Denkschrift wird dargelegt, wie in Argentinien, in Ekuador und in Brasilien – immer aus Sicht der angeblich unmittelbar betroffenen Linksparteien – rechte Kräfte angetreten seien, um die Justiz vor ihren politischen Karren zu spannen und die Demokratie aus den Angeln zu heben. Auch hier kann ich als neugieriger Redakteur wiederum nur fragen, auf wessen Empfehlung hin Papst Franziskus den schwerwiegenden, unverantwortlichen Fauxpas beging, durch die beiden Audienzen unbescholtene Richter in den drei genannten Ländern als „korrupte Rechtsbeuger“ in Verruf zu bringen? Und einmal mehr unsere Sorge: wird beim Argentinier irgendwann dann doch noch der „Groschen“ fallen?

Paul Glotter

HimmelHerrgottSakrament

Wenn sich Bischof Vitus Huonder von Chur am hochheiligen Osterfest 2019 endlich in den Ruhestand verabschiedet, werden viele eidgenössische Katholiken laut und vernehmlich aufatmen und das voraussichtliche Ende eines seit knapp 30 Jahren andauernden kirchenpolitischen Trauerspiels in ihren Pfarreien mit stürmischem Glockenläuten begrüßen.

Spätestens 1990, als Papst Johannes Paul II. die in der Ostschweiz bestehende Wahlordnung außer Kraft setzte und ohne Rücksicht auf die über Jahrhunderte hinweg gewachsene basisdemokratische Gesinnung des Graubündner Kirchenvolkes den erzkonservativen Wolfgang Haas zum neuen Bischof ernannte, konnte kaum noch je-

mand daran zweifeln, dass es dem Polen in Chur nicht um „Verfahrensgerechtigkeit“ ging, sondern ganz schlicht und einfach um die Einrichtung eines „Kriegsschauplatzes“, auf dem man weithin sichtbar veranschaulichen konnte, was den Aufmüpfigen in der Kirche künftig blühen würde.

Ob in Fragen der Liturgie, ob in Fragen der Sexualmoral und der Geburtenkontrolle oder in Fragen der Synodalverfassung des kirchlichen Lebens – immer nahm Haas im Auftrag der Römer einen unversöhnlichen Standpunkt ein und setzte mit fast schon zynischer Routine alle Mitarbeiter vor die Tür, die gegen seinen Regierungsstil und seine Dekrete protestierten – den Justitiar des Bistums, den Leiter des Priesterseminars und den Generalvikar. Böse Zungen behaupteten sogar, dass es wohl sehr bald auch die „Klofrauen des Bistums“ erwischt werden würde.

Zwar war es dem Benediktiner Amadée Grab, Nachfolger von Haas, zwischendurch gelungen, die Gemüter in Graubünden und in Zürich wieder etwas zu beruhigen und „ein bisschen Gras über die Zerwürfnisse wachsen zu lassen“. Doch kaum war Vitus Huonder 2007 in die Bischofsresidenz von Chur eingezogen, wurden die alten, ideologisch motivierten „Kampfhandlungen“ wieder voll aufgenommen.

Mitglieder des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes erklärten bald indigniert, dass „Huonder den Religionsfrieden stört“, und selbst die Gemäßigten seiner Kollegen im Bischofsamt sprachen wegen der dauernden selbtherrlichen Alleingänge Huonders von einer „Brüskierung der Bischofskonferenz und des Kirchenvolkes“.

*

Die Ankündigung übrigens, dass Vitus Huonder seinen Alterswohnsitz in der Niederlassung der Piusbruderschaft in Wangs/St. Gallen nehmen würde, hat allein schon deshalb nicht überrascht, weil in den letzten Wochen durchgesickert war, dass Huonder künftig als „Brückenkopf“ zwischen den konzilsabtrünnigen Piusbrüdern und der Glaubenskongregation dienen werde.

Da sich Papst Franziskus trotz mehrerer persönlicher Versuche einer gütlichen Einigung letztendlich für die Rückkehr zu einer strengeren, lehramtsmäßigen Gangart

gegenüber der Bruderschaft entschieden und die während der letzten 30 Jahre für den Dialog mit den Lefebvebristen zuständige Kommission „Ecclesia Dei“ aufgelöst hatte, legte er nun per Dekret fest, dass die „Separatisten“, die sich insbesondere den Konzilsbeschlüssen zur Ökumene, zum interreligiösen Dialog und zur Religionsfreiheit widersetzen, ab sofort in den Zuständigkeitsbereich der Glaubensbehörde fallen – ein folgerichtiger Schritt, der nach meiner festen Überzeugung zu einer längerfristigen Beruhigung an der „Kriegsfront“ führen wird.

*

Es war eine historische Visite, kein Zweifel. Denn zum ersten Mal in der Geschichte besuchte mit Papst Franziskus ein Papst die Arabische Halbinsel. Ich erlaube mir, dem Argentinier an dieser Stelle ein ungeschmälertes Kompliment zu machen. Es wurden zwar auf den Empfängen für den Gast aus Rom viele Freundlichkeiten ausgetauscht und politisch korrekter „small talk“ geführt. Doch bei seinen Reden zog es Jorge Bergoglio diesmal vor, kein Blatt vor den Mund zu nehmen. 700 Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften z.B. sagte er: „Man kann nicht Brüderlichkeit verkünden und dann entgegengesetzt handeln.“

Wichtiger noch: gemeinsam mit dem Grossscheich der Kairoer Al-Azhar-Universität, Ahmed al-Tayyeb, unterzeichnete der Papst eine Erklärung, in der jeglicher Gewalt im Namen von Religion eine Absage erteilt wird. In separaten Stellungnahmen forderte Papst Franziskus ein Ende der Kriege im Jemen, in Syrien und in anderen Ländern und kritisierte die fatale „Logik bewaffneter Gewalt“. Wörtlich sagte er: „Das Wettrüsten, die Ausweitung der eigenen Einflussbereiche und eine aggressive Politik zum Nachteil anderer werden nie Stabilität bringen. Krieg schafft nichts als Elend, Waffen nichts als Tod!“

Es versteht sich fast von selbst, dass auf der traditionellen, alle zwei Jahre stattfindenden IDEX-Waffenmesse, die am 19. Februar in Abu Dhabi für fünf Tage ihre Tore öffnete, nur hinter vorgehaltener Hand über die „reichlich unrealistischen Zwischenrufe“ des Papstes gesprochen wurde.

*

Gerüchten zufolge hängt in München der Haussegen zwischen Kardinal Reinhard Marx und seinem stets gestriegelt auftretenden Generalvikar Dr. Dr. Peter Beer seit geraumer Zeit schief.

Weil wir von Marx wissen, dass er nie klein beigibt und selbst aus desolatesten Situationen fast immer als strahlender Sieger hervorgeht, mussten wir alle auch diesmal davon ausgehen, völlig überraschende Nachrichten aus der bayerischen Landeshauptstadt zu erhalten.

Ambitiösen Leserinnen und Lesern unserer Zeitschrift teile ich hier mit, dass sich inzwischen sowohl Männer als auch Frauen (!) für die Stelle der Amtsleitung des Münchner Ordinariats bewerben können.

Der künftige neue Generalvikar wird als erster Stellvertreter des Erzbischofs weiterhin ein Priester sein. Er soll zwar eine dienstliche Aufsicht über den Chef bzw. die Chefin des Ordinariats ausüben, aber nicht dessen oder deren Vorgesetzter in Fragen der Verwaltung sein. Wie aus Dienststellen des Erzbistums München und Freising zu hören ist, wollen Marx (der bleibt) und Beer (der geht) mit dieser „richtungweisenden Entwicklung“ einmal mehr (!) Zeichen setzen.

Zum 1. Januar 2020 sollen in München beide Spitzenpositionen neu besetzt sein.

*

Von unserem in Südbrasilien lebenden Redaktionsmitglied Horst Hohmann werden wir zwischenzeitlich immer mal wieder daran erinnert, dass in Brasilien mit knapp 5 Millionen Quadratkilometern rund 59 Prozent der Gesamtfläche des Landes bewaldet sind und sich die Abholzung im weltweiten Vergleich mehr als in Grenzen hält. Brasiliens größtes Umweltproblem, so hören wir aus Curitiba, wo Hohmann lebt, liege definitiv in den Städten des Landes (20 davon mit einer Bevölkerung zwischen 1 und 18 Millionen Einwohnern), wo rund 75 Prozent der 210 Millionen Brasilianer durch eine höchst mangelhafte Entsorgung von Haus- und Industriemüll sowie von Abwässern unmittelbar betroffen seien. Außerdem habe die durch nationale und internationale Bergbauunternehmen verursachte Umweltzerstörung alarmierende Ausmaße angenommen und sei vielerorts zu einer

direkten und indirekten Existenzbedrohung für Millionen von Bürgern geworden.

Als am 25. Januar dieses Jahres in der Bergbauregion des Bundesstaates Minas Gerais nahe der Kleinstadt Brumadinho der Erdwall eines Schlammdepots brach und über 13 Millionen Kubikmeter der bei der Eisenerzgewinnung entstandenen Rückstände donnernd zu Tal gingen, fanden mehr als 300 Menschen den Tod, zwei Flüsse wurden vergiftet und mehrere Hundert kleinbäuerliche Anwesen wurden unter den Schlammmassen begraben.

Mit einer in zurückliegenden Jahren oft vermissten Deutlichkeit erhoben diesmal auch viele Mitglieder der Katholischen Bischofskonferenz Brasiliens Anklage gegen die „verbrecherischen Geschäftspraktiken“ des für das Brumadinho-Desaster verantwortlichen Bergbau-Konzern VALE.

Unübertroffen ist in diesem Zusammenhang der Protest des Weihbischofs von Belo Horizonte (Hauptstadt des Bundesstaates Minas Gerais), Joaquim Mol. Ich zitiere hier aus seinem mir übersetzt vorliegenden Schreiben.

Mol sagt: „Das, was uns gegeben wurde, damit wir und alle künftigen Generationen das Leben in Fülle haben, ist dieser Tage einmal mehr von unersättlichen und verbrecherisch agierenden Minenbetreibern zerstört worden ... Bestochene Abgeordnete und Kontrolleure schauten weg ... Hochfahrene Richter, die vom Alltag des einfachen Volkes meilenweit entfernt sind, legten dringende Beschwerden komplizenhaft zu den Akten.“

Der Weihbischof stellt sodann unverblümt fest: „Was in Brumadinho (genauso wie vor 3 Jahren in Mariana) geschah, war nicht einfach ein Unglück. Es war und ist ein Umweltverbrechen und ein Massenmord ... Der Minenbetreiber VALE ist kein abstraktes Unternehmen. Seine Chefs haben Namen und Gesicht. Sie müssen jetzt unbarmherzig zur Rechenschaft gezogen werden ...

Gewinnmaximierung ist in unserer Bergbauindustrie zum alles entscheidenden Kriterium geworden. Umweltbewahrung und der Schutz menschlichen Lebens spielen kaum eine Rolle ... Trotz härtester Arbeitsbedingungen bleiben die meisten Bergleute ihr Leben lang arm und schauen dabei dem Tod fast täglich ins Auge.“

Ein Produktionsunternehmen, in dem sich einige wenige auf Kosten der vielen anderen bereichern, so Weihbischof Mol zum Schluss seiner Erklärung, müsse sich entweder lebensdienlicher Reformen unterziehen oder aber seine Tore schließen.

Bedauerlich nur, dass viele „Lebensschützer“ noch nicht begriffen haben, dass ihre Solidarität gelegentlich durchaus auch jene verdient hätten, die mitten im Leben stehen – oft gedemütigt, bestohlen und bedroht.

Unser Kollege Horst Hohmann teilte mir telefonisch mit, dass viele der Betroffenen von Brumadinho von Anzeichen eines möglichen Dammbrochs gewusst, aber aus Angst vor Entlassung geschwiegen hätten.

*

Angesichts der Tragödie von Brumadinho und dem menschenverachtenden Verhalten nationaler und internationaler Bergbau-firmen sei mir zum Schluss meiner Betrachtungen noch der traurige Hinweis erlaubt, dass dem Erzbischof der tansanischen Millionenstadt Dar-es-Salaam, Kardinal Polycarp Pengo, ganz offensichtlich das Gespür für die sehr unterschiedlichen Dimensionen menschlichen Leids abhandeln gekommen ist.

Denn kaum zu glauben, aber wahr: in einer Predigt hatte Pengo im November letzten Jahres gesagt, dass es inakzeptabel sei, „wenn Europäer ihre Hilfe von unserer Toleranz gegenüber Schwulen und Lesben abhängig machen.“

Der Kardinal wörtlich: „Sie werden uns die Unterstützung entziehen, wenn wir gegen die Homosexualität sind. Es ist aber besser, an Hunger zu sterben, als Hilfe zu bekommen und zu Dingen gezwungen zu werden, die gegen Gottes Gebote sind. Homosexualität war die Ursache für die Zerstörung von Sodom und Gomorra. Wer Homosexualität akzeptiert, der leugnet Gott!“ Viele meiner Freunde in Tansania werden auch jetzt wieder nur die Hände überm Kopf zusammenschlagen und mir irgendwann per Mail mitteilen, dass „Pengo eine Schande für die Kirche in Afrika ist“.

Theo Mechtenberg

„Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und ihr Verhältnis zur Europäischen Union

Am 26. Mai finden in Polen die Europawahlen statt. Kandidaten aus allen Parteien bewerben sich um die Polen zustehenden 52 Sitze. Für die Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) ist diese Wahl aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung: Zum einen als Test, ob sie bei den Parlamentswahlen im kommenden Herbst wieder mit einer absoluten Mehrheit rechnen kann, zum anderen weil sie zu einer stärkeren Präsenz nationalkonservativer Parteien in Straßburg beitragen möchte. Dies zumal, weil die „Allianz der Konservativen und Reformer“, der die Europaabgeordneten von PiS bislang angehörten, mit dem Brexit und dem dadurch bedingten Verlust der in der Allianz stark vertretenen britischen Politiker stark geschwächt werden dürfte. Zudem bemühen sich Europas Nationalkonservative derzeit um eine neue Fraktion aus Vertretern der italienischen Lega Nord, des französischen Front Nationale, der deutschen AfD und Nationalisten aus weiteren europäischen Ländern, ein Prozess, der von Ewen Bannon, Trumps früherem Berater, tatkräftig vorangetrieben wird. Dieser im Entstehen befindlichen Bewegung könnte sich auch PiS anschließen. Es ist zu erwarten, dass die Opposition in Polen ihren Europawahlkampf gezielt auf die Gefahr eines durch PiS drohenden Austritts Polens aus der EU ausrichten wird. An entsprechender Walkampfmunition mangelt es nicht, lassen sich doch zahlreiche Äußerungen führender PiS-Politiker zitieren, die diesen Verdacht erhärten. Aber betreiben Polens Nationalkonservative bei all ihrer gegenüber der EU feindlichen Rhetorik tatsächlich einen Polexit?

Im Vorfeld der Europawahlen sind Polens Nationalkonservative bestrebt, der Wahlkampfstrategie der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie bemüht sind, den Verdacht zu zerstreuen,

man wolle die EU verlassen. Mit einem überraschenden politischen Schachzug hatte Premier Morawiecki im Sejm einen Misstrauensantrag gegen die eigene Regierung eingebracht, der natürlich mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde, ihm aber die Gelegenheit bot, in seiner Regierungserklärung die Liebe zur EU zu betonen. Und der ein paar Tage später von PiS veranstaltete, der Vorbereitung der Europawahlen dienende Parteikongress fand dann auch unter dem Motto „Polen – das Herz Europas“ statt.

Der Skeptizismus der Nationalkonservativen gegen einen EU-Beitritt Polens

Ist diese neuerlich zum Ausdruck gebrachte Liebe zu Europa bloße Augenwischerei? Ist sie gar das Anzeichen einer veränderten Europapolitik? Sie ist weder das eine noch das andere. Denn Polens Nationalkonservative differenzieren zwischen Europa und der Europäischen Union. Sie wehren sich dagegen, als Antieuropäer abgestempelt zu werden, halten sich vielmehr für die wahren Europäer, für Vertreter eines Europa, das auf christlichen Werten basiert und die nationale Souveränität jeden Landes respektiert. Weil dies ihrer Meinung nach nicht der Fall ist, erweise sich die EU in Wahrheit als Feind Europas.

Um diese Denkweise und Argumentation zu verdeutlichen, lohnt ein Blick in die Entstehungsgeschichte von „Recht und Gerechtigkeit“. Sie ist eng mit dem Zerfall der „Solidarność verbunden. Die von dem legendären Arbeiterführer Lech Wałęsa angeführte Gewerkschaft mit rund 10 Millionen Mitgliedern hatte das kommunistische System zu Fall gebracht. Doch nach gewonnener Freiheit zerfiel ihre durch den gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus bedingte Einheit höchst unterschiedlicher politischer Kräfte. Gleichzeitig gelang es den sich zu Sozialdemokraten gewandelten Postkommunisten, sich zu konsolidieren. Sie übernahmen Mitte der 1990er Jahre sogar die Regierungsverantwortung und stellten mit Aleksander Kwaśniewski den Staatspräsidenten. Als Reaktion darauf kam es zu einem erneuten Versuch, die liberalen, nationalkonservativen und nationalistischen Gruppierungen der Solidarność in der 1996 gegründeten „Wahlaktion

Solidarność (AWS) zu bündeln. Sie gewann zwar 1997 gegen die Linke die Parlamentswahlen, zerbrach aber an den internen Gegensätzen, u. a. an der Frage einer Annäherung an die Europäische Union. Nutznießer dieses Zerfalls waren zwei 2001 gegründete Parteien, die in den kommenden Jahren das Schicksal Polens bestimmen sollten – die liberalkonservative „Bürgerplattform“ (PO) und „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), als Sammelbecken nationalkonservativer Politiker der AWS.

In der Debatte um einen EU-Beitritt Polens nahm PiS von Beginn an eine skeptische Haltung ein. Die Nationalkonservativen befürchteten vor allem, im Falle eines EU-Beitritts könne die Souveränität Polens allzu sehr eingeschränkt werden. In diesem Sinne äußerte sich Lech Kaczyński im November 2001: „Ich repräsentiere eine Gruppe, die auf dem Standpunkt steht, dass die Beschränkung der Souveränität, und sei sie die geringste, ein schmerzlicher Preis ist, zumal für meine Generation, die um die volle Unabhängigkeit Polens gekämpft hat.“ Und er fügte hinzu: „Aber die Situation Europas und der Welt [...] zu Beginn des XXI. Jahrhunderts gebietet es, zur Union ja zu sagen. Die Union ist für Polen eine Chance, doch sie ist kein karitativer Klub. Um die Rechte in der Union, um die Bedingungen des EU-Beitritts muss man hart kämpfen.“

Das Zitat zeigt, wie stark unter den Nationalkonservativen nach der historischen Erfahrung eines über hundertjährigen Verlustes der Eigenstaatlichkeit und den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft die Idee einer nationalen, möglichst uneingeschränkten Unabhängigkeit verankert ist. Ihr Skeptizismus gegenüber der EU sowie die späteren Konflikte der PiS-Regierung mit ihr resultieren aus dem Zweifel, ob es möglich ist, als EU-Mitgliedsstaat ein Maximum an Unabhängigkeit wahren und Herr im eigenen Haus bleiben zu können.

Es ist dieses Zwar-Aber, das von Beginn an die Einstellung der Nationalkonservativen zur Europäischen Union bestimmt und in Übereinstimmung mit Polens Kirche ihr christliches Europaverständnis kennzeichnet. Wie Polens Bischöfe zeigen auch sie sich über die in den EU-Mitgliedstaaten fortschreitende Säkularisierung der Lebensstile irritiert und sehen in dem mit einem EU-Beitritt ihres Landes einhergehenden

Prozess der Entkirchlichung die Gefahr eines Verlustes an nationaler Identität. Die Frage, die Primas Glemp 1995 während seines Londonaufenthaltes voller Skepsis in Hinblick auf einen möglichen EU-Beitritt Polens stellte, war auch ihre Frage: „Sollen wir einem imaginären Europa beitreten mit legalisierter Abtreibung, mit Verletzung der Prinzipien des Christentums, mit Geringschätzung von Ehe und Familie? Stehen derlei Bedingungen nicht im Widerspruch zu unserer Unabhängigkeit, zu unserer Identität.“¹

Deutlicher Rechtsruck der Nationalkonservativen

Ein Referendum sollte über den Beitritt Polens zur Europäischen Union entscheiden. Es fand im Juni 2003 statt. 77,45% der Wähler sprachen sich für eine Mitgliedschaft in der EU aus. Auch die Nationalkonservativen unter den beiden Kaczyńskis hatten, wenngleich nach internen Auseinandersetzungen und ohne Enthusiasmus, zugestimmt. Am 1. Mai 2005 wurde dann unter dem von Leszek Miller geführten Linksbündnis der Beitritt vollzogen. Er war aus Sicht der Nationalkonservativen mit einem Odium behaftet, weil nicht sie, sondern die Postkommunisten unter dem früheren ZK-Sekretär Miller die Polen in die EU geführt hatten. In Anspielung darauf hatte Lech Kaczyński bereits 2001 im Sejm gefragt: „Aufgrund welcher Prinzipien und im Namen welcher Ziele sollen wir Europa beitreten? Hier lässt sich eine Unterscheidung treffen nach denen, die dies im Interesse des ganzen Landes wollen, im Namen der Interessen der Nation. Man kann sich aber auch vorstellen, dass es Leute gibt, die in die Europäische Union aus ihren eigenen partikularen Interessen wollen, um ihre in Polen der 90er Jahre gründende Interessen zu verfestigen, und der EU-Beitritt verfestigt sie zweifellos.“ Im Klartext heißt das: Das Linksbündnis unter Miller strebt einen EU-Beitritt an, um mit Hilfe der EU ihre postkommunistische Position in der III. Republik abzusichern. Aus dieser durch nichts zu erhärtenden Auffassung resultiert die heutige Politik der Kaczyński-Partei und ihrer Regierung, die die III. Republik als postkommunistisch

deklariert und daraus den Anspruch ableitet, mittels ihrer Politik des „guten Wandels“ diesen durch die EU mitverschuldeten Makel zu beseitigen.

Mit dem Beitritt Polens zur EU endete Millers Regierung. Eine Korruptionsaffäre hatte zu ihrem vorzeitigen Ende geführt. Miller trat am 2. Mai, einen Tag nach Unterzeichnung des Beitrittsvertrages, zurück. Neuwahlen waren die Folge. Viele Polen hatten gehofft, dass aus ihnen eine stabile Koalitionsregierung aus der liberalkonservativen „Bürgerplattform“ (PO) und der nationalkonservativen Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) hervorgehen würde, womit Polen wohl eine gänzlich andere Entwicklung genommen hätte. Doch die Koalitionsgespräche scheiterten. Daraufhin rückte PiS politisch weiter nach rechts und bildete mit der Liga der Polnischen Familie und der Bauernpartei „Selbstverteidigung“ eine Koalitionsregierung. Beide Gruppierungen, die heute von der politischen Bühne verschwunden sind, hatten ihren Anhängern empfohlen, beim Referendum mit „Nein“ zu stimmen.

Für Jarosław Kaczyński war diese Koalition eine zur Machtgewinnung erforderliche, jedoch höchst ungeliebte Notwendigkeit, der er sich baldmöglichst entledigen wollte. Indem er die gegenüber der EU feindliche Einstellung beider Parteien und die soziale Ausrichtung der „Selbstverteidigung“ programmatisch übernahm, machte er sie im Grunde überflüssig. Mit dem Scheitern der Koalition versanken denn auch beide Parteien in der Bedeutungslosigkeit. Und wieder sammelte PiS aus ihnen einzelne Politiker wie den nationalistischen und spezieller Kontakte zu Putins Russland verdächtigten Antoni Maceriewicz, der in der jetzigen PiS-Regierung zeitweise Verteidigungsminister war.

Die gleiche Strategie, mit Hilfe nationalistischer und EU-feindlicher Kräfte die absolute Mehrheit zu sichern, bestimmte auch die Regierungsbildung nach der von PiS gewonnenen Wahl vom Herbst 2015. So bekleidet Zbigniew Ziobro, Vorsitzender der nationalistischen Partei „Solidarisches Polen“, das Amt des Justizministers. Er ist verantwortlich für die Justizreform, mit der er die Unabhängigkeit des Gerichtswesens aufhob, so dass die für die Rechtsstaatlichkeit fundamentale Gewaltenteilung

¹ Kościół – Polska – Unia Europejska (Kirche – Polen – Europäische Union) Gliwice o. J., S. 3.

nicht mehr gewährleistet ist. Und damit hat er der PiS-Regierung den bislang schärfsten Konflikt mit der Europäischen Kommission beschert.

Ein weiterer Politiker mit einer stark europafeindlichen Einstellung ist Jacek Kurski, Mitbegründer von „Solidarisches Polen“. Er leitet heute als Direktor das Staatsfernsehen, das er rigoros in ein reines Propagandainstrument der Regierung umgewandelt hat. Dazu nur ein Beispiel: Als anlässlich der Trauerfeier des ermordeten Danziger Stadtpräsidenten Paweł Adamowicz der Dominikaner Ludwik Wiśniewski davon sprach, Lügner dürften kein politisches Amt ausüben, verweilte die Kamera auf dem Gesicht des früheren Premiers und jetzigen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk. Im Übrigen dient das Staatsfernsehen unter Kurski dazu, in der Bevölkerung gegen die Europäische Union Stimmung zu machen.

Polen – ein Hemmschuh europäischer Integration

Dadurch, dass von Anfang an für die nationalkonservative PiS die Souveränität Polens oberste Priorität besaß, erwies sich die Partei und ihre Regierung als Hemmschuh einer vertieften Integration der Union. So äußerte sich Jarosław Kaczyński 2003 in der Sejmdebatte um die (letztlich am französischen Referendum gescheiterte) europäische Verfassung wie folgt: „Dies ist eine im Namen und auf der Basis einer bestimmten Ideologie formulierte Konstitution, einer antichristlichen Ideologie.“ Im Einzelnen führte er aus: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, welches die Stellung der Familie in dieser Konstitution ist. Nimmt man noch den durch bekannte Praktiken geschaffenen Kontext hinzu, z. B. homosexuelle Eheschließungen, dann gibt dies zu denken. Die Europäische Union dringt in Sphären wie Kultur und Erziehung ein. [...] Wenn wir auf Europa realistisch blicken, dann erkennen wir, wie dort die Mechanismen druckvoller Einflussnahme funktionieren, auch die der Käuflichkeit, einer Art Korruption. In wessen Namen sollen wir damit einverstanden sein? Hatten wir im Verlauf der letzten 270 oder 280 Jahre zu wenig Hegemonie? Ist uns dies gut bekommen? Ich weiß, dass es Polen gibt, die meinen, man könne die polnischen

Angelegenheiten von außen regeln, dass wir schlecht regieren. Das aber ist Ausdruck mangelnder Würde sowie extremer Dummheit und dazu noch historischer Unkenntnis.“

Auch wenn Jarosław Kaczyński mit der Angabe von „270 bis 280“ Jahren verlorener Selbständigkeit weit übertreibt, die historische Erfahrung des über ein Jahrhundert währenden Verlustes der Unabhängigkeit ist ein nationales Trauma, das von PiS zum eigenen Machterhalt bewusst bedient wird. In der von diesem Trauma bestimmten Perspektive ist dann auch die angeblich unter deutscher Dominanz stehende Europäische Union eine Hegemonie, die Polen unter den Vorgängerregierungen des Linksbündnisses wie der Bürgerplattform in die Knie gezwungen habe, von denen man sich jetzt unter der PiS-Regierung erhebe, um Brüssel und Berlin die Stirn zu bieten.

Zudem hat sich bei Kaczyński und seiner PiS im Einklang mit weiten Teilen der Kirche die Auffassung verfestigt, bei der Europäischen Union handele es sich um eine weitgehend antichristliche Organisation, in der für das nationalkatholische Polen eigentlich kein Platz ist. Den Einwand, dass schließlich weite Teile Europas von Christdemokraten regiert werden, ließ er nicht gelten und zog ganz nach Art der vorkonziliaren Traditionalisten deren Christlichkeit in Zweifel: „Christdemokraten – das waren ihre Vorgänger. Die kannten den Tridentinischen Ritus und beteten auf Latein.“

Auch der am 13. Dezember 2007 von allen EU-Mitgliedstaaten unterzeichnete und zwei Jahre später ratifizierte Lissabonner Vertrag stieß bei den polnischen Nationalkonservativen auf Widerspruch. Zwar hatte ihm Präsident Lech Kaczyński trotz Bedenken seine Unterschrift gegeben, doch im Frühjahr 2008 machte er aus seiner Ablehnung des Vertrages kein Hehl. In einer Fernsehansprache betonte er, nicht alles, was in der Europäischen Union vor sich gehe, sei für Polen gut. Eingebildet bei seiner Ansprache war eine Karte Polens in den Vorkriegsgrenzen, also ohne die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Damit wurde suggeriert, Deutschland könne sie sich mit Hilfe der Union zurückholen. Und um den Widerspruch der EU zur katholischen Moralauffassung zu verdeutlichen, waren Bilder von homosexuellen Hochzeiten zu se-

hen. Dennoch wurde der Lissabonner Vertrag auch von Polen ratifiziert.

Hier zeigt sich eine für PiS typische Handlungsweise: Man stimmt EU-Vereinbarungen zu, bezieht aber später zu ihnen eine negative Position und fühlt sich an ihre Verpflichtungen nicht gebunden. Es ist dies eine Strategie, mit der die Nationalkonservativen zwar innenpolitisch zu punkten wissen, sich aber immer wieder Konflikte mit der Europäischen Kommission einhandeln.

Außenpolitische Alleingänge

Auf eine kurze Formel gebracht, lautet die Europapolitik der nationalkonservativen PiS und ihrer Regierung: Kein Austritt aus der EU, aber ein Polen ohne ihre Einflussnahme sowohl auf die Innen- wie auf die Außenpolitik des Landes. Während innenpolitisch die von der PiS-Regierung eigenmächtig durchgeführte Justizreform für einen ernsten, bislang ungelösten Konflikt mit der Europäischen Kommission sorgt, erregen ihre außenpolitischen Alleingänge weniger Aufmerksamkeit, doch auch sie zeigen, wie weit sich Polen von der Union entfernt. So verfolgt Warschau ein Drei-Meere-Projekt. Ziel ist nach Worten von Präsident Andrzej Duda die Schaffung eines „Mosaiks von Nationalstaaten zwischen Ostsee, Adriaküste und Schwarzem Meer“. Damit greift er auf ein in der mittelalterlichen Jagiellonen-Dynastie historisch vorgegebenes Projekt zurück, das – sollte es verwirklicht werden – Polen im Verein mit anderen Ländern Mitteleuropas ein Gegengewicht zu den westlichen EU-Staaten verleihen würde.

Anfänge zur Verwirklichung einer Föderation von Meer zu Meer sind bereits gemacht: Von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet, trafen sich im August 2016 im kroatischen Dubrovnik die Repräsentanten einer zwölf Staaten umfassenden „Drei-Meere-Initiative“. Mehr Aufmerksamkeit fand das zweite Gipfeltreffen dieser Art, das am 6./7. Juli 2017 in Warschau stattfand und mit dem Besuch von Präsident Donald Trump eine besondere Bedeutung erhielt.

Ein Versuch, unter polnischer Führung eine Föderation mitteleuropäischer Staaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu schaffen, wurde mit der Wiedergeburt Polens nach dem Ersten Weltkrieg unternom-

men. Damals glaubte Józef Piłsudski, diesen Traum verwirklichen zu können. Er ließ nichts unversucht, im Ostseeraum wie auf dem Balkan entsprechende Bündnisse zu schmieden, scheiterte aber mit seinen Bemühungen. Mit dem Wahlsieg von PiS im Herbst 2015 ist nun, wie es scheint, der Drei-Meere-Traum zurückgekehrt. So versprach Außenminister Witold Waszczykowski bereits zu Beginn seiner Amtszeit, in den Ländern Mitteleuropas aktiv zu werden und ihnen deutlich die Gefahren vor Augen zu führen, „die uns erwarten, wenn wir uns nicht vereinen und solidarisch sind.“ Und Besuch und Rede von Donald Trump auf der jüngsten Drei-Meere-Initiative verliehen der Idee einen weiteren Auftrieb.

Ein im Widerspruch zur Politik der EU stehender Alleingang ist auch die Entscheidung der nationalkonservativen Regierung, dem Ersuchen von Präsident Trump nachzukommen und am 13./14. Februar in Warschau eine internationale Irankonferenz einzuberufen. Wie im Irakkrieg erweist sich auch hier Polen als Trojanisches Pferd amerikanischer Interessen. Denn nachdem Präsident Trump 2018 das unter Beteiligung der EU nach langwierigen Verhandlungen mit dem Iran abgeschlossene Nuklearabkommen gekündigt und die Sanktionen erneut in Kraft gesetzt hat, kann es an der Zielsetzung dieser Konferenz keinen Zweifel geben. Sie ist allein darauf ausgerichtet, mit Hilfe Warschaus mitteleuropäische Verbündete für eine verschärfte Antiiranpolitik zu gewinnen, die von der EU nicht geteilt wird.

Ein jüngstes Beispiel für die eigenmächtige, die Geschlossenheit der Union verletzende außenpolitische Initiative ist die von Außenminister Jacek Czaputowicz, mit der er den Versuch unternahm, die festgefahrenen Brexitverhandlungen durch einen Kompromissvorschlag einer Lösung näher zu bringen. Bekanntlich wird ein geordneter Brexit durch die Irlandfrage erschwert. Die Europäische Union verlangt in dem ausgehandelten Vertragswerk – auch aus friedenspolitischen Erwägungen – die Garantie, dass nach dem Austritt Großbritanniens aus der Union die Grenze zwischen Nordirland als Teil des britischen Königreiches und dem EU-Mitgliedstaat Irland offen bleibt, ohne Grenzkontrollen und ohne Schlagbäume, was die britischen Brexitbefürworter indes ablehnen. Mit seinem Vor-

stoß, diesen sogenannten Backstop auf fünf Jahre zu begrenzen, kommt Czaputowicz somit der Lösung dieser Frage um keinen Schritt näher, liefert aber mit seinem Vorschlag einen weiteren Beweis polnischer Außenpolitik, die sich um Brüsseler Beschlüsse nicht sonderlich schert, aber in der Union Verärgerung schafft und Polen zunehmend in der Gemeinschaft isoliert.

Vorerst kein Polexit

Das einzige, was Polen in der EU hält, ist die finanzielle Förderung, die das Land aus Mitteln der Union erfährt. Im Übrigen hat kein EU-Mitgliedstaat bislang mehr von der Union profitiert als Polen. So sagte denn auch Jarosław Kaczyński im Herbst letzten Jahres in Hinblick auf diese Förderung auf einem Parteikonvent: „Wenn es sich um das Lebensniveau handelt, dann ist dies der kürzeste Weg, Gleichheit zu erreichen.“ Dabei ist er überzeugt, es sei nur recht und billig, dass Polen diese Hilfe erhalte, nachdem die Westalliierten Polen das Nachkriegsschicksal hinter dem Eisernen Vorhang beschert haben. Auch die derzeit neu aufflammende Debatte in Polen um deutsche Reparationsleistungen für die im Zweiten Weltkrieg erlittenen Schäden ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Sie findet kaum zufällig zu einem Zeitpunkt statt, an dem in Brüssel über den neuen EU-Haushalt beraten wird und damit über die künftige Verteilung der Fördermittel. Weil die deutsche Bundesrepublik erwartungsgemäß den größten Beitrag aufzubringen hat und in den Verhandlungen daher ein besonderes Gewicht besitzt, wirken die Reparationsforderungen wie ein Wink mit dem Zaunpfahl, Polen in gewohnter Weise die Mittel zukommen zu lassen. Denn dass am Ende Deutschland an Polen Reparationszahlungen leisten wird, dürfte Polens Regierung selbst kaum glauben.

Dass letztendlich die begehrte finanzielle Förderung der Grund ist, warum Kaczyński und seine Partei die Mitgliedschaft in der Union nicht aufkündigen, zeigt ein Vorgang aus jüngster Zeit: Wegen der Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit ist beim Europäischen Gerichtshof ein Verfahren gegen Polen anhängig. Das Urteil wird für den März erwartet und würde damit in die heiße Phase des Wahlkampfes um die Sitze im Europaparlament fallen, was sich mög-

licherweise für die Nationalkonservativen nachteilig auswirken könnte. Doch vor allem um drohende finanzielle Sanktionen abzuwehren, entschloss sich die PiS-Regierung zu einem Teilrückzug ihrer im Rahmen der Justizreform gefassten Beschlüsse. Die von der rechtswidrig verfügten Zwangsemeritierung betroffenen Richter des Obersten Gerichts durften an ihre Arbeitsplätze zurückkehren. Die Angst vor einer möglichen Kürzung der Fördergelder zeigte Wirkung. Man würde sich wünschen, dass dieses Instrument des Öfteren genutzt wird, um unser Nachbarland vor einem Abgleiten in ein autoritäres, wenn nicht diktatorisches System zu bewahren.

Fazit: Solange die Gelder aus Brüssel fließen, wird es keinen Polexit geben.

Quelle: Andrzej Stankiewicz, Polexit: Raczej nie (Polexit: Eher nicht), Tygodnik Powszechny v. 06.01.2019, S. 24-27. Die nicht nummerierten Zitate sind Teil dieses Beitrags.

Theo Mechtenberg

Ein weiterer ukrainisch-russischer Konflikt

Nach dem seit Jahren andauernden Krieg in der Ostukraine, der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Versuch des Kremls, der Ukraine den ungehinderten Zugang zum Schwarzen Meer zu verweigern, gibt es nun einen neuen Konflikt, der diesmal nicht von Russland, sondern von der Ukraine ausgeht. Er mag auf den ersten Blick harmlos erscheinen, denn es geht nicht um eine militärische Auseinandersetzung, sondern um die Frage, ob die Ukraine ein Recht auf eine vom Moskauer Patriarchat unabhängige orthodoxe Kirche hat oder nicht. Doch aufgrund der traditionellen Nähe der Orthodoxie zu Nation und Staat in der Ukraine wie in Russland ist auch dieser Konflikt politisch brisant. Er könnte bald in der Ukraine erhebliche innere Erschütterungen bewirken.

Die Vorgeschichte

Aus Sicht des Moskauer Patriarchats ist die Ukraine kein eigenes „kanonisches Territorium“. Daher sei es der Ukraine nicht erlaubt, auf ihrem Gebiet eine eigenständige, von Moskau unabhängige orthodoxe Kirchenordnung zu errichten. Dennoch entstanden nach dem Untergang der Sowjetunion und der Bildung einer eigenstaatlichen Ukraine neben der zahlenmäßig starken Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats zwei vom Moskauer Patriarchat losgelöste ukrainisch-orthodoxe Kirchen – die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats und die um vieles kleinere Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche. Und dies gegen den Widerstand des Moskauer Patriarchen, der ihnen die kanonische Anerkennung verweigerte und sie mit einem Anathema belegte.

Seit Monaten gab es von Präsident Petro Poroschenko unterstützte Bemühungen zu einem Zusammenschluss dieser beiden Kirchen zu einer vom Oberhaupt der Orthodoxie, dem Patriarchen Bartholomeos I. von Konstantinopel, kanonisch anerkannten Ukrainisch-Orthodoxen Kirche. Diese Entwicklung blieb natürlich dem Moskauer Patriarchen Kyrill II. nicht verborgen. Er berief zum 15. Oktober 2018 eine Synode aller mit ihm verbundenen Kirchen ein, die bezeichnenderweise nicht an seinem Moskauer Amtssitz stattfand, sondern in Minsk, der Hauptstadt Weißrusslands, um so den Moskauer Anspruch auf das über Russland hinausreichende „kanonische Territorium“ zu unterstreichen. Vier Tage vor Beginn dieser Synode hatte der Patriarch von Konstantinopel die beiden kanonisch nicht anerkannten ukrainischen orthodoxen Kirchen aus dem Moskauer „kanonischen Territorium“ herausgelöst, sie sich selbst unterstellt, das vom Moskauer Patriarchat über beide Kirchen verhängte Anathema aufgehoben und damit die Voraussetzung zu ihrem, später von ihm anzuerkennenden Zusammenschluss geschaffen.

Als Antwort darauf beschloss die Minsker Synode den Abbruch der Beziehungen zum Patriarchen von Konstantinopel. Fortan wolle man mit Patriarch Bartholomeos keine „communio“ pflegen, eine Entscheidung, die jede Teilnahme an einer gemeinsamen Feier der Liturgie für die Zukunft aus-

schließt. In einem Brief stellte Patriarch Kyrill II. dem Patriarchen von Konstantinopel zudem die ewige Verdammnis in Aussicht, sollte er tatsächlich eine autokephale orthodoxe Kirche der Ukraine anerkennen und ihr seinen Segen geben. Zudem wandte er sich gegen die Absicht, dem Wunsch des ukrainischen Präsidenten entsprechend die in der Ukraine bestehende Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats nicht als „ukrainisch“, sondern ausdrücklich als „russisch“ zu kennzeichnen. Dies diene lediglich dazu, sie in den Augen der Ukrainer herabzuwürdigen. Mit dieser Vermutung dürfte Kyrill II. Recht haben, doch hat er sich dies aufgrund seiner Nähe zu Putin und seiner Befürwortung der Annexion der Krim selbst zuzuschreiben.

Am 3. November unterzeichneten Patriarch Bartholomeos und Präsident Poroschenko am Sitz des Patriarchen eine Vereinbarung zur Vorbereitung einer Synode, auf der mit der Vereinigung der bislang nicht kanonischen beiden Kirchen die neue Orthodoxe Kirche der Ukraine gegründet werden sollte. Sie trat in Kiew am 15. Dezember zusammen und wählte zu ihrem Oberhaupt den 39jährigen Metropoliten Epiphanius. Unter Anspielung auf den in der Orthodoxie üblichen Kommunionempfang unter der Gestalt des Weines sagte Präsident Poroschenko, die nationale Bedeutung dieses Ereignisses betonend: „Nach den Worten von Taras Szewczenko¹ wird die Ukraine fortan nicht mehr aus dem Moskauer Giftkelch trinken. Dies hier ist eine Kirche ohne Putin, ohne Kyrill, den Patriarchen von Moskau und aller Russen, ohne Gebet für die russische Herrschaft und für das russische Militär, denn es ist die russische Herrschaft und es sind russische Truppen, die Ukrainer töten. Dies hier aber ist eine Kirche mit Gott.“

Mit der Gründung einer autokephalen, vom Moskauer Patriarchat unabhängigen Orthodoxen Kirche der Ukraine war der letzte Schritt zu ihrer endgültigen Anerkennung durch Patriarch Bartholomeos I. vollzogen.

Moskau auf Konfrontationskurs

Auf die sich abzeichnende Gründung einer autokephalen Orthodoxen Kirche der Ukraine reagierte Moskau mit scharfen Attacken

¹ Tara Szewczenko (1814-1861), ukrainischer Nationaldichter.

gegen Patriarch Bartholomeos I. Kyrill II. sprach ihm das Recht ab, die Ukraine aus dem von Moskau beanspruchten „kanonischen Territorium,“ herauszulösen und eine autokephale ukrainischen Kirche anzuerkennen. Dazu bedürfe es einer orthodoxen Weltsynode (auf der das Moskauer Patriarchat den größten Einfluss gehabt hätte). Im Namen von Bartholomeos I. antwortete Metropolit Hiob, sein Vertreter im Weltrat orthodoxer Kirchen. Er verwies darauf, dass die russische Kirche selbst im XVI. Jahrhundert durch eine Entscheidung des damaligen Patriarchen von Konstantinopel und nicht durch ein Konzil autokephal geworden sei. Wie vergiftet die Atmosphäre zwischen Moskau und dem Patriarchen von Konstantinopel ist, zeigt die Entgegnung von Kyrills Sprecher: „Wir sind ernstlich besorgt über den psychischen Gesundheitszustand von Hiob. Sollte es notwendig sein, sind wir bereit, dem Bruder schnelle medizinische Hilfe zukommen zu lassen oder ihn zum Studium in eines unserer Klöster aufzunehmen.“

Der feierliche Gründungsakt in der Georgskathedrale in Istanbul

Trotz aller Moskauer Warnungen erteilte Patriarch Bartholomeos der Orthodoxen Kirche der Ukraine die kanonische Anerkennung, erhob sie aber zur Enttäuschung der Ukrainer nicht zu einem Patriarchat. Am 5. Januar unterzeichneten er und Metropolit Epiphanius den „Tomos“, die offizielle Gründungsurkunde. Am folgenden Sonntag, dem orthodoxen Weihnachtsfest, überreichte Bartholomeos in einem feierlichen Akt während des Gottesdienstes an Epiphanius den „Tomos“ und als Zeichen seiner Leitungsvollmacht das Szepter. Doch über dieser Feier lag auch der Schatten des Konfliktes. Dies brachte denn auch Präsident Poroschenko mit den Worten zum Ausdruck: „Beten wir, dass der Herr es nicht zu einer Provokation kommen lässt, zu einem Blutvergießen, das sich die Feinde wünschen.“

Die Fragwürdigkeit der Berufung auf das „kanonische Territorium“

Im Grunde geht es in diesem Konflikt um die Frage, welches Gewicht das von Patriarch Kyrill II. angeführte Argument des „kanonischen Territoriums“ besitzt. Ist es

„dogmatisch“ als ein dem Moskauer Patriarchat wesenhaft zukommender Anspruch zu verstehen oder lediglich aus der Geschichte begründbar? Letzteres ist der Fall. Sowohl das ukrainische als auch das russische orthodoxe Selbstverständnis basiert auf dem Gründungsmythos der Kiewer Rus. Mit der nach orthodoxem Ritus vollzogenen Taufe Vladimirs im Jahr 988 und der damit einsetzenden Christianisierung der Kiewer Rus verband sich Jahrhunderte vor den von Moskau ausgehenden Integrationsbemühungen die erste Einigung der Ostslaven. Weil Ukrainer und Russen gleichermaßen in der Taufe Vladimirs ihren historischen Ursprung sehen, ergibt sich ein die beiderseitige Geschichte prägendes Konkurrenz- und Konfliktverhältnis. Über mehrere Jahrhunderte war Kiew das orthodoxe Zentrum der Ostslaven. Erst 1586 wurde Moskau zu einem eigenen Patriarchat und gewann damit zunehmend an Bedeutung. Es bedurfte etlicher vergeblicher Versuche, ehe es dem Moskauer Patriarchat 1685 gelang, sich die ukrainische Orthodoxie gegen deren Widerstand zu unterstellen. Infolge der Säkularisierung der Kirchengüter unter Katharina II. verlor der Kiewer Metropolit 1768 auch den letzten Rest an Unabhängigkeit. Ende des 18. Jahrhunderts war die Russifizierung der Ukraine so gut wie abgeschlossen. Seit dieser Zeit waren bis 1921, in der kurzen Phase ukrainischer Selbstständigkeit nach dem Ersten Weltkrieg, alle Kiewer Metropoliten russischer Herkunft. Die ukrainischen Verlage unterlagen zaristischer Zensur. Der Versuch, die Bibel in ukrainischer Sprache herauszugeben, zog 1876 das Verbot nach sich, überhaupt Bücher in ukrainischer Sprache zu drucken und den Namen „Ukraine“ zu verwenden.

Damit wird deutlich, dass der Moskauer Anspruch auf ein „kanonisches Territorium“ aller Ostslaven aus der geschichtlichen Entwicklung resultiert und zugleich als Instrument politischer Macht und Unterdrückung diente.

Wie wird Moskau auf die Gründung der autokephalen Orthodoxen Kirche der Ukraine reagieren?

Der kurze geschichtliche Rückblick zeigt, was mit der Gründung der Orthodoxen Kirche der Ukraine für Moskau auf dem

Spiel steht – kirchlich wie politisch. Noch ist die in der Ukraine bestehende Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats mit über 12.000 Pfarreien und 186 Klöstern doppelt so stark wie die Orthodoxe Kirche der Ukraine. Da ist viel zu verlieren, auch finanziell. Putin meinte denn auch in seiner großen Pressekonferenz am 19. Dezember letzten Jahres, die Ukraine habe es mit der Gründung einer eigenen Kirche allein auf deren Besitz abgesehen. In einem Interview warf er der ukrainischen Regierung gegenüber den Gläubigen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats religiöse Intoleranz vor. Ausgerechnet er, der durch seine Regierung per Gesetz die 200.000 Gläubige umfassende Gemeinschaft der Zeugen Jehovas liquidieren, ihren Besitz konfiszieren und ihre Anhänger kriminalisieren ließ. Und Putins Sprecher Dimitry Piekow drohte, Russland werde die Interessen der Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats verteidigen.

Dieser Fall könnte eintreten, sollten Priester und Gläubige der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats in erheblichem Maße zur Orthodoxen Kirche der Ukraine übertreten. Ob dies in naher Zukunft geschieht und wie Putin darauf reagieren wird, bleibt abzuwarten. Kirchlich wie politisch hat aber bereits jetzt die dem russischen Imperialismus dienende Idee eines „kanonischen Territoriums“ und die Konzeption Moskaus als „Drittes Rom“ und Weltzentrum der Orthodoxie erheblichen Schaden erlitten. Zudem droht der Orthodoxie ein Schisma, falls das Moskauer Patriarchat und der Patriarch von Konstantinopel die kirchliche Einheit durch ein gegenseitiges Anathema beenden würden.

Quelle: Waclaw Radziwinowicz, „Tomos“ dla Ukrainy – historyczna katastrofa Putina („Tomos“ für die Ukraine – Putins historische Katastrophe) Gazeta Wyborcza v. 06. 01. 2019; W. R., Prawosławna Cerkiew Ukrainy stała się ciałem. Rosja protestuje (Die orthodoxe Kirche der Ukraine wird zu einem Leib), ebd.

Paul Glotter

Kongo: Neuer Hoffnungsträger

Noch bevor Felix Tshisekedi von der Oppositionspartei „Union für Demokratie und Sozialen Fortschritt“ (UDPS) aus der umstrittenen Präsidentschaftswahl vom 30. Dezember 2018 als Sieger hervorgegangen war und am 24. Januar 2019 die Nachfolge des bisherigen Staatsoberhauptes Joseph Kabila angetreten hatte, war im November vorigen Jahres mit der Ernennung des bisherigen Oberhirten des zentralkongolischen Bistums Mbandaka-Bikoro, Fridolin Ambongo, zum Erzbischof von Kinshasa auch kirchlicherseits unterstrichen worden, dass das Land auf allen Ebenen grundlegender Reformen bedarf.

Der aus dem Kapuzinerorden stammende Ambongo gilt bei diesem ebenso ehrgeizigen wie schwierigen Unterfangen der kommenden Jahre als neuer Hoffnungsträger. Unerschrocken hat der Ordensmann in der Vergangenheit häufig bewiesen, dass er nicht bereit ist, sich für politische Grabenkämpfe instrumentalisieren zu lassen und dass er die Mächtigen seiner Heimat – gelegen oder ungelegen – immer an ihren Amtseid erinnern wird, in dem sie hoch und heilig schworen, den Frieden in ihrem Land zu sichern, den Wohlstand der Bürger des Kongo zu mehren und für eine gerechte Verteilung der lebensnotwendigen Güter zu sorgen.

Seinen wichtigsten Vorgängern in Kinshasa steht Fridolin Ambongo in nichts nach – einem Kardinal Albert Joseph Malula (1964-1989), unter dessen Regie im bevölkerungsreichsten Bistum des Landes Hunderte von Pfarreien in kleine „Gemeinschaften menschlicher Größenordnung“ umgewandelt wurden. Und schließlich einem Kardinal Laurent Monsengwo (2007-2018), der in turbulenten und konfliktreichen Zeiten immer als hoch angesehener Vermittler auftrat und während der vergangenen fünf Jahre zum 9-er Beratungsgremium von Papst Franziskus gehörte.

Kenner sagen vom neuen Erzbischof von Kinshasa, dass er über einen ausgeprägten analytischen Geist, ein bewundernswertes Verhandlungstalent und ein beispielhaftes Einfühlungsvermögen verfügt.

Er hat bei vielen Begegnungen mit dem Kirchenvolk und auf unzähligen Tagungen bewiesen, dass ihm die kirchliche Soziallehre in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Als langjähriger Vorsitzender der kirchlichen „Kommission für natürliche Ressourcen“ (CERN) machte er Front gegen die besonders im Osten und im Südosten der Republik weit verbreitete und einem Krebsgeschwür gleichende Korruption, welche unter der Diktatur des Präsidenten Mobutu Sese Seko (1965-1997) sowie unter der gerade zu Ende gegangenen Herrschaft des Familienklans der Kabila (Vater Laurent-Désiré und Sohn Joseph) ein bisher unbekanntes Ausmaß erreicht hatte.

Die großen Verursacher dieser unersättlichen Gier der einheimischen Eliten und der mit ihnen liierten Ausländer, so Fridolin Ambongo, seien seit eh und je die immensen mineralischen Reichtümer der Republik. „Sie sind zum Fluch für unser Land und seine Bewohner geworden“, sagt er. „Die Demokratische Republik Kongo gehört zu den wohlhabendsten des afrikanischen Kontinents. Doch die Mehrheit der Bevölkerung lebt in unvorstellbarer Armut.“

Einheimische Politiker, Angehörige der kongolesischen Armee, Minengesellschaften sowie ausländische Söldnerheere aus den benachbarten Ländern Uganda, Ruanda und Burundi teilten die Gewinne der einträglichen Bergbaugeschäfte untereinander auf. „Unser Land verfügt u.a. über knapp 50 Prozent der weltweiten Vorkommen des Coltan-Metalls, ohne welches unsere Mobiltelefone nicht funktionieren würden. Wir nennen Coltan und einige andere Mineralien nur die Killererze, weil an ihnen Blut, viel Blut hängt“, rekapituliert Ambongo. Und er fügt hinzu: „Die Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo haben sich leider nie für die Sicherung der Landesgrenzen und für die Verteidigung unserer Bevölkerung interessiert. Sie fühlen sich in erster Linie und oft ausschließlich dem Schutz der Minengesellschaften und der großen ausländischen Holzfirmen

verpflichtet, die den Kongo erbarmungslos ausplündern.“

So wie der neue Erzbischof von Kinshasa 2016 in mühsamen Verhandlungen den bisherigen Staatpräsident Joseph Kabila von einer verfassungswidrigen dritten Kandidatur fürs höchste Regierungsamt abbringen konnte, erinnerte er auch jetzt den aus der Provinz Kasai stammenden Felix Tshisekedi in einem leidenschaftlichen direkten Appell daran, dass Gesetze da sind, um strikt eingehalten zu werden, und dass die „Demütigungen des Volkes, das im eigenen Land in der Verbannung lebt“, aufhören müssten.

Im Kongo, wo die katholische Kirche seit der Unabhängigkeit 1960 eine der einflussreichsten Kräfte in der Gesellschaft ist und vor allem durch ihre Schulen und Krankenhäuser vielerorts als die einzige Einrichtung wahrgenommen wird, auf die man sich in Notzeiten wirklich verlassen kann, rennt der Diplomat Fridolin Ambongo sozusagen offene Türen ein. Sollte es dann aber trotzdem erneut zu unvorhergesehenen Engpässen kommen, kann der Erzbischof jederzeit mit der Unterstützung seiner zahlreichen ausländischen Verbündeten rechnen.

Horst Hohmann

Südafrika: Der Marathon des Abel Mnguni

Um 3.30 Uhr in der Frühe sind die Straßen rund um die Kirche von Maphoko noch menschenleer. Ein eisiger Wind fegt über die Hochebene von KwaNdebele. Es ist Winter in Südafrika. Wie jeden Morgen schlendert Abel Mnguni (59) fröstelnd zur Bushaltestelle, eine Plastiktüte mit Vesperbrot und drei Bananen in der linken Hand, einen dicken Wollschal um den Hals gelegt. Viertel vor vier dann: Motorenlärm in der Ferne. Scheinwerfer tanzen über die flachen Häuser und Hütten, kommen näher.

Der PUTCO-Bus hält mit quietschenden Bremsen. Die Tür fliegt auf, um den neuen Fahrgast zu schlucken.

Weiter geht´s durch die Nacht, über Schotterwege zunächst, bis nach zwanzig Minuten die Hauptstraße nach Pretoria erreicht ist. Kurze Begrüßung der Bekannten auf den vorderen Sitzen, ein Plausch, ein müdes Lachen und bald setzen die Männer und Frauen ihren unterbrochenen Schlaf fort.

Über Südafrikas Hauptstadt kündigt sich im Osten bereits der neue Tag an, als Abel Mnguni wenige Minuten nach sechs im kleinen Bus-Terminal von Eastley aussteigt. Fast zwei Kilometer hat er jetzt noch zu Fuß. Punkt sieben beginnt sein Dienst im Ausbesserungswerk der TRANSNET, der staatlichen Eisenbahn. Lagerarbeiter ist er dort. Siebzehn Jahre nun schon. Hilfskraft die ganze Zeit, weil er keinen Schulabschluss vorweisen kann.

Der Vater von sieben Kindern, der neben Matebele und Afrikaans fließend Englisch spricht und im heimischen Maphoko angesehenen Berater des jungen Königs der Ndebele ist, mag noch immer nicht an schnelle Lösungen für sich und das Millionenheer der Pendler und Wanderarbeiter im „neuen Südafrika“ glauben.

„Die Altlasten der Apartheid, der Zeit vor der Unabhängigkeit 1994, wiegen trotz aller Versprechen der neuen politischen Führer noch immer schwer“, sagt Abel nachdenklich. „Abgeschoben hatte man uns Schwarze. Weit weg vom Schuss. Keine Arbeitsplätze im ehemaligen Homeland für uns geschaffen. Nur in der Republik, in der 90 Kilometer entfernten Stadt, gab´s Brot und Verdienst. Das wird wohl auch noch lange so bleiben.“

Knapp 5600 Rand stecken an jedem Monatsende in seiner Lohntüte. Umgerechnet 350 Euro. Ein Fünftel davon geht pro Monat fürs Bus-Ticket drauf. „Mit dem Rest kann ich keine großen Sprünge machen“ stellt Abel Mnguni lakonisch fest. „Meist sitzen bei mir zu Hause dreizehn Personen am Tisch.“

Der einzige „Luxus“, den sich der Eisenbahner bisher leistete, ist ein kleines TV-Gerät, das er aus Sparsamkeitsgründen höchstens viermal die Woche auf Empfang schaltet. Eine Autobatterie sorgt für die nötige Energie. Ans Stromnetz ist sein ärmlisches Backsteinhaus noch nicht angeschlos-

sen. Die Gebühren, so schätzt er, würden sein sorgsam berechnetes Haushaltsbudget sprengen. „Aber besser so, als eine kaputte Familie oder eine monatelange Trennung von Frau, Kindern und Enkeln“, rechtfertigt der praktizierende Christ seinen bescheidenen Lebensstil. „Ein schreckliches Übel in unsrem geliebten Südafrika – die zerbrochenen Ehen, die vielen Kinder und Jugendlichen, die ohne ihre Väter aufwachsen müssen“. Und mit trauriger Miene fragt er: „Sind ein paar lumpige Rand auf dem Konto das vielleicht wert?“

Den ermüdenden Marathon auf seiner „Hausstrecke“ zwischen Maphoko und Pretoria will Abel darum bis zu seiner Pensionierung in Kauf nehmen. Jeden Tag. Montag bis Freitag. Jeden Tag fünf Stunden auf Achse.

Er schmunzelt, deutet mit ausladender Geste auf die fast 2000 Menschen, die am späten Nachmittag im riesigen Terminal „Marabastad“ auf ihre Busse nach KwaNdebele warten. „All diesen Leuten hier, geht es nicht besser als mir“, tröstet er sich. Fügt aber gleich hinzu: „Träumen tun wir natürlich schon davon, in einigen Jahren vielleicht einen Job in unserer Heimat zu finden, falls die Nachfolger Nelson Mandelas in der Regierung irgendwann doch noch mit ihren Plänen Ernst machen, in strukturschwachen Provinzen wie der unseren neue Industriestandorte zu fördern.“ Nichts dürfe dabei übers Knie gebrochen werden, unterstreicht Abel. „Wir werden zwar nicht aufhören, unsere sozialen und politischen Forderungen zur Sprache zu bringen. Doch mit Gewalt – nie wieder!“ Wie in den Jahren vor der spektakulären Wende 1994, möchte er auch jetzt im Rat des Königs und in seiner Pfarrgemeinde für einen „versöhnlichen Umgangstil“ kämpfen.

Und nach Arbeitsschluss, auf den langen Fahrten zurück nach Maphoko? „Auch da diskutieren wir untereinander viel über unsere Zukunft in KwaNdebele“, sagt der Pendler.

Um 18.30 Uhr, schon nach Einbruch der Dunkelheit, begrüßen ihn zu Hause drei seiner kleinen Enkel. Abel Mnguni ist glücklich. Ein Tag weniger trennt den Lagerarbeiter vom heiß ersehnten Ruhestand.

Markus Groß

Feindliche Übernahme oder Ausweg „Reform-Islam“?

– eine Rezension zu Thilo Sarrazin, Tilman Nagel und Ayaan Hirsi Ali

Der Konflikt zwischen Islam und westlichen Werten bzw. die damit zusammenhängenden Probleme von Muslimen bei der Integration in westliche Gesellschaften ist ein Thema, das an Aktualität in den letzten Jahren zugenommen hat. Während vor einigen Jahren der Grundtenor noch gewesen war, dass ausreichende Bildungsangebote die Probleme schon lösen werden, ist in letzter Zeit immer mehr die *Religion Islam* selbst in den Fokus gerückt. Drei zwar kaum miteinander zu vergleichende, aber thematisch zusammengehörende Publikationen zum Thema sollen daher im Folgenden nacheinander betrachtet werden:

1. *Thilo Sarrazin: Feindliche Übernahme: Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht, München 2018, 4. Aufl. 2019.*

2. *Tilman Nagel: Was ist der Islam? – Grundzüge einer Weltreligion, Berlin 2018*

3. *Ayaan Hirsi Ali, Heretic, HarperCollins, New York 2015, deutsche Ausgabe: „Reformiert euch! – Warum der Islam sich ändern muss“, 2016; zugrunde lag die Originalversion.*

Zunächst zum Buch von Sarrazin: Bereits vor Erscheinen des Buches titelte die Süddeutsche¹: „Deutschland braucht dieses Werk so dringend wie einen Ebola-Ausbruch“ und beschrieb das Buch als „das verlegerische Unglück dieses Jahres“. Weiter lesen wir dort: „Seine primitive Koran-Exegese ist voller sachlicher Fehler“... „muss man wissen, dass Sarrazin den Koran nicht auf Arabisch, sondern einfach

mal in der respektablen, wenn auch für Laien schwer zugänglichen Übersetzung von Rudolf Paret aus dem Jahr 1966 gelesen hat. Dabei ist keine Buchreligion so eng mit ihrer Sprache verbunden wie der Islam.“ Mit diesem Satz sollen dann wohl alle des Arabischen nicht Mächtigen von kritischen Äußerungen zum Islam ausgeschlossen werden! Allerdings gilt es nicht für den Verfasser dieser Zeilen: Er „darf“ das Folgende schreiben, denn er hat sich bereits vor Jahren, mit Paret's Übersetzung (und mehreren weiteren Übersetzungen zum Vergleich), Paret's über 500-seitigem Kommentar und einem Wörterbuch bewaffnet durch den kompletten arabischen Originaltext des Koran geradezu hindurchgequält!

Folgt man der Rezension der Süddeutschen, die mit Gift und Geifer (siehe allein den Titel) geschrieben erscheint, erwartet man bei Sarrazin ein durch und durch polemisches Buch – und ist bei der unvoreingenommenen Lektüre angenehm überrascht. Der Tenor ist eher sachlich und nüchtern, Behauptungen bzw. Hypothesen werden nur nach ausführlicher Darstellung der Faktenlage aufgestellt und in vielen Fällen werden eigene Aussagen eingeschränkt oder relativiert, etwa wenn es um die Reformfähigkeit des Islam geht.

Auch entsteht nach der Lektüre der besagten Rezension der Eindruck, dass Sarrazin als Laie auf dem Gebiet der Islamwissenschaft sich völlig amateurhaft einen deutschen Koran besorgt und diesen unkritisch ausgeschlachtet habe, unbeleckt und unbelastet von weiterem Faktenwissen. (Sonja Zekri: „Sarrazin hat den Text gelesen, und nur den Text.“) Dieser Eindruck ist völlig falsch: Sarrazin benutzt, zitiert und erwähnt Dutzende, vielleicht sogar Hunderte gedruckter Publikationen zum Islam (mangels gesonderter Bibliographie ist eine Zählung etwas schwierig) und noch mehr Online-Publikationen, darunter viele Standardwerke der Islamwissenschaft.

Für die angeblichen Fehler „auf fast jeder Seite“ werden von Sonja Zekri kaum Beispiele gebracht, einer entpuppt sich gar als (einmaliger) Druckfehler („djimmi“ statt „dhimmi“), und selbst das, was übrig bleibt, ist bestenfalls diskussionswürdig, kaum aber je wirklich falsch².

¹ <https://www.sueddeutsche.de/kultur/neues-sarrazin-buch-deutschland-braucht-dieses-buch-so-dringend-wie-einen-ebola-ausbruch-1.4109017>; Artikel von Sonja Zekri.

² Eine detailliertere Betrachtung der erwähnten drei Bücher wird in einem der kommenden Sammel-imprimatur, Heft 1, 2019

Sarrazins Buch besteht aus fünf Kapiteln, deren erstes eine kurze Einführung in den Koran und den gelebten Islam ist. Was er dort beschreibt, spiegelt fast eins zu eins das wieder, was gläubige Muslime (zumindest anderen Muslimen gegenüber) selbst als den Kern ihrer Religion definieren würden. Was in Talkshows von Vertretern islamischer Verbände als „demokratietauglicher“ Islam präsentiert wird, steht dabei auf einem anderen Blatt, wird von Sarrazin aber auch nicht weiter thematisiert.

Zu dem oft gegen ihn vorgebrachten Vorwurf des Rassismus soll hier ein Zitat genügen (S.13):

„Natürlich sollen sich die Menschen mischen. Darum habe ich auch nichts gegen Einwanderung, sei es in Deutschland oder Europa. Aber die, die einwandern, müssen sich auch tatsächlich mischen.“

Die vom Islam ausgehende Gefahr, die Sarrazin für Deutschland sieht, ist weniger im Terrorismus, als vielmehr in der Demographie zu suchen (S. 16): „Wenn große Teile Deutschlands wie die Sonnenallee in Neukölln aussehen, kann durch neue Mehrheiten auch das Grundgesetz geändert werden, oder es kann sich die gelebte Verfassungswirklichkeit verschieben.“

Er verweist darauf, dass in Berlin „die Muslime einen Bevölkerungsanteil von 8-10 Prozent“ ausmachen, aber bei den Schulkindern bereits 15-20 Prozent verzeichnen.

Hier würde der Islamkritiker Ibn Warraq (Autor des Buches „Warum ich kein Moslem bin“) einhaken. In einem seiner Artikel⁵ hat er die wahre Situation des Islam anhand neuer anonymer Umfragen untersucht. Da offener Abfall vom Islam nach der Scharia mit dem Tode bestraft wird, „outen“ sich Konvertiten und Abtrünnige i.a. nicht. Gäbe es diesen Druck nicht und könnten alle geborenen Muslime über ihre Religion ebenso entscheiden wie z.B. Christen, wäre der Islam nach Ibn Warraq und den von ihm zitierten Umfragen *die am schnellsten schrumpfende* Religion.

In einem Unterkapitel befasst sich Sarrazin auch mit dem sog. „Euroislam“, wobei er

Bassam Tibi, den „Erfinder“ des Terminus, zitiert, der diesen für gescheitert hält, „allenfalls 5 Prozent der deutschen Muslime lebten auf individueller Ebene einen europäischen Islam.“

Das zweite Kapitel ist der „Islamischen Staatenwelt von Arabien bis Indonesien“ gewidmet, in dem neben der desolaten wirtschaftlichen und politischen Lage immer wieder auch die demographisch bedingten Probleme eine große Rolle spielen. Thema sind jedoch weniger die Geschichte einzelner Länder, als vielmehr die „Gefahren des Islam“. In Bezug auf die Demographie spielt für ihn beispielsweise das sog. Medianalter („50% sind jünger, 50% älter als der Median“) eine große Rolle. In Deutschland liegt dieses bei 46,2 Jahren, in islamischen Ländern nur bei 25,2 Jahren. Die Länder, „aus denen der Einwanderungsdruck nach Europa besonders groß“, v.a. Länder des muslimischen Afrika, liegt es zwischen 18 und 20 Jahren.

Eine andere wichtige Größe ist die Nettoreproduktionsrate (durchschnittl. Anzahl der Töchter pro Frau; wenn sie größer als 1 ist, wächst die Bevölkerung [S. 88]). In Deutschland liegt sie bei 0,67, in Algerien bei 2,22, (S. 488) in Marokko bei 2,18. Das heißt, in jeder Generation gibt es eine Verdoppelung (wobei die Generationen kürzer sind als bei uns)!

Auch auf Wissenschaft, Technik und Wirtschaft sieht er negative Auswirkungen durch den Islam (S. 94): „Aus der gesamten islamischen Welt gab es seit dem ausgehenden Mittelalter keine nennenswerten Beiträge zur Entwicklung der technisch-wissenschaftlichen Revolution.“ Er untermauert diese These mit einer Statistik zu Patenten pro eine Million Einwohner: Japan ist Spitzenreiter mit 276,06, Deutschland liegt mit 122,93 immer noch gut im Rennen, die besten islamischen Länder sind Malaysia (7,99) und die Türkei (5,64). Hier hätte Sarrazin vielleicht erwähnen können, dass die malaysische Wirtschaft und Wissenschaft von der chinesischen Ethnie (rund ein Viertel der Bevölkerung) dominiert wird und die Türkei einen Kemal Atatürk hatte, der alles daran setzte, das Land zu ent-islamisieren – man denke etwa an das Verbot der arabischen Schrift.

Im folgenden dritten Kapitel „Problemzonen islamischer Gesellschaften“ kritisiert

bände der Forschungsgruppe Inarah als größerer Beitrag erscheinen.

⁵ https://www.newenglishreview.org/blog_direct-link.cfm?blog_id=62059

er – für einen nüchtern wirkenden Menschen wie Sarrazin vielleicht etwas überraschend –, die verheerenden Auswirkungen des islamischen Bilderverbots auf die Kunst (S. 139): „So wurde den Malern und Bildhauern ihr wichtigster Gegenstand, der Mensch, ... genommen.“ Auch hier muss ihm zugestimmt werden. Man stelle sich nur einmal vor, ein Michelangelo, ein Rembrandt oder ein Rubens wären in einem islamischen Land geboren worden. Sie hätten entweder Ornamente für Kacheln entwerfen oder koranische Kalligraphien anfertigen müssen. Aus der Sicht eines Kunsthistorikers hat der Islam geradezu als Talentvernichtungsmaschine gewirkt. Es folgen weitere Statistiken zur allgemeinen Bildungsmisere islamischer Staaten, so z.B. die

TIMMS-Studie 2015, die Mathematikkenntnisse in der 4. Klasse untersucht: Spitzenreiter ist Singapur mit 618 Pkt., gefolgt von Südkorea (608) und Japan (593), das beste islamische Land ist die Türkei mit 483. Das reiche Saudi-Arabien liegt bei 383 und Kuwait bei 353 Pkt.. Was Sarrazin hier hätte auffallen können ist die Tatsache, dass die drei Spitzenreiter alle mehrheitlich Bevölkerungen haben, die zum chinesischen Kulturkreis gehören.

Wer diesen näher betrachtet, kommt sehr schnell darauf, dass hier der (nicht-religiöse) Bildungshunger – ganz im Gegensatz zum Islam – fest in die Kultur eingebettet ist, was auch den schnellen Aufstieg der Länder dieses Kulturkreises (China, Japan, Korea, Taiwan, Vietnam, Singapur) im 20. Jahrhundert erklärt – trotz Kriegschäden und Diktaturen.

Als Gründe für die Bildungsmisere der islamischen Welt gibt er unter anderem folgende Gründe an (S. 144): fehlenden Kunst- und Musikunterricht, mangelhafte Kenntnis fremder Sprachen, die Geringschätzung des Lesens und des Bücherwissens, niedriges Interesse an der Welt außerhalb des islamischen Kulturkreises.

Ein Leitmotiv seiner Betrachtungen ist immer wieder die Stellung bzw. Unterdrückung der Frau, die er für ursächlich für eine ganze Reihe der Probleme hält und der auch ein eigenes Unterkapitel (S. 164) gewidmet ist. Auch hier sind alle Behauptungen mit Statistiken aus anerkannten, nachprüfbaren und leicht zugänglichen

Quellen unterfüttert: „85% der Ägypter, 92% der Iraker und 96% der Malaien meinen, dass eine Frau immer ihrem Mann gehorchen muss.“ Später (S. 351) schreibt er: „Die Stellung der Frau im Islam fördert Bildungsferne, Arbeitsmarktdistanz, frühe Heirat und hohe Kinderzahlen.“

Kapitel 4 behandelt dann die Muslime in den Gesellschaften des Abendlandes. Auf S. 319 im Unterkapitel „Mentale Aspekte und ihre Folgen“ schreibt er: „Westliche Menschen fühlen, dass ihr Leben im Wesentlichen durch ihre inneren Antriebe gesteuert wird, also durch uns selbst. ... Aber die Muslime haben etwas anderes. Sie haben strikte äußere Regeln, Traditionen und Gesetze für das menschliche Verhalten. Sie haben einen Gott, der ihren Lebenskurs bestimmt.“ Hier würde ihm Tilman Nagel voll zustimmen (s.u.).

Man könnte noch erwähnen, dass zwei Voraussetzungen für wissenschaftlichen Fortschritt im Islam verpönt sind: Zweifel (*rayba*; bereits am Anfang von Sure 2) und Neuerung (*bid'a* – heute ein Schimpfwort). In einem letzten Kapitel stellt er die Frage „Was man tun muss?“. Eine Lösung ist für ihn ein Überdenken des Verhältnisses des Staates zu den Religionen. Dem ist zuzustimmen und vielleicht hinzuzufügen, dass es in der europäischen Rechtswissenschaft immer auch um die Definition des Gegenstandes geht, mit dem man es zu tun hat (z.B. juristische Person, Mord, Betrug). Beim Thema Religionsfreiheit beziehen sich die Gesetzestexte jedoch immer auf die europäische, individualistische und eher unpolitische Vorstellung von Religion. Bei einer Religion wie dem Islam mit starkem ideologischen Anteil versagt diese Herangehensweise.

In der Folge verweist er auf die Erfolge der europäischen Säkularisierung (S. 373): „Spätestens seit dem 18. Jahrhundert gebietet der Staat in den Ländern des westlichen Abendlandes den Religionen überall dort Einhalt, wo ihr Treiben seinen Zielen und Werten widerspricht.“ Dies sei beim Islam nicht mehr der Fall. Zudem beklagt er eine Diffamierung der Islamkritiker, während Islam-Verteidiger Begriffe wie „weltofen, liberal, antirassistisch“ für sich gepachtet zu haben scheinen.

Ein kleines Unterkapitel ist der Frage gewidmet „Können wir darauf hoffen, dass

der Islam sich ändert?“ Er erwähnt einige Ansätze, von denen er keinen für erfolgversprechend hält.

Will man ein abschließendes Urteil fällen, erhebt sich zunächst einmal die Frage: „Ist der Islam die Ursache für die Probleme der islamischen Welt bzw. der Muslime im Westen?“, denn die Hauptaussage des Buches wäre die Bejahung dieser Frage.

Bei der Überprüfung hilft vielleicht ein Blick auf naturwissenschaftliche Forschung. Wenn ein Phänomen, etwa das Bienensterben in Deutschland oder eine hohe Rate an chronischer Bronchitis in Peking untersucht wird, werden immer mehrere mögliche Ursachen in Betracht gezogen: Abgase, genetische Mutationen, Klimaveränderungen etc. In unserem Fall entspräche dies neben dem Islam selbst einer schlechten Wirtschaftslage, Fehlern des Westens, Korruption, schlechten Bildungschancen, Armut etc. Ein Naturwissenschaftler würde danach zwei Fragen stellen: Gibt es dieselben Auswirkungen auch dort, wo die jeweilige mögliche Ursache nicht vorhanden ist (z.B. ein vergleichbar erhöhtes Bronchitisrisiko in einer Gegend ohne Abgase) oder ob es andere Fälle mit derselben Ursache, aber ohne die Auswirkung gibt (also eine Stadt mit vielen Abgasen ohne Lungenkranke). So kommt man meist durch das Ausschlussverfahren auf eine oder mehrere Ursachen für ein Phänomen. Auf unseren Fall angewandt müssen wir Folgendes feststellen:

- 1) In keinem modernen islamischen Land gibt es Demokratie, eine erfolgreiche Wirtschaft und wissenschaftliche Höchstleistungen.
- 2) Die am besten dastehenden islamischen Länder sind Malaysia und die Türkei (s. oben)
- 3) In allen westlichen Gesellschaften sind die Problemgruppen vorwiegend muslimisch: Über die Integration vietnamesischer Boatpeople oder russischsprachiger Spätaussiedler wurde kaum je diskutiert.
- 4) Es gibt kein mehrheitlich islamisches Land, in dem nicht entweder die Scharia Kern der Rechtsordnung ist oder zumindest deren Einführung vehement verfochten wird.
- 5) Zwar hat der Westen in der islamischen Welt Fehler gemacht, er hat aber min-

destens ebenso große Fehler in China und Vietnam gemacht, ohne dass es zu ähnlichen Folgen gekommen wäre.

Betrachtet man den einzigen gemeinsamen Nenner bei allen Problemen, drängt sich der Schluss geradezu auf: Der Grund für die Rückständigkeit islamischer Länder und die mangelnde Integration islamischer Minderheiten ist *der Islam*. Hier hat Sarrazin m.E. recht.

Was man ihm vielleicht für die Zukunft raten könnte, wäre Folgendes: Ein freundliches Wort des Lobes für die vielleicht sich noch immer in einer Minderheit befindlichen, aber doch unleugbar vorhandenen „Kultur“-Muslime, die in unserer Gesellschaft angekommen sind, die ihre Töchter aufs Gymnasium schicken und ihnen keinen Ehemann aussuchen, hätten der Akzeptanz seines Buches gut getan.

Zum Buch von Tilman Nagel: Das Buch ist ein 694-seitiger „Wälzer“, der jedoch aus einem Guss ist. Der Titel „Was ist der Islam – Grundzüge einer Weltreligion“ scheint absichtlich gewählt, um den oft zu hörenden Aussagen etwas entgegenzusetzen, „den Islam“ gebe es ja nicht, was dann damit begründet wird, dass sie der gelebte Islam in verschiedenen Gemeinschaften voneinander unterscheidet. Dies ist natürlich ebenso unsinnig wie es die Behauptung wäre, „die parlamentarische Demokratie“ gebe es nicht, da die Macht in den USA zwischen Präsident und Kongress anders als in der Bundesrepublik zwischen der Kanzlerin und dem Bundestag verteilt sei. Verallgemeinerungen gehen immer über kleinere, individuelle Unterschiede hinweg. Was zählt ist das, was allen gemeinsam ist. Und zum tieferen Verständnis dessen, was denn eigentlich der Islam für die Muslime darstellt und mehr noch: was er *für uns* bedeutet (Vorwort S. 8), gibt das Buch von Tilman Nagel einen aufgrund der Natur der Materie zwar nicht leicht zu lesenden, aber in die Tiefe gehenden Einblick.

Im Folgenden können aus Platzgründen nur exemplarisch einige ausgesuchte Themen behandelt werden. So spricht er im ersten Kapitel „Was ist der Islam“ auf S. 19 eine Besonderheit der islamischen Mission (arab. *da'wa* – „Aufruf“ im Gegensatz zur christlichen Mission: *tabšīr*, abgeleitet von *bušra* – „gute Nachricht“) an: „Daß die Menschen, auf die sich diese Bekehrungs-

bestrebungen richten, von den Grundzügen der Botschaft, die ihnen als ihre neue, die einzig richtige Daseinsordnung angetragen wird, fast nichts wissen, war stets ein wesentlicher Faktor des Erfolgs des Islams.“ Stattdessen steht beim Islam die Erfüllung der Ritualpflichten im Vordergrund.

Trotzdem gibt es natürlich solche Grundzüge der Botschaft, und hier ist vor allem das 2. Kap. zum Gottesverständnis relevant. Wir erfahren, dass anders als im Christentum die Welt für einen Muslim „fortwährend geschaffen“ wird, dass Gott nichts „von alleine laufen lässt“, sondern bis ins kleinste Detail alles von ihm in jedem Moment in Gang gesetzt passiert. Das Thema wird nochmals in Kap. 13 „Wie sieht der Islam den Menschen“ aufgegriffen (S. 425): Danach ist es logisch, „daß es keine Naturgesetze geben kann, da Allahs Schöpfungshandeln per definitionem nicht an solche gebunden ist.“ Hier gibt es laut Nagel aber ein theologisches Problem: durch die permanente Schöpfung „kann er dieser Welt nicht gänzlich transzendent sein.“

Diese Sicht der Welt als eine Art Marionettentheater beinhaltet natürlich auch eine Absage an den freien Willen des Menschen. Gott führt den rechten Weg oder er führt halt in die Irre und bestraft dann die in die Irre Geführten – für ihren Irrweg. Dass dies unbefriedigend ist, sieht auch Nagel (S. 62): „diese Lenkung ist keinerlei durch den Menschen zu entschlüsselnden ethischen Maßstäben verpflichtet: Allahu akbar – Allah ist größer als dies alles!“

Was Nagel hier nicht erwähnt ist die Tatsache, dass der Ausdruck „Allahu akbar“ nicht ein einziges Mal im Koran vorkommt! Ansonsten hat er jedoch sicherlich recht. Im erwähnten 13. Kap. arbeitet er u.a. sehr gut die Unterschiede zum Christentum heraus: Dort gibt es, anders als im Islam, keine Gottesherrschaft auf Erden (S. 401), dafür aber eine Autonomie des Menschen, während im Islam das „Einhalten der komplizierten Regeln, die den Daseinsvortrag bis in die kleinste Kleinigkeit bestimmen“ das Handeln des Menschen bestimmen sollen.

Anders als Adam und Eva nach dem Essen der Frucht vom Baum der Erkenntnis ist der Mensch gemäß islamischer Lehre nicht in der Lage, selbst zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Daher gibt es starre Regelungen, bei deren Befolgen ein Muslim

sich keine Sorgen über deren Rechtmäßigkeit und Folgen machen muss. Es gibt keine Ursachen in der „Handlungsfreiheit des verstandesbegabten Geschöpfes, sondern in durch Allah geschaffen werdenden Gegebenheiten im Verborgenen...“ (S. 76)

In Kap. 3 „Wer war Mohammed?“ – vielleicht dem schwächsten des Buches, gibt er eine mehr oder weniger persönliche Deutung der Traditionsliteratur ohne jeglichen Zweifel an der Historizität des Propheten wieder. Dies ist historisch nicht verwendbar, aber es zeigt auf, was für eine Art Mensch von Muslimen als vorbildlich gesehen wird.

Ähnlich unkritisch ist das 4. Kap. 4 „Was ist der Koran?“ Zur Autorenschaft verwendet er die Floskel Muhammads „Alter Ego“. An die Möglichkeit verschiedener Autoren des Koran, späterer Hinzufügungen oder gar der Zusammensetzung aus mehreren Quellen denkt er ebensowenig wie die Muslime selbst, mit dem Unterschied, dass er nicht an göttlichen Ursprung glaubt.

Dabei hätten ihm auch aufgrund seiner eigenen Schilderungen, z.B. bei der Schlacht von Badr mit den vielen unwahrscheinlichen Details, Zweifel kommen müssen.

Solche Zweifel zeigt er sehr wohl in Kap. 5 „Was ist das Hadith?“ zu den Sammlungen der Aussprüche des Propheten und den Begebenheiten aus seinem Leben, die jeweils mit einer Überliefererkette (*isnād*) versehen sind. Auf S. 146 lesen wir nämlich: „Im Hadith die Quelle gottgegebenen ‚Wissens‘ zu suchen, deren Wasser gleich dem Regen das islamische Gemeinwesen zum Blühen bringe, setzte demnach schon damals ein beträchtliches Maß kollektiver Autosuggestion voraus.“

Bereits in der Einleitung hatte er auf S. 26 zur Scharia geschrieben: „...nennt man die Scharia, ein Begriff, den Mohammed in dieser Bedeutung noch nicht kannte. Es wird etwa vier Jahrhunderte dauern, bis sie voll ausgebildet ist.“

Bei all diesen Hinweisen fragt es sich schon, warum ihm beim Rest der islamischen Traditionsliteratur, etwa der Prophetenbiographie, die ja ebenfalls Jahrhunderte nach den angeblichen Ereignissen verfasst wurde, nicht ebensolche Zweifel gekommen sind.

Eine wichtige Vorstellung im Islam, die im Westen meist unbekannt ist, ist die der sog.

fitra, von Nagel treffend übersetzt als die „wesensmäßig angelegte Affinität zum Islam“ (S. 174; Kap. 6 „Was ist die Scharia?“), die sich u.a. aus Sure 7:172 ergibt. Bereits in der Einleitung hatte er auf sie verwiesen (S. 29): „Verkürzt gesagt, jeder Mensch wird als Muslim geboren; es sind seine Eltern oder andere schlechte Einflüsse, die ihn gemäß Allahs unauslotbarem Ratschluß aus der wahren Daseinsordnung herausreißen.“

Bekehrung ist danach also die Wiederherstellung des natürlichen Zustandes, aus diesem Grund ist auch die Eroberung eines nicht-muslimischen Landes durch die Muslime ein „Zurückholen“ islamischen Bodens, jeder Krieg somit automatisch ein Verteidigungskrieg; dazu passt auch Folgendes: „Abmachungen, die man mit heidnischen Stämmen getroffen hat, können nach dem Belieben ‚Allahs und seines Gesandten‘ aufgekündigt werden (vgl. Sure 9, 1-5)“

Im Kapitel über die Scharia wird klar, dass es beim islamischen Gesetz darum geht, das (bereits vorhandene) göttliche Gesetz aus Koran und Sunna, nach einigen Rechtsschulen auch durch Analogieschluss zu *eruiieren*, nicht aber darum, vom Menschen ersonnene Gesetze zu erlassen. Wir lesen auf S. 175 (nochmals erwähnt auf S. 398): „Dies betonte im März 2016 der Rektor der Azhar-Hochschule in einer Rede vor Bundestagsabgeordneten: Als Muslim könne man keine Gesetze anerkennen, die von Menschen erfunden worden seien; einen Weg in eine säkularisierte Gesellschaft gebe es für die Muslime nicht.“

Es sollte erwähnt werden, dass dieser Rektor (Ahmed el-Tayeb) sich in Interviews unter anderem für die Todesstrafe für Abtrünnige ausgesprochen hat⁴. Dies scheint die „Dialog-Verantwortlichen“ im Vatikan aber nicht gestört zu haben, als man den Papst letzte Woche eine „gemeinsame Erklärung zur Geschwisterlichkeit aller Menschen“⁵ mit ebendiesem Rektor hat unterzeichnen lassen.

⁴ Siehe das folgende Video (mit Untertiteln): <https://www.memri.org/tv/sheikh-al-azhar-ahmad-al-tayyeb-islam-unrepentant-apostates-should-be-killed-homosexuality>

⁵ <https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2019-02/papst-franziskus-abu-dhabi-gemeinsame-erklaerung-grossimam.html>; es wurde von Theologen vor allem ein Passus kritisiert, in dem das

In Kap. 7 „Was lehrt der Islam über das Jenseits?“ fällt ein schöner Satz (S. 209): „Das Leben im Paradies erhebt das, was im Diesseits als unsittlich gälte, zum höchsten Genuß.“

Die christlichen Bezüge des Koran werden bei der Jenseits- und Endzeitbeschreibung allerdings von Nagel wohl absichtlich ausgeblendet. Den „Antichrist“ (arab. *dağğāl*), den er an anderer Stelle auch so bezeichnet, nennt er fast überall den „großen Lügner“ (S. 211)

Weitere Kapitel betreffen das Imamats, Kalifat und Sultanat, den Dschihad, die Unterschiede zwischen Sunniten und Schiiten, die Riten des Islam, den Sufismus und schließlich ein für den Westen sehr relevantes, den Islamischen Rationalismus (Kap. 15).

Für muslimische Theologen (oder besser Rechtsgelehrte) war es hier wichtig zu entscheiden, ob der Koran zum Göttlich-Schaffenden (*ḥāliq*) oder zum Geschaffen-Werdenden (*maḥlūq*) gehört. Man könnte hinzufügen: Die letztere Möglichkeit würde eine Neuinterpretation nach den Zeitumständen erlauben, man hat sich aber im Islam für das Erstere entschieden.

Danach folgen Kapitel zum Salafismus, den „großen Erzählungen“, zur Frage „Wie sieht der Islam die Nichtmuslime“, zu „Frauen und Ehe“ und schließlich ein letztes Kapitel 20: „Was ist Islamwissenschaft“.

Hatte er die Forschergruppe Inarah, der der Verf. angehört, in früheren Publikationen noch am Rande erwähnt und zum Teil heftig kritisiert, so werden sie und ihre Forschungsergebnisse in diesem Buch völlig ignoriert. Ansonsten ist das Kapitel aber ein interessanter Überblick über die Geschichte der europäischen Islamwissenschaft. Dass dabei in den letzten Jahren gerade Islam-Apologeten offensichtlich die Oberhand gewonnen haben, erwähnt er am Ende, u.a. in Fußnote 78 auf S. 660 zu Mathias Rohes Buch „Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart“: „Um eine Kompatibilität der Scharia mit europäischen Rechtssystemen vorzutauschen, blendet er das Ritualrecht aus... und übergeht den Transzendenzbezug der Scharia, der gerade für zeitgenössische Muslime den entscheidenden Vorteil der Scharia ge-

Vorhandensein verschiedener Religionen als gottgewollt bezeichnet wird.

genüber dem westlichen Recht ausmacht.“ Scharia ist halt für Muslime göttliches, nicht menschliches Recht!

Allgemein ist zu Nagels Buch noch zu bemerken, dass er neben der alten Rechtschreibung eine z.T. eigene Terminologie verwendet, so übersetzt er das arabische *dīn* nichts als „Religion“, sondern als „Daseinsordnung“, was nicht unberechtigt ist. Was m.E. zu bemängeln ist, ist seine kritiklose Übernahme der Eckdaten der traditionellen Geschichtsschreibung des Islam. Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass für das Verständnis dessen, was Muslime antreibt und wie sie ihre Religion sehen, es eher irrelevant ist, was *wirklich geschehen ist*, und viel wichtiger das, was man *für die Vergangenheit hält*. Nagel schreibt auf S. 28 über den Begriff *ḥanīf*: „Im Arabien der Zeit Mohammeds bezeichnete man mit diesem Wort einen Angehörigen einer Frömmigkeitsströmung, die die Vielgötterei der Mehrheit der Zeitgenossen ablehnte, ...“ Diese Weisheit stammt natürlich nicht aus der Lektüre zeitgenössischer arabischer Texte der Zeit der Entstehung des Islam – solche gibt es nämlich nicht –, sondern aus der Jahrhunderte später geschriebenen Literatur der Koranexegeten bzw. der diese benutzenden Islamwissenschaftler. Die Aussage ist so wahrscheinlich historisch falsch. Wenn aber ein heutiger Muslim das Wort *ḥanīf* verwendet, ist diese Definition Nagels dann doch wieder relevant.

Noch ein Wort zu Nagels Rezension zu Sarrazin: Er bescheinigt ihm, dass er „keine groben Fehler“ gemacht hat und verteidigt ihn gegen die „wutschnaubende“ Kritik anderer Rezensenten, wirft dabei gleichzeitig den „Islam-Lobbyisten“ eine „haarsträubende Verdrehung koranischer Aussagen“ vor. „Die Verbindung der Botschaft des Korans mit dem real existierenden Islam nimmt ihm die von politischer Korrektheit beherrschte veröffentlichte Meinung übel.“ Zu einem dieser Tricks der Apologeten folgt weiter unten ein Beispiel.

Zum Buch von Ayaan Hirsi Ali: Gleich zu Anfang des Buches erwähnt sie ein geradezu beispielhaftes Vorkommnis (S. 4), das die Stimmung in der westlichen Öffentlichkeit zum Thema Islamkritik widerspiegelt: Im Jahre 2013 empfing sie eine Einladung an die Brandeis University, wo ihr im Mai 2014 eine Auszeichnung („honorary de-

gree“) in „social justice“ (soziale Gerechtigkeit) überreicht werden sollte. Sechs Monate später erhielt sie einen Telefonanruf mit einer Absage. Grund war eine Online-Petition, ursprünglich durchgeführt von der CAIR (Council on American Islamic Relations) mit dem Anklagepunkt „hate speech“ (Hassrede). In der Petition wurde erklärt, die Auszeichnung sei „hurtful to the Muslim students ...“ (verletzend für die muslimischen Studenten). Isg. 87 Mitglieder der Fakultät hatten unterschrieben und u.a. beklagt, sie sei ein „devisive individual“ (Spalterisches Individuum). Wer hatte unterschrieben: Professor(innen) des Faches „Women’s, Gender and Sexuality Studies“, zusammen mit CAIR, einer Organisation, die von den Vereinigten Arabischen Emiraten als Terroristenorganisation auf eine schwarze Liste gesetzt worden sei. Ähnlich nach dem Mord an Theo van Gogh (S. 6), der eigentlich ihr gegolten hatte. Holländische Akademiker hatten darauf behauptet, dass die „eigentliche Motivation“ des Mörders Bouyeri nicht die von ihm selbst proklamierte religiöse sei, sondern „socioeconomic deprivation“ oder „postmodern alienation“. Sie setzt dagegen, dass man dann, wenn ein Mörder sich auf den Koran beruft, man zumindest einmal die Möglichkeit in Betracht ziehen muss, dass er das meint, was er sagt.

Gegen den Vorwurf mangelnder Kompetenz beruft sich auf S. 8 auf ihre Kenntnisse des Islam als lange praktizierende Gläubige, ihre Erfahrungen in muslimischen Gesellschaften einschließlich der Stadt Mekka selbst und ihre langjährigen Studien. Durch das Buch zieht sich ihre Klage, dass westliche Liberale anscheinend an einem Komplott gegen kritisches Denken teilnehmen, sobald es um den Islam geht. Auf das erste Beispiel bezogen zeigt sie völliges Unverständnis, dass ausgerechnet Liberale, einschließlich Feministinnen und Aktivisten für Schwulen- und Lesbenrechte sich in der Diskussion auf die Seite des Islamisten schlagen.

Die Fragen, die auch Sarrazin und Nagel interessieren, die nach dem islamischen Anteil an den Problemen mit Muslimen und der islamischen Welt, beschäftigen auch sie. Dabei gibt sie mehrere Beispiele von Europäern, die Terrorakte verübt haben, z.B. den Konvertiten Alton Nolen, der seine Arbeitskollegin Colleen Hufford in

Oklahoma enthauptete. Scharf kritisiert sie den ehemaligen Präsidenten Barack Obama, der 2004 über die Terrorakte des IS (in seinen Worten noch: ISIL) meinte: „ISIL ist nicht ‚islamisch‘. Keine Religion billigt das Töten von Unschuldigen.“

Ihre Beispiele für Grausamkeiten, Missstände und Probleme stammen sowohl aus dem Westen als auch der islamischen Welt, z.B. werden die Blasphemiegesetze in Pakistan erwähnt, die jede kritische Äußerung über den Propheten mit dem Tode bedrohen, sie spricht Saudi Arabien an, wo Kirchen und Synagogen illegal sind, und schließlich auch den Iran, wo Steinigungen und das öffentliche Hängen von Homosexuellen zum Strafvollzug gehören.

Eine etwas eigenwillige, aber auch knappe Terminologie verwendet sie für die drei Gruppen, in die sie die Muslime aufteilt:

1) Die Fundamentalisten, sie wollen einen Scharia-Staat; sie nennt sie **Medina-Muslime**, da sie den angeblichen perfekten Staat nachahmen, den der Prophet der Traditionsliteratur zufolge in Medina gegründet haben soll.

2) Die Mehrheit, sie sind den Kernaussagen des Islam treu, sind aber nicht gewalttätig, in ihrer Terminologie: **Mekka-Muslime**. Diese Muslime sind ihre Zielgruppe.

– Mit ihrem Buch will sie eine Reformation der Lehre („doctrinal reformation“) anstoßen. Dass sie als Abtrünnige vom Islam (ein früheres Buch hatte den Titel „Infidel – Ungläubige“) eine solche Reformation kaum wird anstoßen können, ist ihr bewusst, und sie bittet die Leser darum, sie nicht mehr als Apostatin (Abtrünnige), sondern als Häretikerin zu betrachten.

– Das Problem der Muslime im Westen, die größtenteils dieser Gruppe angehören, ist ihrer Meinung nach eine Art kognitive Dissonanz: das Auseinanderklaffen der angestammten Werte und der pluralistischen Gesellschaft, die diese Werte in Frage stellt.

– Dabei gibt es für viele nur zwei Alternativen: den Islam ganz zu verlassen (wie sie selbst) oder die religiösen Handlungen nicht zu beachten.

3) Als dritte, kleinste Gruppe listet sie muslimische Dissidenten auf, in ihrer Terminologie: „**Modifying Muslims**“.

Ähnlich wie Sarrazin benutzt sie Statistiken, z.B., wie er, die des Pew Research Center: „The World’s Muslims: Religion, Politics and Society, 2013. Danach betrachten mehr als 80 % der Pakistanis und zwei Drittel der Bangladeshis und Irakis die Scharia als das offenbarte Wort Gottes. Ein Viertel der Bangladeshis (26%) und jeder achte Pakistani (13%) denkt, dass Selbstmordattentate zur Verteidigung des Islam oft oder manchmal gerechtfertigt sind. Laut einer ihrer Tabellen sind in Pakistan 75% für die Todesstrafe für den Abfall vom Islam.

Die Taktik des Westens dem Islam gegenüber vergleicht sie mit der Taktik des Westens im Kalten Krieg und fragt sich, was wohl passiert wäre, wenn der Westen nicht die Dissidenten unterstützt hätte, sondern – so wie heute im Falle des Islam – die Sowjetmacht, etwa mit der Begründung, der Kommunismus sei eine „Ideologie des Friedens“. Im Folgenden macht sie ihre fünf Reformvorschläge: Geändert werden sollte... (S. 24)

1) der halbgöttliche Status des Propheten Muhammad.

2) die Überbetonung des Lebens nach dem Tode gegenüber dem vor dem Tode

3) die Scharia, abgeleitet vom Koran und der Sunna

4) die Praxis der Ermunterung aller Muslime, das durch die Religion „Gebotene durchzusetzen und das Verbotene zu verhindern“.

5) der heilige Krieg

In der Folge gibt sie einen eher holzschnittartigen Überblick über die christliche Reformation – und stellt sie sozusagen als Kontrastfolie ebenso knapp revisionistischer Forschung zum Islam gegenüber. Hier liegen die Schwächen ihres Buches, das mit genau 250 Seiten Haupttext (Vorgabe des Verlages?) eine verdächtige Punktlandung hingelegt hat.

In den folgenden Kapiteln geht sie dann auf Muhammad und den Koran ein, wobei sie zwar hin und wieder revisionistische Positionen am Rande erwähnt, insgesamt aber auf dem Fundament der klassischen Erzählung bleibt. Als kurze Einführung in den Islam und seine Auswirkungen auf das tägliche Leben für Laien sind diese Kapitel recht gut geeignet, nicht aber als Zusammenfassung historisch-kritischer west-

licher Forschung, die sie kaum zu kennen scheint. So stellt sie zwar kritische Fragen zur Autorenschaft des Koran (S. 99), lässt die Antwort aber völlig offen.

Auch das Kapitel 4 ist interessant („Those who love death“), in dem sie auf die Überbetonung des Lebens nach dem Tode eingeht, ihrer Meinung nach eine Grundvoraussetzung für Selbstmordattentate.

Ein interessanter Aspekt der Vernachlässigung des Hier und Jetzt ist ihre Bemerkung, dass es nie eine industrielle Revolution in islamischen Ländern gegeben hat – und dass es heute keine Entsprechung zu Silicon Valley gibt (S. 125). Sie führt dies wie Sarrazin auf mangelnde Innovationskraft zurück, da Neuerung (*bid'a*) im Islam verpönt ist.

Im 5. Kapitel gibt sie mehrere grausame Beispiele für die Ausübung der Scharia, so etwa das eines gruppenvergewaltigten somalischen Mädchens, das nach einem Scharia-Urteil zu Tode gesteinigt wurde, da es keine vier männlichen Zeugen für die Vergewaltigung beibringen konnte, und diese somit als Unzucht gewertet wurde.

Ein auch bei dem Islamkritiker Ibn Warraq in seinen Büchern zentrales Thema wird im 6. Kapitel behandelt: Die religiöse Verpflichtung aller Muslime, das „Billigenswerte/Rechte zu gebieten und das Verwerfliche zu verbieten“ („commanding right and forbidding wrong“ – koranisch: *al-amr bi-l-ma'ruf wa-n-nahy 'ani-l-munkar*). Durch soziale Kontrolle werden islamische Normen und Moralvorschriften in der Gesellschaft durchgesetzt.

In Deutschland ist dies zum Beispiel zu beobachten, wenn türkischstämmige Studentinnen im Ramadan auf dem Wege zur Mensa von Glaubensbrüdern eindrücklich gefragt werden, warum sie nicht fasten.

In seiner Rezension zu Sarrazin erwähnt Nagel übrigens als Beispiel für einen Trick der Islam-Apologeten eben dieses Konzept, wobei jetzt das „das Rechte (bei Nagel: „was recht und billig ist“/ „das Billigenswerte“) als die *freiheitlich-demokratische Ordnung* dargestellt wird, was als eine völlige Verdrehung der Tatsachen anzusehen ist. Gemeint ist natürlich die islamische Wertordnung, wozu es unzählige Belege in der schariatischen und staatsrechtlichen Literatur gibt.

Ein Kapitel zum Jihad (ab S. 173) beklagt vor allem das Verhalten westlicher Journalisten, die hier immer bemüht sind, statt islamischer Motivation anderen Ursachen – schlechte Wirtschaftslage, dysfunktionale Familien, verwirrte Identität oder allgemeine Entfremdung als Ursache anzunehmen.

Plakativ eine Schlagzeile des London Guardian nach einem Attentat (S. 187): „Diese dummen Idioten haben nichts mit dem Islam zu tun“.

Dieses Thema wird später nochmal aufgegriffen (S. 227), als sie einen offenen Brief des Konvertiten zum Christentum „Bruder Rashid“ an Barack Obama zitiert, in dem dieser den damaligen amerikanischen Präsidenten für sein erwähntes Bemühen scharf kritisiert, jeglichen Zusammenhang zwischen Islam und den Verbrechen des IS zu leugnen.

Wie ein roter Faden zieht sich, auch eine Parallele zu Sarrazin, das Thema Unterdrückung von Frauen im Islam durch ihr Buch.

In ihrem Schlusskapitel „die islamische Reformation“ sieht sie aber aus mehreren Gründen eine Zeitenwende im Kommen, vor allem aus drei Gründen: der Informationstechnologie, der Unfähigkeit islamischer Machthaber zu „liefern“ und dem Entstehen von Reformbemühungen im Nahen Osten.

Bei der abschließenden Betrachtung stellt sich hier die Frage, wie die Chancen stehen, dass sich irgendwann ein Reformislam durchsetzt? An Versuchen hat es nicht gefehlt, der letzte stammte von Seyran Ateş, einer Anwältin und Buchautorin, die (von Sarrazin erwähnt) mittlerweile unter Polizeischutz steht.

In ihrem Fall, wie auch in den meisten anderen, ist das Ansinnen einer islamischen Reform zum Scheitern verurteilt aufgrund des Wesens des Islam: die Gründung auf den Koran als unveränderliche göttliche Rede und die Sunna, d.h. die Überlieferung über das als vorbildlich oder besser normativ gesehene Leben des Propheten.

Hier einfach die Bedeutung des Propheten ohne weitere Begründung abzuschaffen oder sich ein paar nette Sätze aus dem Koran herauszupicken, aus denen dann aus dem Zusammenhang gerissen und mit viel intellektueller Verrenkung Barmherzigkeit,

Menschenrechte oder Demokratie abzuleiten ist, wird kaum gelingen.

Ist nun bezüglich des Islam „Hopfen und Malz verloren?“ Die m.E. einzige Möglichkeit einer Reform des Islam liegt in der bereits erwähnten revisionistischen westlichen Forschung, wie sie schon mehrfach in IMPRIMATUR in Artikeln von Mitgliedern der Forschergruppe Inarah vorgestellt wurde. Sollte sich deren Vorstellungen irgendwann (auch in der islamischen Welt) einmal durchsetzen, würde vom Islam nicht viel mehr übrig bleiben als ein ursprünglich nicht-trinitarisches Christentum (der ältesten Schicht des Koran, das sich auch in den ältesten Münzen mit christlichen Symbolen widerspiegelt), in dem *mhmd* (später: Muhammad) nur ein Würdenamen Jesu war, das nach und nach neu interpretiert wurde und zu dem gemacht wurde, was wir heute als Islam bezeichnen.

Wer diesen Schwenk allerdings mitzumachen bereit ist, ein Schritt, der von der erdrückenden Mehrheit der heutigen Muslime als *Abfall vom Glauben* mit den bekannten Konsequenzen angesehen würde, kann aber eigentlich auch gleich, wie Ayaan Hirsi Ali in einem früheren Buch einmal ihren ehemaligen Glaubensgeschwistern geraten hat, entweder wie sie selbst ganz vom Glauben an Gott abfallen, oder sich eine andere Religion suchen. – Hier könnte man als IMPRIMATUR-Leser an die eigene Religion denken, wenn die katholische Kirche und der Papst sich nicht auf dem besten Wege befänden, freiwillig und ohne Not auf die Missionierung der Muslime zu verzichten (siehe den genauen Text des erwähnten Abkommens).

Die Zukunft wird zeigen, ob der Islam sich reformieren lässt oder in den Grundaussagen starr und unverändert bleibt – und im zweiten Falle, ob er dies als Religion überleben wird. Herodot sagte einmal über die Ägypter, sie seien das religiöseste Volk. Von ihrer Religion ist nichts übrig geblieben. Gusseisen ist härter als schmiedbarer Stahl, aber an einem bestimmten Punkt bricht es.

Lutz Lemhöfer

Crime Time in Imprimatur: Wie kommt man zur Gerechtigkeit?

Zu Martin von Arndts Roman
„Rattenlinien“

(Martin von Arndt: Rattenlinien. Kriminalroman. Ars Vivendi 2. Aufl. 2017. 301 Seiten. 19 €)

Dieser historische, genauer: zeitgeschichtliche Roman fällt aus dem Rahmen des herkömmlichen Krimi-Musters. Es geht nicht darum, den unbekanntem Täter eines Verbrechens zu ermitteln und zu entlarven. Der Täter ist bekannt, und seine Taten als Gestapo-Mann und SS-Funktionär sind es erst recht: willkürliche Verhaftungen, Folter und Organisation von Massenerschießungen in besetzten Ländern. Es geht jetzt, im Winter 1946/47, darum, diesen flüchtigen Naziverbrecher zu finden und ihm den Prozess zu machen. Bevor er über eine der sog. „Rattenlinien“ entkommt. „Rattenlinien“ wurden jene Wege genannt, über die sich deutsche Kriegsverbrecher nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs via Italien nach Übersee abzusetzen versuchten. In Martin von Arndts gleichnamigem Roman heuert ein Spezialkommando der US-Armee den mit 60 Jahren im amerikanischen Exil lebenden Ex-Kriminalkommissar Andreas Eckart an, sich an der Jagd nach einem dieser Verbrecher zu beteiligen, denn es geht um so etwas wie seinen persönlichen Intimfeind, Gerhard Wagner. Ein längeres Zitat kann diese Konfliktgeschichte beleuchten. „1919, als Eckarts Karriere bei der Berliner Kripo Konturen anzunehmen begann, hatte man ihm Wagner als Assistenten zugeteilt. Es war üblich, dass ein erfahrener Kriminaler mit einem Jüngeren zusammenarbeitete, davon konnten beide profitieren. Allerdings waren Eckart und Wagner von vornherein wie Hund und Katz. Während der Kommissar nach einem Verschüttungserlebnis an der Westfront

zurückgekehrt war und den Dienst in der Kripo als Aufbauarbeit für das neue, freie Deutschland begriff, sehnte sich Wagner den Kaiser, die alte Zucht und Ordnung und die preußischen Kommissköpfe herbei. Schon Anfang der Zwanzigerjahre hatte Eckart einem alten Freund seines Vaters gesagt: ‚Wir sind Polizisten. Wagner und mir sollte es um Recht und Ordnung gehen, wir haben einen Eid auf die Demokratie geleistet. Aber ich habe das miese Gefühl, dass ich eines Tages gezwungen sein werde, sie gegen Leute von Wagners Schlag verteidigen zu müssen.‘ Und so kam es auch: Wagner trat einem Freikorps bei und fiel dem Kommissar bei seiner Arbeit immer häufiger in den Rücken, um die eigene Karriere voranzubringen. Als Eckart 1924 zur Politischen Polizei wechselte, nahm er nur seinen zweiten Assistenten mit, Ephraim Rosenberg, einen verlässlichen Weggefährten, und machte dadurch für Wagner den Weg innerhalb der Kripo frei. Der bedankte sich nach Hitlers Machtübernahme bei seinem verhassten ehemaligen Vorgesetzten und ließ Eckart, der längst als ‚unzuverlässiges Element‘ aus dem Polizeidienst entfernt worden war, immer und immer wieder von der Gestapo vorführen, in Schutzhaft nehmen, foltern. Über Monate hinweg (...) hatte Eckart keine ruhige Minute mehr. Kein anderer war für ihn in dieser Zeit so sehr zum Symbol dieses selbst ernannten Tausendjährigen Reiches geworden wie – Gerhard Wagner.“ (S.27 f)

Eckart kennt den Flüchtigen, den man auf dem Weg nach Italien vermutet, also nur zu gut; und als Sohn eines deutschen Vaters und einer italienischen Mutter kann er sich sowohl im deutschen wie im italienischen Sprachraum bewegen. Als Helfer und/oder Vorgesetzter (das bleibt ein wenig unklar) wird ihm ein zweiter Spezialagent zugeordnet, der aus italienischer Familie stammende Amerikaner Daniele Vanuzzi. Für Eckart ist zeitweise rätselhaft, was der will und wofür er steht; die Zusammenarbeit bleibt lange etwas wacklig. Immerhin: Es gelingt ihnen, die Wege der Menschen schmuggler in Nord- und Südtirol aufzuspüren. Und sie finden auch heraus, wo und wie die Flüchtigen relativ leicht an neue, unverfängliche Papiere kommen. Für vermeintlich staatenlose Südtiroler ist das Internationale Rote Kreuz zuständig,

und wenn sie auch noch katholisch sind oder werden wollen, auch der Vatikan. Und bei beiden ist das Verlangen, belastete von unbelasteten Flüchtlingen zu unterscheiden, nicht sehr groß. Das erfährt Eckart im Zuge eines Besuchs bei Dottore Bernardo vom Internationalen Roten Kreuz in Rom: „Mal angenommen“, räsionierte Eckart, „ich wäre Südtiroler, und im Krieg sind meine Dokumente verbrannt. Wie gehe ich vor, um einen Ausweis von Ihnen zu erhalten?“ – „Nun, Commissario, sie müssten sich zunächst an die PCA wenden.“ – „Die PCA?“ – „Die Pontificia Commissione di Assistenza ai Profughi, das Vatikanische Hilfskomitee für Flüchtlinge. Dort wird Ihnen ein Empfehlungsschreiben ausgestellt, das Name, ehemalige Adresse und Staatsbürgerschaft enthält. Im Allgemeinen brauchen Sie bei der PCA nur einen Bürger, der Ihnen die Angaben bestätigt. Damit gehen Sie zu einer Rotkreuzdelegation, hier in Rom oder in Genua, und beantragen Ihren Ausweis. (...) – „Gibt es keinerlei Prüfungen von Ihrer Seite?“ – „Natürlich wissen wir, dass sich in Kriegsgefangenenlagern die Kameraden gegenseitig die Personalien in ihren Antragsformularen bestätigen. Und in Rom können Sie heutzutage jede Art von Papieren und Informationen kaufen. Wenn uns einer erzählt, dass er in Viareggio geboren wurde, muss er nur die Straße heruntergehen und findet Dutzende von Italienern, die für hundert Lire bereit sind, auf die Bibel zu schwören, dass er ihr alter Kumpel aus Viareggio ist. Auch wenn er aus Berlin stammt und kein einziges Wort Italienisch spricht.“ Eckart schüttelte den Kopf, sagte: „Ein bisschen Schindluder, ja?“ Braue links, Braue rechts. „Commissario: Unterm Strich ist unsere Bilanz positiv. Mit unseren Dokumenten können die Opfer dieses Krieges endlich in ihre Heimat zurückkehren oder Europa verlassen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es wichtig, nein: absolut notwendig, die Flüchtlingsmassen weiterzuleiten, die sich im Land aufhalten. Italien kann es sich wirtschaftlich nicht leisten, alle durchzufüttern. Eine Hungerkrise würde den Kommunisten in die Hände spielen.“ (S. 207 ff)

Damit ist ein ganz wichtiges Stichwort gefallen: 1946/47 ist die Allianz zwischen den Nazi-Bezwingern aus Ost und West immer brüchiger geworden, und die Angst vor den

im Osten siegreichen Kommunisten verdrängt zunehmend die vor den alten Nazis. Das gilt nicht nur für das Internationale Rote Kreuz, sondern auch für die katholische Kirche. In Oberitalien bieten nicht wenige Klöster Flüchtlingen, die nach Übersee wollen, gern ein Durchgangsquartier; und das Flüchtlingshilfswerk des Vatikans hilft großzügig mit Papieren weiter. Eckart erlebt dort nicht nur eine Fortsetzung, sondern eine ans Groteske grenzende Steigerung des Rot-Kreuz-Vorgehens: *„Ich komme also zu Ihnen, bin, sagen wir, Deutscher. Ich stelle mich vor, und Sie bestätigen mir dann in einem Schreiben, dass ich der bin, als der ich mich vorgestellt habe... verdammt! Dann fällt mir ein: Ich bin ja Protestant!“* – *„So genau nehmen wir es dieser Tage nicht, Commissario, wenn eine Christenseele Verfolgung leidet...“* – *„Zu großzügig! Sie bezeugen also meine Identität, damit gehe ich zum Roten Kreuz und beantrage einen Pass, richtig so?“* – *„Absolut“* (...) – *„Mal sehen: Ich bin deutscher Kriegsverbrecher, der Tausende polnische und russische Juden erschossen hat. Ich nenne mich jetzt ...keine Ahnung...Richard Klement...gebe mich als volksdeutscher Südtiroler aus, der nach Argentinien auswandern möchte. Auf der Straße treffe ich zufällig einen Kumpel aus Meran, der mir das bestätigt...Das würde klappen?“* – *Commissario: selbst wenn die Kriegsverbrecher mit ihrem richtigen Namen kommen, hätten wir keine Möglichkeit herauszufinden, dass sie Kriegsverbrecher sind.“* Eckart nickte. *„Und im Zweifel handelt es sich auch bei ihnen um verfolgte Christenseelen, die der Hilfe bedürfen?“* – *„So ist es. Sehen Sie: Der Geist der Vergeltung und Rache wäre sehr schlecht für Frieden und Wohlstand in Europa. Und ich habe, wenn ich das sagen darf, die Erfahrung gemacht, dass SS-Männer die glühendsten Verfechter des katholischen Glaubens werden, sobald sie ihrer Irrlehre abgeschworen haben. Sie sind zudem aufrechte antikommunistische Kämpfer, die uns in diesen Zeiten täglich wichtiger werden. (...) Die Mission der Kirche war und ist es, ehemalige Nationalsozialisten christlich zu machen und sie gegen den Kommunismus zu führen. So können wir von Tag zu Tag die Rückkehr vom Nazigeist Betörter in die Linien unserer katholischen Brüder feiern.“* (S. 220 ff)

Angesichts dieser Umstände ist es umso erstaunlicher, dass es Eckart und Vanuzzi doch mehrfach gelingt, hart in die Nähe des gesuchten Wagner und anderer NS-Verbrecher zu kommen. Aber irgendwie gelingt es dem doch jedesmal abzutauchen, knapp bevor ihn seine Verfolger dingfest gemacht haben. Wäre es nicht so grotesk, könnte man fast vermuten, er bekommt hilfreiche Winke aus den Reihen derer, die über Eckarts und Vanuzzis jeweilige Schritte informiert sind. Aber das ist niemand außer ihren Auftraggebern im CIC, dem Heeresnachrichtendienst ‚Counter Intelligence Corps‘.

Aber nichts bleibt, wie es war. Nicht nur in Europa, auch in Amerika verändern sich die Perspektiven – sogar während der Zeit von Eckarts Auftrag. Auch das ‚Counter Intelligence Corps‘, Eckarts Auftraggeber, sieht mittlerweile im Kampf gegen die Kommunisten die wichtigere Aufgabe. Und scheut sich plötzlich nicht einmal, die eben noch verfolgten Naziverbrecher als mögliche nützliche Helfer zu betrachten. Das wird schließlich deutlich in einem dramatischen Dialog zwischen Eckart und seinem Auftraggeber Howard Swartz vom CIC, der Eckart von oben herab belehrt: *„Wir hätten Sie längst eingeweiht, wenn sie nicht so verstiegen in Ihrem Nazihass wären. Die Zeiten haben sich geändert, wir müssen um die Herzen und Köpfe der Deutschen kämpfen, das Land in den Westen einbinden. (...) Wir haben nur noch einen Gegner, Andreas, und das sind nicht die Nazis. Verstehen Sie das endlich!“* – *„Ach so, und deshalb kooperieren wir jetzt mit ihnen?“* – *„Mit einigen, nicht mit allen.“* – *„SS-Leute?“* – *Der Colonel nickte. „Mit ihrer Unterstützung können wir einen Partisanenkrieg innerhalb der UdSSR entfachen. Das bindet die Kräfte der Roten im eigenen Land.“* (S. 263 f)

Eine völlig paradoxe Situation: Eckart wird plötzlich von eben denen an der Verfolgung seines ehemaligen Nazi-Peinigers gehindert, die ihn erst dazu überredet haben und dann irgendwann ein doppeltes Spiel mit ihm getrieben haben. Seine Reaktion ist unmissverständlich: *„Damit haben Sie sich einen Feind gemacht, Howard.“* (S. 265)

Der Polit-Thriller ist jetzt eigentlich zu Ende, der Krimi aber nicht. Denn Eckart und

Vanuzzi – der anders als zeitweilig befürchtet fest an seiner Seite steht – führen die Jagd nach Wagner fort, durchaus unkonventionell und listenreich und eindeutig auftragswidrig. Aber im Sinne einer höheren Gerechtigkeit. Ob sie damit erfolgreich sind, verrate ich hier nicht. Aber ich kann sagen: Es bleibt spannend bis zum Schluss.

Wissenschaftliche Literatur zum Thema „Rattenlinien“: Gerald Steinacher: Nazis auf der Flucht. Wie Kriegsverbrecher über Italien nach Übersee entkamen. Fischer-TB, 2. Aufl. 2014

Allgemeine Literatur zur brüchigen „Vergangenheitsbewältigung“: Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. dtv 1999

Werner Müller

Theo Mechtenberg zum 90. Geburtstag

Der Name Theo Mechtenberg dürfte den Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift seit Jahren wohlbekannt sein. Unter diesem Namen findet sich – wenn der Archivar von imprimatur exakt recherchiert hat – eine erste Veröffentlichung im Jahrgang 2013. Seitdem hat Theo Mechtenberg sehr häufig Hintergrundberichte und Kommentare zur polnischen Geschichte und den aktuellen kirchlichen, kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Polen publiziert. Alle seine Texte waren und sind von so hervorragender inhaltlicher und sprachlicher Qualität, dass die Redaktionskonferenz gar nicht umhin konnte, seinen Texten jeweils das „imprimatur“ zu erteilen. Die Rubrik „Kirche in aller Welt“, Abteilung Polen, war bei ihm in besten Händen und ist zuletzt ein regelmäßiger Bestandteil unserer Zeitschrift geworden. Niemand kam in der personell arg geschrumpften und arbeitsmäßig eingeschränkten Redaktion auf den Gedanken, genauer nach der Identität des Autors zu

fragen; er verbarg sich sozusagen hinter seinen so exzellenten Texten – bis mehr oder weniger zufällig, dank dem Internet, bekannt wurde, dass „unser“ Autor den Lothar-Kreyssig-Friedenspreis 2017 für sein 50-jähriges Engagement für die deutsch-polnische Verständigung bekommen hat. Jetzt wurde uns erst richtig bewusst, mit welchem profundem Kenner und engagiertem Vermittler polnischer (Kirchen-)Geschichte und Kultur wir es zu tun hatten. Wie er dazu geworden war, d.h. welche Lebensgeschichte sich dahinter verbarg, ergab sich erst, als wir ihn angesichts seines Lebensalters und seiner Lebensleistung in die im vergangenen Jahr neu eingerichtete Rubrik „Theologen-Jubiläen“ aufzunehmen gedachten. Dies wird hier mit Verspätung – und einer Entschuldigung dafür – nachgeholt.

Theo Mechtenberg wurde 1928 in Essen geboren, wuchs ab 1933 in Hagen auf, studierte von 1948 bis 1954 in Paderborn und München Philosophie und katholische Theologie; 1954 wurde er in Paderborn zum Priester geweiht - soweit ein für die Generation der heute Neunzigjährigen nicht ganz ungewöhnlicher Werdegang (wenn man den Einsatz des Sechzehnjährigen als Luftwaffenhelfer im 2. Weltkrieg noch zur damaligen „Normalität“ zählen darf). Eine erste ungewöhnliche Wendung nahm sein Leben, als der Neupriester sich für den pastoralen Dienst in dem in der DDR liegenden Teil des Erzbistums Paderborn, dem Kommissariat Magdeburg, entschied. Als Motive für diese Entscheidung nennt er in einem Interview 2011: Interesse für Pionierarbeit in der Diaspora und für ein politisches System, das ständige Auseinandersetzung ‚versprach‘ – und, wie sich zeigen sollte, dieses Versprechen auch hielt! „Beides hat mich gereizt“. Hinzu kam, „dass ich inzwischen die Nase voll hatte von der restaurativen Entwicklung der Kirche in der Bundesrepublik“.

So siedelte Mechtenberg im Januar 1955 in die DDR über und war zunächst Vikar in der Lutherstadt Wittenberg, mit den üblichen Aufgaben (u.a. am Sonntag vier Gottesdienste hintereinander!), aber auch hier wieder einer ‚Anormalität‘: „Ich empfand es als etwas Besonderes, als katholischer Priester in der Stadt Luthers tätig sein zu dürfen“. Dementsprechend veranstaltete er monatliche Vortragsabende, bei denen

nicht nur katholische Glaubensfragen, sondern auch ökumenische Fragen und der Marxismus-Leninismus thematisiert wurden. Außerdem gründete und betreute er eine Theatergruppe, die auch überregional auftrat. Sein „persönlicher Wahlboykott“ bei den DDR-Kommunalwahlen 1957 führte dazu, dass ihm Verwandtenbesuche im Westen verweigert wurden – die er bis 1961 über Westberlin dann aber doch machen konnte. Auch sonst zeigte er Zivilcourage, etwa als ihm ein Gemeindesaal verweigert wurde, den er durch einen massiven Altar kurzerhand zur Kapelle umfunktionierte – und Ende August 1961, zwei Wochen nach dem Mauerbau, einweihte. Er blieb auch am 13. August 1961, trotz Warnungen vor Verhaftung, „auf seinem Posten“. Nach einem Verhör wegen illegaler Beschaffung von Geld und Material für einen Kapellenbau blieb er, im Unterschied zu seinen Mittätern, von Haft verschont, weil die politische Justiz, wie er bemerken konnte, „nicht so viele inhaftierte Geistliche wollte“. Ansonsten ist, „was die Stasi-Akten über meine Wittenberger Zeit hergeben, kaum der Rede wert“, schreibt Theo Mechtenberg in seinem Bericht „30 Jahre Zielperson des MfS. Eine Fallstudie zur Aufklärung und Simulation der Stasi“ (2001).

„Nach über zehnjährigem Wirken in der Pfarrei Wittenberg erhielt ich am 14. Oktober 1964 meine Berufung zum Studentenfarrer in Magdeburg. Damit begann ein neues Kapitel meiner Tätigkeit, die ... mich – in einem merkwürdigen Zusammenspiel mit dem MfS – in eine innerkirchliche Konfliktsituation brachte.“ Da dieses Kapitel mit seinem Ausscheiden aus dem Priesteramt endete, sei hierbei besonders auf die Konflikte mit der Amtskirche abgehoben. Ab 1964 war Theo Mechtenberg, wie er selbst schreibt, „Studentenfarrer in geistig bewegter Zeit“. Als solcher geriet er schon aufgrund seines Amtes in Spannungen zu den Bischöfen in der DDR. Diese verfolgten nämlich, mit Kardinal Alfred Bengsch an der Spitze, eine kirchenpolitische und pastorale Strategie, die – im Unterschied zur evangelischen „Kirche im Sozialismus“ – auf Distanz zu Staat und Gesellschaft setzte; so sollten Gemeindeleben und Seelsorge gesichert und nicht durch politisches Engagement gefährdet werden. Egal, wie man diese Linie der Abschottung im Nachhinein beurteilt, sie konnte damals in der Studen-

ten- und Akademikerseelsorge nicht greifen – oder hätte jedenfalls deren Glaubwürdigkeit untergraben –, hatte sie es doch mit Menschen zu tun, die nun mal in dieser Gesellschaft leben und zurechtkommen mussten. Und gerade diese soziale Gruppe war ja von den damaligen gesellschaftlichen Entwicklungen (Studentenproteste, Prager Frühling...) unmittelbar betroffen. Außerdem hatte das 2. Vatikanische Konzil eine Erneuerung der Kirche und ihre Öffnung zur Welt hin eingeleitet, besonders in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* (die, wie später bekannt wurde, von Kardinal Bengsch nicht unterschrieben worden war). Die „weitgehend demokratische Struktur“ der Magdeburger Studentengemeinde tat ein Übriges, um die Arbeit des Studentenfarrers Mechtenberg den Bischöfen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, verdächtig und für die Kirche wie den Staat gleichermaßen gefährlich erscheinen zu lassen. Mechtenberg im Interview: „Wir dagegen sahen in der geforderten ‚Geschlossenheit‘ einen innerkirchlichen Unterdrückungsmechanismus, wodurch sich die Kirche gleichsam spiegelverkehrt an das totalitäre System angleiche.“

Der innerkirchliche Konflikt verschärfte sich noch dadurch, dass Theo Mechtenberg außerdem auch Leiter des kirchlich-offiziellen Arbeitskreises „Pacem in terris“ war. Dieser hatte die Aufgabe, im Anschluss an die gleichnamige Enzyklika Papst Johannes' XXIII. für eine innerkirchliche Rezeption der katholischen Soziallehre zu sorgen und entsprechende Anregungen für die Pastoral zu geben. Damit verbunden war eine theoretisch-konzeptionelle Grundlegung des „Dialogs mit der Welt“: Indem zentrale, auch für Sozialisten anschlussfähige Begriffe, wie eben Friede oder Gerechtigkeit, Freiheit usw., mit christlichen Inhalten gefüllt wurden, war eine Basis zu legen für einen – kritischen! - Dialog mit dem Sozialismus. Auch diese ‚nach außen‘ gerichtete theoretische Arbeit stand im Widerspruch zu dem stark binnenkirchlich orientierten Pastoralkonzept der Berliner Bischofskonferenz und war somit kirchenpolitisch nicht opportun. Theo Mechtenberg hat in einem Artikel in der *Orientierung* 59. Jg., 1995, S. 79 – 82, die damit verbundenen Kämpfe, die mit sehr unfairen, ja hinterhältigen Mitteln geführt wurden (z. T. von hohen Prälaten im Umkreis

von Bengsch, die zugleich IMs waren) im Einzelnen geschildert und analysiert. Er hat im Herbst 1971 mit seinem Ausscheiden aus dem Arbeitskreis persönliche Konsequenzen gezogen; dieser wurde dann auch 1977 von der Bischofskonferenz aufgelöst, bestand aber als eigenständiger Kreis weiter bis zur „Wende“, zu der er sicherlich einen gewissen Beitrag geleistet hat. Eine Veröffentlichung der verbliebenen Mitglieder aus dem Jahr 1991 gibt im Rückblick sehr gut an, worum es in diesem Konflikt letztlich ging: „Kirche zwischen Vertröstung und Klassenkampf“.

„1971 schied ich aus dem Priesteramt aus, wurde in den Laienstand rückversetzt und verlagerte meinen Wohnsitz nach Polen, wo ich heiratete und in Wroclaw (Breslau) ein Germanistikstudium aufnahm, das ich mit der Promotion abschloss“. Was er in diesen dürren Worten resümiert, bedeutete für Mechtenberg wiederum eine einschneidende Lebenswende. Ihm war indirekt von Kardinal Bengsch das Ultimatum gestellt worden, entweder sich zu fügen oder das Amt niederzulegen - wobei offenblieb, ob nur seine verschiedenen Funktionen oder das Priesteramt insgesamt gemeint waren. Als er in Magdeburg seine künftige Frau kennenlernte, eine polnische Philologin, ließ er sich laisieren. Der Neuanfang in Polen war, zumal er mit „der Loslösung aus dem stark prägenden priesterlichen Lebensstil“ und „der Notwendigkeit einer gänzlich neuen Lebensplanung“ verbunden war, alles andere als leicht: mit 43 Jahren wieder ein Studium aufnehmen - diesmal der Germanistik an der Universität Breslau - zugleich Polnisch lernen, Literatur für westdeutsche Verlage übersetzen, über die Situation in der DDR und Polen publizieren, Vorträge im Westen halten ... - all dies gleichzeitig muss sehr aufreibend gewesen sein, sicherte aber den Lebensunterhalt der jungen Familie.

Erste Kontakte mit Polen hatte er schon als Studentenpfarrer aufgenommen, als er nach der Errichtung der Berliner Mauer notgedrungen Urlaub im Osten machte, in Oberschlesien, und sich von dort aus von einem befreundeten Priester durch ganz Polen führen ließ. „Mein Gesamteindruck von Polen war widersprüchlich, exotisch, aber faszinierend“. Nach dem berühmten Briefwechsel der polnischen mit den deutschen Bischöfen 1965 und nachdem ihn

der Magdeburger Pastoralamtsleiter Günter Särchen mit nach Polen nahm und in Kontakt mit verschiedenen Gruppen der katholischen polnischen Intelligenz gebracht hatte, nahm er 1967 sein „eigentliches Versöhnungengagement“ auf. Da die DDR der *Aktion Sühnezeichen* dies untersagt hatte, führte er illegal Polenfahrten für Studenten mit Arbeitseinsätzen im ehemaligen KZ Majdanek, im Blindenzentrum Laski, beim Bau der Kirche in Nova Huta u.a., und umgekehrt „polnische Wochenenden“ in der Studentengemeinde durch. Auch dieses politische Engagement im Dienst der Versöhnung stieß auf Widerstand bei der Amtskirche, weil sich hier Seelsorge und Politik nicht sauber trennen ließen - und wegen unverhohlener Ressentiments gegen Polen; dort gebe es doch keine Kultur, äußerte der für ihn zuständige Bischof J. B..

Nach seiner Übersiedlung nach Polen konnte Mechtenberg an sein früheres Engagement anknüpfen. Obwohl das MfS Warnungen vor seiner „Gefährlichkeit“ an die polnischen Sicherheitsbehörden gegeben hatte, konnte er für die renommierte katholische Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* arbeiten, die in enger Verbindung zur Krakauer Kurie stand, mit Karol Wojtyła an der Spitze, der immerhin mit der Mitwirkung eines laisierten Priesters einverstanden war (Mechtenberg hat in dem genannten Interview nicht verschwiegen, dass Johannes Paul II. eine große Faszination auf ihn ausübte: „... ein Mystiker, der es aber zugleich vermochte, sehr offen und warmherzig mit der Außenwelt zu kommunizieren“. Er hat seine Dramen sowie seine Predigten ins Deutsche übersetzt. („Natürlich habe ich auch an manchen seiner Entscheidungen meine Kritik, aber es überwiegt ein großer Respekt“). Er unterhielt enge Kontakte zum Breslauer *Klub der katholischen Intelligenz (KIK)*, der wiederum mit dem *Bensberger Kreis* in Dortmund in Verbindung stand, und gestaltete mit der sog. *Znak*-Gruppe und *Pax-Christi* „Auschwitz-Seminare“, bei denen im Wechsel in Polen und der Bundesrepublik deutsch-polnische Versöhnung intensiv betrieben wurde. Seine vielen Aktivitäten in diesem Bereich werden deutlich, wenn es in einem Stasi-Bericht heißt, „daß Mechtenberg als Kurier zwischen negativen kirchlichen

Gruppierungen der BRD, der DDR und der VR Polen fungiert“.

Sieben Jahre einer insgesamt sehr interessanten, bereichernden und glücklichen Zeit in Polen wurden mit einem Schlag beendet: Eine nach der Promotion angebotene und bereits abgesprochene Stelle an der Germanistischen Fakultät der Universität Breslau wurde aus bis heute ungeklärten Gründen durch das Warschauer Bildungsministerium versagt. „Die Karriere war im Eimer, noch bevor sie begonnen hatte... Die Ablehnung war so heftig für mich, dass sie in mir einen tiefen Schock auslöste. Ich konnte kein Polnisch mehr reden, ich hatte eine unüberwindbare Sprachblockade. Und ich wollte nur noch raus aus Polen“.

Die Rückkehr in die Bundesrepublik, in eine wiederum völlig neue Lebenssituation, verkompliziert durch seine doppelte deutsch-deutsche Staatsbürgerschaft und die polnische seiner Frau und der 1976 geborenen Tochter, war kein leichter Schritt. Am 1. März 1979 konnte er aber seine Tätigkeit als Dozent am Gesamteuropäischen Studienwerk (GESW) in Vlotho aufnehmen. Dieses (heute noch existierende) Institut befasste sich seinerzeit intensiv und qualifiziert mit Ost-West-Problemen und vermittelte entsprechende politische Bildung. Mechtenberg kümmerte sich hierbei besonders um die aus der DDR ausgesiedelten Schriftsteller und um die DDR-Literatur insgesamt. Daneben führte er sein Polen-Engagement fort: im Rahmen von *Pax Christi*, in der *Anna-Morawska-Gesellschaft für ökumenischen Dialog*, im Kuratorium der *Deutsch-Polnischen Gesellschaft* usw. Er leistete als Publizist, Übersetzer und durch seine Vortragstätigkeit Beiträge zur deutsch-polnischen Verständigung, auch nach seiner Pensionierung 1993 – bis heute!

Nach wie vor bieten seine Publikationen – die dankenswerterweise oft in unserer Zeitschrift veröffentlicht werden dürfen – wichtige Hilfen zum Verständnis unseres Nachbarlandes, gerade in der aktuell schwierigen politischen Lage, und damit zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen. Sein umfangreiches publizistisches Werk, erstellt in einem langen, abwechslungsreichen Leben, rechtfertigt es, dass er in dieser kleinen Galerie ‚großer Theologen‘ erscheint. Möge er es noch lange fortführen können!

Manfred Kropp / Robert Kerr

Mystisches Hören ohne zu hören, oder: Mit mir nuschelt man nicht ! ?

Der Arabisch-Hebräische Sibilanzirkus bei den Frauen – ein exegetischer Versuch zu Koran 4, *sūrat an-nisā* „Die Frauen“, Vers 46.

Die treuen Leser dieser Rubrik werden derweilen festgestellt haben, dass der Koran, um ein allzu bekanntes Bild aus dem Buch der Offenbarung zu verwenden, ein Buch „mit sieben Siegeln“ bleibt. In seiner heutigen Form gehört er gattungsgeschichtlich zweifelsohne in die Tradition der sekundären Pseudepigraphie, ist also ein Werk der (para)biblischen Fortschreibung, das erst nachträglich einem ‚Muḥammad‘ (dem „Gepriesenen“) zugeschrieben wurde. Inhaltlich hingegen stellt der arabische Text dieses Buches eine Wirrnis dar: Evident ist das Werk ein „Korpus“, eine Sammlung von Texten verschiedenster Herkunft. Dementsprechend tragen die meisten der „Kapitel“ (Suren) dieser Textsammlung unverkennbar den Charakter von zusammengestückelten, wenn auch manchmal nach erkennbaren rationalen Kriterien gefügten Zettelsammlungen. Vom Standpunkt der Sprachwissenschaft gesehen, muss vorneweg deutlich gemacht werden, dass Koranistik keinesfalls Arabistik ist – die Koransprache muss zwar im weitesten Sinne als ‚arabisch‘ bezeichnet werden, aber die grammatischen, syntaktischen und lexikalischen Eigenheiten des dem Islam heiligen Buchs lassen sich nicht anhand der Regeln der klassisch-arabischen Sprache darstellen, wie schon die traditionellen muslimischen Kommentatoren (*mufaṣṣirūn*) wussten. So setzt die Lektüre und Interpretation des Korans passenderweise im Bereich der kleinen Einheiten an, besonders fruchtbar ist es, die Verse oder genauer gesagt Mikro-Texteinheiten zu betrachten, wird man so

doch dem Charakter des Ausgangsmaterials, nämlich eine disparate Textsammlung, am ehesten gerecht. Über den Zustand der nächsthöheren Einheit (Textsammlung = Buch?) wollen wir an dieser Stelle kein Wort verlieren. Im Folgenden werden wir uns einer solchen kleinen Texteinheit, einem einzigen Vers, der sich immer noch der endgültigen Auslegung entzieht, widmen. Gemäß der Beschaffenheit des zu untersuchenden Gegenstandes, sind für den Koranausleger solche kleinen Beiträge, in der Form von Miszellen, wohl das am ehesten angemessene wissenschaftlich-literarische Genus; vielleicht ist die Zeit großer Synthesen und zusammenhängender Darstellungen einfach noch nicht reif.

Die hier zu behandelnde Mikrotexteinheit ist Koran, Sūra 4 *an-nisā'* „Die Frauen“, Vers 46, die dem Verständnis immer noch Rätsel aufgibt. Wir bieten den Vers hier in einer lateinischen Transliteration, entnommen der Arbeit von Hans Zirker (URL: https://www.uni-due.de/imperia/md/content/katheol/koran_transliter.pdf; 12.02.2019) des arabischen Textes sowie in verschiedenen Übersetzungen:

Q 4,46 *mina llađina hādū yuḥarrifūna lkalima 'an mawāđi' ihī wayaqūlūna sami'nā wa'aşaynā wasma' ğayra musma'in warū'inā layyan bi'alsinatihim waṭa'nān fi dđini walaw 'annahum qālū sami'nā wa'aṭa'nā wasma' wanzurnā lakāna ḥayran lahum wa'aqwama walākin la'anahumu llāhu bikufrihim falā yu'minūna 'illā qaġilan.*

In der in Deutschland bis heute meist gebrauchten wissenschaftlichen, aber durch „Klammerwirtschaft“ und andere Verbrockelung nicht im Zusammenhang lesbaren Übersetzung Rudi Paret's wird der Vers so übertragen:

„46 (48): Unter denen, die dem Judentum angehören, entstellen welche die Worte (der Schrift?) (indem sie sie) von der Stelle weg(nehmen), an die sie hingehören. Sie sagen: ‚Wir hören und sind widerspenstig‘ und: ‚Höre, ohne daß (es) zu Gehör gebracht wird(?) und: ‚rū'inā‘, wobei sie den Wortlaut verdrehen und hinsichtlich der Religion (des Islam) ausfällig werden (*ṭa'nān fi d-đini*). (49): Wenn sie sagen würden: ‚Wir hören und gehorchen‘ und ‚Höre!‘ und ‚unzurnā‘, wäre es besser und richtiger für sie. Aber Gott hat sie (zur

Strafe) für ihren Unglauben verflucht. Darum glauben sie nur wenig.“¹

In der Verdeutschung Hartmut Bobzins (*Der Koran*. München, 2012), in Klappentexten und Rezensionen als „Geniestreich, Meisterstück“ gefeiert, „die Paret's Übersetzung endgültig ablösen“ wird,² wobei aber, wie an vielen Stellen nachzuweisen ist, die Übersetzung inhaltlich ein Rückschritt hinter Paret's Text ist, lautet die Stelle folgendermaßen:

4,46: „Einige von denen, welche Juden sind, die rücken Wörter weg von ihrem Platz und sprechen: ‚Wir hören und sind widerspenstig!‘ und: ‚Höre, ohne selbst gehört zu werden‘ und ‚Bewahre uns!‘, indem sie ihre Zungen verdrehen und den Glauben schmähen. Doch hätten sie gesagt: ‚Wir hören und gehorchen‘ und: ‚Höre!‘ und: ‚Schau‘, so wäre das für sie wahrlich gut und angemessen. Doch Gott verfluchte sie ihres Unglaubens wegen! So glauben sie nur wenig.“³

In der deutschen Wiedergabe Abdel Th. Khourys (*Der Koran*. Bd. 5. Gütersloh, 1994), eines christlich-orientalischen Theologen, der auch in der Behandlung des heiligen Textes einer anderen Religion nicht die religiöse Scheu und den letztlich unwissenschaftlichen Respekt vor dem „Offenbarungswort“ verliert, allerdings auch ziemlich ausführlich die traditionellen und orthodoxen muslimischen Deutungen anführt, lesen wir:

¹ Der Koran. Übersetzung von Rudi Paret. Stuttgart, 1979 u.ö. Paret's Kommentar (*Der Koran*. Übersetzung und Kommentar. Stuttgart, 1977 u.ö.): „4,46: 2,93. 104. Zur Sache: Speyer, S. 301-303. - *yuḥarrifūna l-kalima 'an mawāđi' ihī* 5,13. 41; 2,75. - *wayaqūlūna sami'nā wa'aşaynā*: 2,93. Siehe die Anmerkung dazu. - *wa-rū'inā*: 2,104. Siehe die Anmerkung dazu. - *layyan bi'alsinatihim*: 3,78; (4,135, Anmerkung). - *wa-ṭa'nān fi d-đini*: (9,12). - *wa-lākin la'anahumu llāhu bi-kufrihim*: 2,88; 4,155; (5,13); (47,23f.).“

² Und zudem auch für deutsche Muslime gedacht, zur Rezitation – etwa im deutscher ‚Hymnodie‘ (*tarġil*) oder ‚Verschönerung‘ (*tađwīd*)? Kann man die Haltung von Muslimen zum Koran gravierender verkennen?

³ Bobzins Kommentar z.St.: „die rücken Wörter weg von *ihrem Platz*‘ *yuḥarrifūna l-kalima 'an mawāđi' ihī*; zu diesem für die Theorie der sog. «Schriftverfälschung» (*taḥrif*) wichtigen Satz -> Kommentar. - ‚und den Glauben schmähen‘ *ṭa'nān fi d-đini*, wörtl. ‚und die Religion schmähen‘. - ‚doch Gott verfluchte sie‘ *wa-lākin la'anahumu llāhu*, oder ‚... möge sie verfluchen‘.“

„4,46 Unter denen, die Juden sind, entstellen (einige) den Sinn der Worte und sagen: ‚Wir hören, und wir gehorchen nicht‘, und: ‚Höre zu, ohne daß du hören kannst‘, und: ‚Achte auf uns‘; sie verdrehen dabei ihre Zungen und greifen die Religion an. Hätten sie gesagt: ‚Wir hören, und wir gehorchen‘, und: ‚Höre‘, und: ‚Schau auf uns‘, wäre es besser und richtiger für sie. Aber Gott hat sie wegen ihres Unglaubens verflucht, so glauben sie nur wenig.“⁴

Zuletzt führen wir zwei fremdsprachige Wiedergaben an, die in der Koranwissenschaft häufig gebraucht werden. Erstens, die Régis Blachères (*Le Coran*. Paris, 2005), eines laizistischen Gelehrten, dem allerdings des öfteren der Mut zu textkritischen Konjekturen, gar historischen Perspektiven fehlt:

„48/46 Parmi ceux qui pratiquent le Judaïsme, sont ceux qui détournent le Discours de ses sens et disent: « Nous avons entendu et avons désobéi » [ou bien]: « Entends sans qu'il te soit donné d'entendre (?) Considère-nous (?) I » [Ils disent cela] par gauchissement de la prononciation et attaque contre la Religion. 49/46 S'ils avaient dit: a Nous avons entendu et avons obéi », « Entends! Donne-nous d'attendre! », cela aurait été meilleur pour eux et plus droit.

⁴ Aus seinem Kommentar: „und sagen: ‚Wir hören, und wir gehorchen nicht‘, und: ‚Höre zu, ohne daß du hören kannst‘, und: ‚Achte auf uns‘ sie verdrehen dabei ihre Zungen und greifen die Religion an: Hier werden einige Beispiele vom Umgang der Juden mit dem Propheten Muḥammad angeführt. Ihre Haltung ist die des Unglaubens und der Verweigerung des Gehorsams, sie wird auch als despektierlich und herabwürdigend beschrieben, damit kommt sie einem Angriff auf die Religion gleich. Wir hören und gehorchen nicht: -> 2,93 – Höre zu, ohne daß du hören kannst: wegen Schwerhörigkeit, die dich heimsuchen möge, oder wegen des Todes, der dich ereilen möge; oder ohne daß du eine dir genehme Antwort hörst; ohne daß dein Ruf angenommen wird; – Achte auf uns:-> 2,104; statt selbst auf die Worte des Propheten zu achten. – sie verdrehen dabei ihre Zungen:-> 3,78; zur herabwürdigenden Wirkung -> 2,104. – greifen die Religion an: auch in 9,12. Weiter 4,46(49) Hätten sie gesagt: ‚Wir hören, und wir gehorchen‘, und: ‚Höre‘, und: ‚Schau auf uns‘, wäre es besser und richtiger für sie: -> 2,104. Dies entspricht eher der Würde und der Autorität eines Propheten und der Bereitschaft der Menschen, auf die Botschaft zu hören und ihren Anweisungen zu folgen. – wäre es besser für sie: -> 2,54; richtiger: -> 2,282. Aber Gott hat sie wegen ihres Unglaubens verflucht, so glauben sie nur wenig: -> 2,88.“

Qu'Allah les maudisse, pour leur impiété!
Ils n'ont que peu de foi.“

Die englische Übersetzung Richard Bells (*The Qur'ān. Translated, with a critical re-arrangement of the Surahs*. Edinburgh, 1937; Nachdruck 1960), dessen große Leistung darin besteht, in der Analyse von kleinen Texteinheiten einen Weg zur Aufklärung der Komposition der Textsammlung gezeigt zu haben. Ihm gelingt es, die Existenz von „Zetteln“ mit Texteinheiten nachzuweisen, die später an verschiedener, nach Meinung der Redaktoren passender Stelle eingefügt wurden; die Stelle 4,46 ist ein solcher „Zettel“:

„4,46: [Perversity of the Jews. Originally before Uḥud; 47b inserted later in place of 48, 49. 48.] Those, namely who have judaised, altering words from their position, and saying: “We hear and rebel,” and “Hear”, something that is not made audible, and “Shepherd us,” twisting their tongues and making a botch in religion? 49. If they had said: “We hear and obey,” and “Hear and regard us” it would have been better for them and more correct; but Allah has cursed them for their unbelief, and they do not believe except a little.“

Wir sehen, verdeutlicht durch die in den Fußnoten belegten Parallelstellen, die „Zettelkasten“-Natur des Korans, und hier, in der Form einer Interpolation, liegt hier ein solcher Zettel vor. Was aber ist hier gemeint, wie ist dieser Vers zu verstehen? Gemeinhin sehen die in der (späteren) islamischen Überlieferung befangenen Interpreten diesen Vers als Teil der zweiten Offenbarungsperiode Muḥammads an, also Texte, die ihm während seiner Zeit in Medina verkündet wurden; so z.B. H. Speyer (*Die biblischen Erzählungen im Qoran*. 1931; Nachdruck Hildesheim 1961, 301): „Die medinischen Juden, die die neue Lehre und ihren Verkünder, der sich auf jüdische Überlieferungen berief, verspotteten, belustigten sich, indem sie in zweideutiger Weise Worte und Sätze des Schrifttums zitierten und Mohammed zu verwirren versuchten. Daß die Juden gar die ihm gewordenen Offenbarungen als nicht mit der Schrift übereinstimmend erklärten, erregte besonders Mohammeds Zorn. (...)“ Diesem Wissenschaftler zufolge war dem islamischen Propheten möglicherweise der agga-

dische Midrasch *Pesikta de-Rav Kahana* (§14) des 5. bz. 6. Jh. bekannt:

נעשה י"י דבר אשר כל ואמרו סיני הר על 'ישר שעמדו כיון
מסכה עגל להם עשו נעשה את איבדו (ז כד שמות) ונשמע
'ששמרת כילו נשמע את שמרו 'הק להם 'אמ (ה לב שם)
ב ירמיה) י"י דבר שמעו 'הק להם 'אמ שמעו שלא וכיון שניהם
שלא עד תורה דברי שמעו ירמיה דברי תשמעו שלא עד (ד
דברי תשמעו שלא עד נבואה דברי שמעו נבואה דברי תשמעו
תוכחות דברי שמעו תוכחות

„Als die Israeliten am Berge Sinai standen, da sprachen sie (Ex 24,7): ‚Alles was Gott geredet hat, wollen wir tun und hören‘. Das Wort ‚Wir wollen tun‘ richteten sie aber zugrunde, da sie ein goldenes Kalb machten. Da sprach Gott zu ihnen: ‚Bewahrt mir das Wort *Wir wollen gehorchen*, so soll es mir gelten, als ob ihr beide Worte bewahrt hättet!‘ Da sie nicht gehorchten, sprach Gott: ‚Hört auf das Wort des Ewigen, damit ihr nicht die Worte Jeremias zu hören bekommt, d.h. hört auf die Worte der Tora, damit ihr nicht die Worte der Prophetie hören müsset, höret auf die Worte der Prophetie, damit ihr nicht die Worte der Züchtigung zu hören bekommt ...“

Dass die von den Israeliten geäußerte Behauptung *na'áseh wə-nišmāh* „Wir wollen tun und hören“ (Ex 24,7) nicht ernst gewesen sein kann, weil sie noch am selbigen Tage das goldene Kalb anfertigten, ist eine in der rabbinischen Literatur häufig vertretene Meinung, s. z.B. *Numeri Rabba* 7,3. Im Verlaufe folgt Speyer dann Hirschfeld (*Beiträge zur Erklärung des Korān*. Leipzig 1886, 64), hier habe der mit rabbinischem Schrifttum erstaunlich gut vertraute arabische Gesandte Gottes, d.h. Muḥammad, den Juden, an das von ihnen täglich zu rezitierende *Schma Jisrael* (Deu 6,4-9:), erinnert, eine Aufforderung auf Gottes Wort zu hören, worauf diese ihm scheinbar *isma' gayra musma'in* („Höre, ohne daß (es) zu Gehör gebracht wird“ [?]) entgegneten. Soll heißen: „ihr Handeln ihm [d.i. Muḥammad] gegenüber stehe keineswegs in Widerspruch zu der Forderung des Gebetes, weil gemäß der Mischna (*Berakhoth* 2.3), הקורא („Wer das *Schma* so rezitiert, dass man es nicht hört, der ist der Pflicht [es zu rezitieren] nicht nachgekommen“ – wobei die Rabbiner sich darüber nicht einig waren). Speyers Ansicht nach habe Muhammad seine Gemeinde gewarnt, es nicht wie die Juden zu machen,

die zwar *sami'nā* „wir hören“ sagen, ihm aber trotzdem nicht gehorchen.

Obwohl dieses Verständnis von Bell (s.o.; „something that is not made audible“)⁵ in seiner Übersetzung berücksichtigt wurde, ist es, hauptsächlich seines hypothetischen Charakters wegen, wie schon A. Ambros (*ZDMG* 136, 1986, 16) bemängelte, nicht überzeugend. Nähme man an, ein wohl der später geschriebenen Heilsgeschichte angehörender *Muḥammad* wäre mit den Feinheiten jüdischer Gebetsvorschriften vertraut gewesen, so bestand doch keine Verpflichtung, dieses Gebet vollständig laut aufzusagen, und obendrein ist es eher unwahrscheinlich, dass auch diese für die Zeit des frühen Islam in Medina angenommenen Juden dieses Gebet ausschließlich unmerklich und lautlos aufsagten. Zudem müsste man dann *gayra musma'* attributiv auf das Gebet als „nicht gehört, unhörbar“ beziehen (in welchem Falle dann arabisch *gayra masmū'* "unhörbar" zu erwarten wäre).

Diese Kritik ist sicherlich berechtigt. Der Vorschlag von Ambos aber (a.a.O. 19ff.) in diesem Vers ein Zitat des alttestamentlichen Buches Jesaja 6:9 („Und er sprach: Gehe und sprich zu diesem Volk: Höret immerfort und verstehtet nicht, sehet immerzu und erkennet nicht“ ... *šimū' šamōa' wə-'al tāḥīnū u-rə'ū rā'ō wə-'al tēdā'ū*) bzw. dessen Wiedergaben im Neuen Testament, Mt 13,14 und Apg 28,26 zu sehen, ist verfehlt. Unseres Erachtens ist wohl eine Anspielung auf die Erwähnung in der Apostelgeschichte wohl eher wahrscheinlich, da diese von der paulinischen antijüdischen Polemik berichtet. Die von Ambros dargelegte Interpretation aber mutet ebenfalls sehr hypothetisch an, sie setzt ja gerade „mystisches Hören“ voraus! Zugleich jedoch weist sie auf eine Schwäche der islamischen Gründungslegende hin: ein schreibunkundiger arabischer Prophet aus Mekka, der das biblische Schrifttum, notwendiger Weise in syrischer (oder gar hebräischer!) Sprache genau kannte.

Hier angekommen und mit der Feststellung, dass bisher keine überzeugende Deu-

⁵ In seinem Kommentar notiert Bell: „Probably refers to the Jewish manner of reciting the Šema' ...“ Blachère hingegen bemerkt lediglich: „Cette phrase désespère toute tentative d'interprétation; il doit s'agir d'une phrase hébraïque non comprise.“

tung dieses Verses vorliegt, schauen wir ihn Wort für Wort an, um zu sehen ob wir zu einer überzeugenderen Deutung kommen können.

„Die Juden“ ... bzw. eher „die das Judentum Annehmenden“?

Das Verb *hāda* ist abgeleitet vom Eigennamen *yahūd* „Juda“, als arabisches Imperfekt verstanden, mit leicht verächtlichem Unterton „das Judentum annehmen, sich wie ein Jude gebärden, jüdeln“ (vgl. etwa Gal 2,14: *ἔθνη ἀναγκάζεις Ἰουδαίους*; zusätzliche Koranstellen mit *alladīna hādū*: 2,62; 4,160; 5,41, 44,69; 61,46; 16,118; 22,17; 62,6). Diese sind immer unterschieden von den, als historisch gedachten (eig. literarischen) Juden des Alten Testaments, die als *banū Isrāʾīl* „Volk Israel“, bzw. (oft im Verbund mit Christen) „denen das Buch oder Teile davon gegeben ward“, bezeichnet werden. Eine andere abwertende koranische Bezeichnung für jüdische Proselyten ist „Leute des Sabbats“. Es handelt sich bei diesen „Jüdelnden“ um arabische Proselyten, wie sie u.a. im vorislamischen Jemen – am bekanntesten etwa der für seine Christenverfolgungen, z.B. zu Nadschran, im 6. Jh. zum ‚Judentum‘ bekehrte König Dhū Nuwās – zu finden sind; sprachlich und kulturell sind sie Araber, wie auch ihr Beitrag zur vorislamischen arabischen Poesie beweist; dass sie ihre arabische Sprache zu handhaben wussten, zeigt die hier behandelte Koranstelle.

Diese Gruppe wird im Übrigen lediglich durch die Beschreibung ihrer religiösen Praxis bezeichnet, nie als Personen namentlich erwähnt. Sie stehen damit in überraschender Parallele zu den „Muslimen *ante litteram*“, die bezeichnet werden als: *alladīna āmanū wa-ʿamilū ṣ-ṣāliḥāti* „diejenigen, welche Glauben und rechtschaffene Werke tun“ (vgl. aber die polyvalente Rolle des arabischen Relativsatzes als latenten Konditional- bzw. Kausalsatz, etwa zu verstehen als "wenn, weil sie recht glauben und rechtschaffene Werke tun"). Es ist aber wichtig zu sehen, dass der Islam vieles der täglichen Orthopraxis, wenn auch in veränderter und angepasster Form – wie Speisegesetze und Fasten –, mit dem Judentum gemeinsam hat; an erster Stelle natürlich auch der absolute Monotheismus, vgl. das *Schma Israel* (s.o.). Nebenher sei hier vermerkt, nicht nur in der Lebenspraxis,

sondern auch auf ideologisch-dogmatischem Feld ist der Gegensatz beider zum Christentum wesentlich größer. Was aber nicht heißen soll, dass sich der werdende Islam nicht mehrheitlich aus christlichen Quellen speist.

ḥarrafa „von der Stelle rücken, an die falsche Stelle setzen“

Die einfache Wortbedeutung, die hier im Zusammenhang, und auch an den wenigen anderen Koranstellen, nahtlos passt, entlarvt von vornherein die weit ausufernde Interpretation muslimischer Kommentatoren „die heiligen Schriften verfälschen“ als von politisch-religiös-dogmatischen Voraussetzungen diktiert. Der Vorwurf der Schriftverfälschung ist ein alter und sagt hier etwas über islamische Vorgeschichte aus: er hat einen langen Vorlauf in der innermonotheistischen Polemik, angefangen bei Kirchenvätern, die den Juden dessen bei Septuagintaübersetzung bezichtigten und dann als gegenseitige Beschuldigung verschiedener christlichen Gruppen, wobei es eigentlich vielmehr um biblische *variae lectionis* bzw. „Fehlinterpretationen“ (aus der Sicht der Anklagenden) handelt. Absichtliche Eingriffe im Text wären einfach festzustellen gewesen und hätten die Schwierigkeit gehabt, ausreichende Kopien zügig in Umlauf zu bringen und weit zu verbreiten. Im Koran wird die Beschuldigung immer pauschal geäußert, und nie mit einer Darlegung, was genau angeblich bewusst abgeändert wurde, belegt. Er setzt hier diese innerchristliche und antijüdische Polemik voraus – vgl. z.B. Justin der Märtyrer, Dialog mit dem Juden Trypho, 73.⁶

Der semitische Sibilantenzirkus in der Rezeption: samiʿnā waʿaṣaynā

Die Wirkung dieser Stelle beruht auf der kaum wahrnehmbaren Minimalopposition zwischen einfachem und emphatischem *s* (س-s vs. ص-ṣ) im Arabischen und anderen semitischen Sprachen, die die emphatischen Laute pharyngal und nicht glottal von einfachen differenzieren. In mündlicher Kommunikation ist die Differenzierung dieser Konsonanten – nach eigener

⁶ Z.B. Trypho §5: „Wenn, wie du behauptest, die Führer des Volkes von der Schrift etwas gestrichen haben, kann es Gott wissen. So etwas aber scheint unglaublich zu sein.“

Erfahrung – an die Erkennung und Rückbindung an bekannte Verbwurzeln, bei Minimalopposition solcher Wurzeln nur durch *s* oder *š* an den Kontext gebunden, vgl. in etwa ‚Saal‘ vs. ‚Zahl‘ bzw. ‚sagen‘ vs. ‚zagen‘ in manchen deutschen Dialekten. Wir haben es hier mit einem Wortspiel auf der Basis von Exod 24,7 *na‘āseh wə-nišmāh* („wir hören und tun dann“) zu tun: das hebräische Verbum *‘āsā* „tun, machen“ ist nur durch den mittleren Konsonanten vom arabischen Verb *‘ašā* „widerstreben, ungehorsam sein“ unterschieden. Wir kennen nicht die Synagogaussprache der jüdischen Diaspora bzw. der ihrer Proselyten des o.a. Verbums und seines mittleren Konsonanten. Nach Ausweis des folgenden Beispiels *isma‘* war sie aber sicher von *š* (ش) unterschieden und damit, wie die anderen Sibilanten (*s* oder gar theoretisch *š*) in kaum wahrzunehmender Minimalopposition zu emphatischem *š* (der Befund gilt auch noch für die heute gesprochenen neu-arabischen Sprachen). Somit konnte sich jeder, der die spöttische Äußerung verwendete, mit einem Hörfehler des Adressaten herausreden: in dieser antijüdischen Polemik, wurde die hebräische Parole „Wir hören und wir tun“ (mutwillig) arabisch *sami‘nā wa-ašaynā* „wir hören und widersetzen uns“ verstanden.

Drei Punkte für den semitischen Sibilanzirkus: (*i*)*sma‘* oder *šma‘*:

Die Synopse der drei sprachlichen „Schmä-hungen“ mit ihren vom Respekt gegenüber der (religiösen und politischen) Autorität geforderten Korrekturen erweist, dass das anschließende *gayra musmi/a‘in* nicht zur Schmäähäußerung gehört, wie dies auch die muslimischen Kommentare übereinstimmend feststellen:⁷

sami‘nā wa-ašaynā *wa-sma‘ gayra*
musma‘in *wa-rā‘inā*

sami‘nā wa-‘aṭa‘nā *wa-sma‘*
wa-nzurnā

Folglich muss im wiederholten *sma‘* eine Änderung vorliegen, bzw. das erste anders artikuliert werden. Damit ist die „hebraisierende“ Aussprache *šma‘* für den ersten

Fall gesichert; zu viele Indizien deuten darauf hin, dass auch auf die hebräische Formel *šma‘ Esra‘el* (u.U. enthalten in Q 112,1 – *Schma Jisrael* „höre Israel“, s.o.) angespielt wird.

Nochmals ist darauf hinzuweisen, dass die historische Aussprache des arabischen *š* im Verhältnis zu *s* umstritten ist. Doch geht aus dem Beispiel hervor, dass eine von der normalen Realisierung des Imperativs *isma‘* „höre“ möglich war, u.U. eine kaum wahrnehmbare Minimalopposition (s.o.), mit der sich der Sprecher dann im Fall der Zurechtweisung auf einen Hörfehler herausreden konnte.

Für die Deutung des die Sprechsituation beschreibenden Zusatzes ist es einfacher, die Formel ins Positive zu wenden: *musmi‘an*, was dann hier bedeutet: „um Gehör, Aufmerksamkeit heischend“. Also im Negativen: „so nicht (in geziemender, respektvoller Weise) um Gehör bittend“. Aus der Sicht der beleidigten Respektsperson: „**So nuschelt man nicht mit mir, wenn man um mein Gehör bittet!**“

Ein weiteres hebräisch-arabisches Wortspiel:

rā‘ in Hebräisch kann bedeuten „Schlimmer Böser“ gegen arabisch imperativ mask. sg. *rā‘i* „behüte“ – möglich wäre auch eine Anspielung auf Jes 6,9 (s.o.) *rə ū rā ō* „sehst immerzu“, da hebr. *rā‘āh* „böse sein“ und *rā‘āh* „sehen“ gleichlautend sind. Auch vorstellbar wäre *rō‘ēh* „Hirte“ wie Ps 80,1 *rō‘ēh yisrā‘el* bzw. *rō‘nū* „unser Hirte“ – beides messianische Begriffe. Hier wiederum kann ein hebräischer Ausdruck auf Arabisch anders verstanden werden.

Zungenbrecherische Zungenfertigkeit als Zugabe: *layyan bi-alsunatihim*:

Parets Wiedergabe „wobei sie mit ihren Zungen Verdrehungen ausführen“ ist eine Perle seines Übersetzungsstils, der Blachères „par enroulement au moyen de leurs langues“ nur wenig nachsteht. Andere Übersetzungen machen es sich zu leicht, wenn sie einfach mit „die Zungen verdrehen“ übersetzen. Dies verkennt die Funktion der arabischen Präposition *bi-* an dieser Stelle, wenn er es als instrumental auffasst. Das Objekt des transitiven Verbs *lawū* „verdrehen, verbiegen“ wird durch *bi-* eingeführt, was bedeuten kann: das Objekt nicht

⁷ Vgl. z.B. aṭ-Ṭabarī, *Ġāmi‘ al-bayān*. Kairo 1954, V, 118f.; *az-Zamahšārī, al-Kaššūf*. Kairo 1966 I, 530; *al-Bayḍāwī, Anwār at-tanzīl*, Ed. Fleischer. Leipzig 1846, I, 212.

direkt, sondern lediglich leicht berühren. Das gibt recht genau den Eindruck einer leichten, kaum wahrnehmbaren Änderung der Artikulation der fraglichen Sibilanten wieder, eben „lispeln“ oder „nuscheln“.

Zurück zur religiösen Polemik, taʿnan fi d-dīn „bezüglich der Religion schmähend“:

Die Präposition *fi* „in“ gibt hier den Geltungsbereich der Handlung an, nicht das direkte Objekt, also „in Bezug auf die Religion, aus religiöser Sicht“. Das wie schon oben *yaqūlūna* („sagen“ – aber zu wem?) und *ḡayra musmiʿin* („Gehör“, jedoch wessen? „In unziemlicher Weise suchend“) das unausgesprochene Objekt der Schmähung ist, wie aus der ganzen geschilderten Situation zu entnehmen, die durch die zweideutigen Anredeformen beleidigte und erzürnte Respektsperson sein muss.

Die kommunikative Situation des Textes:

Die muslimische Auffassung bezüglich des Korans geht von direkter Gottesrede aus. Doch lässt sich diese Fiktion nur aufrecht erhalten, wenn man dem ganzen Text den Imperativ *qul* „sprich“ an das Medium (den Träger der göttlichen Offenbarung) vorausschickt, denn von Gott wird ja in der 3. Person gesprochen. Allerdings bleibt auch dann die Tatsache, dass das Medium der Offenbarung ebenfalls bevorzugt von sich in der 3. Person, noch besser mit distanzierenden Funktionsbezeichnungen redet. Einfacher ist es, eine reale Situation der Konfrontation zwischen dem autoritätsbegabten Subjekt mit seinen Anhängern und seinen Widersachern (den „Jüdelnden“) anzunehmen. Als Reaktion auf die subtile Schmähung und Lächerlichmachung der einen Seite, die wohl verstanden wird, kommt es zur empörten Eruption des Geschmähten, die allerdings nur implizit dem Text zu entnehmen ist, und in der 3. Person adressiert wird. Explizit hätte man sich etwa zu denken: *yaqūlūna li-rasūli llāh* „Sprechen zum Gesandten Gottes“ bzw. *ḡayra musmiʿin rasūla llāh* „in unziemlicher Weise das Gehör des Gesandten Gottes fordernd“. Die Drohung richtet sich als Aufforderung zur Tat an die eigenen Anhänger, als Mittel zur Abschreckung an alle „Jüdelnden“.

Wohl eher ist dann der Kontext dieses Veres als eine polemische Debatte mit entweder Juden bzw. mit dem Judentum Sympathisierenden zu suchen, wohl eher daher in (Nord-)Mesopotamien wo der Exilarch seinen Sitz hatte (vgl. auch das babylonische Talmud) als im Hedschas, wo eine rabbinische Gemeinschaft, wie auch eine christliche (oder gar, ganz anachronistisch, islamische) im 7. Jh. ein Postulat bleiben. Um eine ausreichende Kenntnis der hebräischen Sprache sowie der jüdischen auf hebräisch und aramäisch verfassten Schriften in *Arabia deserta* zu postulieren ist wirklich viel Phantasie nötig. Eher ist an eine Debatte wie etwa Justin des Märtyrers († um 165) *Dialog mit dem Juden Trypho* (Dialogus cum Tryphone) zu denken.

Zum Schluss: Eine adressatenbereinigte Übersetzung von Q 4,46 unter Berücksichtigung der gebotenen Detailanalyse:

Im Vorhergehenden haben wir gesehen, dass in diesem Koranvers eine antijüdische Polemik vorliegt, die ein gewisses Maß an Schriftkenntnis und Mehrsprachigkeit voraussetzt – hier sind Theologen und keine rudimentär alphabetisierten Kaufmänner am Werke! – geläufige von Juden gebrauchte hebräische Ausdrücke werden (mutwillig) auf arabisch pejorativ umgedeutet. Dieses Gemisch aus der gebildeten, „toten“ Gelehrten- und Prestigesprache hebräisch und der damaligen Umgangssprache Arabisch ist nur schwerlich auf Deutsch wiederzugeben, daher, in schlechter Nachahmung Luthers, z.B. über seine Kinder: „Disco et oro mit meinem Hansen und meinem Lenichen – Contra illam securitatem quitidie oro mit meinem Hansen und meinem Lenichen“ (WA 1727),⁸ probieren wir den Sinn mit einer lateinisch-deutschen Mischung wiederzugeben, ohne aber adäquat den beleidigten und drohenden Ton des Originals wiedergeben zu können. Bei den lateinischen Ausdrücken mag man an manchen Gymnasiastenwortspiele („Küchenlatein“) denken, wie etwa *caprum non iam*

⁸ « Stoßen wir in den Tischreden auf eine merkwürdig anmutende lateinisch-deutsche Mischsprache, so ist das ein charakteristischer Ausdruck für die Gesamtentwicklung des christlichen Denkens und Lebens, die sich seit Humanismus und Reformation zweisprachig vollzieht », K.G. Steck, *Luthers Tischreden*, München 1959, S.8). Ein solcher syrisch-arabischer Theologenjargon liegt der Koransprache zugrunde.

habeo („Ich habe keinen Bock“), *Nullus Germanus navigat solus* („Kein Germane schiffte alleine“), *Vera fides rara est* („Vera ist selten treu“). Aus diesen Vergleichen geht hervor, welchen Rang diese Autoritätsbeleidigung als Unglauben einnimmt: sie wiegt jeden anderen richtigen Glauben auf, annulliert ihn!

Sure 4,46, hebräisch-arabisch, in lateinisch-deutscher Übersetzung:

Wenn unter den ‚Jüdelnden‘ von euch welche sind, die Wörter an falscher Stelle setzen, und zu uns (*pluralis maiestatis*), dem Gesandten Gottes, etwa sagen: „Wir haben gehört und *facemus* (doch versteht man hier: *wir widersetzen uns*)!“ oder (genu-scheltem) „*Audi*“, mit dem man sich (bei uns, dem Gesandten Gottes) nicht (auf arabisch geziemend) Gehör verschaffen kann, oder *tucto*, (doch versteht man: *malus noster*) – derart lispelnd und gegen den Glauben schmähend – dann wäre es wahrlich besser und angemessener für sie – und auch für euch? – wenn sie sagten (mit gut arabischen Wörtern): „Wir hören und ge-

horchen!“ und „Höre“ und „Behüte uns!“ Aber Gott wird sie – und euch zusammen – wegen ihres Unglaubens verfluchen; dann ist, was sie (noch) glauben, unerheblich! Für einen einzigen Vers: welcher Umstand und welche Komplikation, könnte man meinen und kopfschüttelnd die Lektüre beenden. Doch haben die vorausgegangenen Ausführungen ihren Zweck erfüllt, wenn dem Leser ein Eindruck von der Vielschichtigkeit des Verständnisses koranischer Verse vermittelt werden konnte, zugleich auch von den vielfältigen historischen Kenntnissen, die Voraussetzung zu ihrer Deutung sind. Als ernüchternde, ja desillusionierende zweite Erkenntnis sei angefügt: Die so gewonnenen Ergebnisse werden schwerlich, eher kaum, das traditionelle und überlieferte Verständnis des Korans bei heutigen Muslimen beeinflussen können.

Bischof Kohlgraf kritisiert seinen Vorgänger Lehmann

Der frühere Bischof von Mainz, Kardinal Karl Lehmann, habe Ausmaß und Tragweite des Missbrauchsskandals in den USA „nicht realistisch eingeschätzt“. Dies erklärte sein Nachfolger, Bischof Peter Kohlgraf im Interview mit der „Zeit“-Beilage „Christ & Welt“ (8.2.2019). Lehmann habe damals gesagt, dass sich die deutsche Kirche nicht den Schuh der Amerikaner anziehen müsse. Doch sei dies „so unklug wie falsch“ gewesen. Außerdem kritisierte Kohlgraf Lehmanns damalige Behauptung, dass sich die Opfer nicht zuletzt aus finanziellen Motiven an die

Kirche wenden würden. Kohlgraf sagte dazu wörtlich: „Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass das nicht stimmt“. Wer sich an die Kirche wende, um über derart traumatische Erfahrungen zu sprechen, dem gehe es nicht um Geld. Kohlgraf weist darauf hin, dass er alle Missbrauchsfälle, aus der Amtszeit Kardinal Lehmanns noch einmal daraufhin überprüfen lassen werde, ob es zu „Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Tätern“ gekommen sei. Der derzeitige Mainzer Bischof sagte weiter, dass nach aktuellem Kenntnisstand den Akten nicht entnommen werden konnte, dass Lehmann Täter bewusst gedeckt oder Missbrauchstaten vertuscht ha-

be. Doch gebe es „viele Vorgänge aus seiner Zeit, zu denen ich heute gerne seine Meinung wüsste. Natürlich habe auch ich Fragen.“

Der aus Sigmaringen (Erzbistum Freiburg) stammende Karl Lehmann war 1983 bis 2016 Bischof von Mainz. Von 1987 bis 2008 war er Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Lehmann war 2001 von Papst Johannes Paul II. zum Kardinal erhoben worden. Er starb am 11.3.2018.

Verschärfung der Stammeskonflikte in Myanmar

Angesichts zunehmender Kämpfe zwischen der Armee von Myanmar und der bud-

dhistischen Rebellengruppe Arakan Armee (AA) fordert der katholische Bischof von Rakhine eine Lösung durch Friedensverhandlungen. "Durch Waffen wird es keine Lösung des Problems geben", sagte Bischof Alexander Pyone Cho der asiatischen Nachrichtenagentur "Uca-news". Mehr als 4.500 Menschen seien bereits vor den Kämpfen im Norden von Rakhine geflohen, so Bischof Cho.

Der Krieg in Rakhine ist ein weiterer Schlag für den ins Stocken geratenen Friedensprozess zwischen Regierung und Armee einerseits und den für Autonomie kämpfenden ethnischen Minderheiten. Der von Staatsrätin Aung San Suu Kyi zur absoluten Priorität erklärte Friedensprozess sei ins Stocken geraten, heißt es in einer aktuellen Analyse des Fachblatts für internationale Sicherheit "Geopolitical Monitor".

Die Arakan Army kämpft für mehr Autonomie des myanmarischen Teilstaates Rakhine und für mehr Rechte der ethnisch-religiösen Minderheit der buddhistischen Arakanesen. Die AA ist Mitglied der "Northern Alliance" ethnischer Milizen wie der Unabhängigkeitsarmee der Kachin und der Miliz der Ta'ang im Shan-Staat; sie lehnen bislang eine Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens mit der Regierung ab. Im Sommer 2017 hatte die Armee aus dem Norden der Provinz Rakhine mehr als 700.000 muslimische Rohingya gewaltsam vertrieben.

Päpstliche Kinderschutzkommission - reformbedürftig

Drei frühere Mitglieder der päpstlichen Kinderschutzkommission, welche 2014 von Papst Franziskus ins Leben gerufen worden war, fordern eine Reform dieser Arbeitsgruppe und hoffen, dass ihr Anliegen auf die Tagesordnung kommt, wenn Vertreter der nationalen Bischofskonferenzen Ende Februar in Rom über das Thema „Missbrauch“ beraten.

In Interviews mit der US-amerikanischen katholischen Wochenzeitung "National Catholic Reporter" plädierten die früheren Kommissionsmitglieder Krysten Winter-Green, Catherine Bonnet und Marie Collins vor allem für eine größere Unabhängigkeit der Kinderschutzkommission von der Kurie und für einen regelmäßigen Austausch mit dem Papst selbst.

Collins, die als Kind von einem Priester in Irland missbraucht worden war, hatte aus Verärgerung über die mangelnde Unterstützung seitens einer Reihe vatikanischer Behörden im Frühjahr 2017 die Kommission verlassen. Die Neuseeländerin Krysten Winter-Green und die Französin Catherine Bonnet waren bei der Neubesetzung des Beratergremiums im April letzten Jahres nicht mehr berücksichtigt worden.

Robert Spaemann ist tot

Anfang Dezember 2018 starb in Stuttgart mit 91 Jahren der Philosoph Ro-

bert Spaemann, der als einer der bedeutendsten katholischen Intellektuellen der neueren Zeit galt.

In einem Nachruf sagte der Bischof von Regensburg, Rudolf Voderholzer, über den gebürtigen Berliner: „Sein Wort hatte Gewicht und fand Gehör in der Welt. Seine glasklaren Analysen und sein unbestechliches Urteil waren ein Kompass in stürmischen und unübersichtlichen Debatten. Der Begründung der Würde des Menschen als Person und deren Schutz vor allen Funktionalismen und Totalitarismen von rechts wie links widmete er sich mit intellektueller Leidenschaft. Seine frühen Warnungen vor den unabsehbaren Folgen der Nutzung der Kernenergie und seine unwiderlegbare Argumentation für den Lebensschutz in der Abtreibungsfrage sind ebenso wertvoll wie seine Gedanken zur Gottesrede nach Nietzsche. Spaemann war ein großer Zeuge für die Vereinbarkeit von Glaube und Vernunft.“

Bistum Eichstätt: Unabhängiger Prüfbericht

Massive „systemische Defizite“ in der Vergangenheit zeigt ein von der Diözese Eichstätt in Auftrag gegebener Prüfbericht einer unabhängigen Anwaltskanzlei zum sogenannten Finanzskandal auf. Diese seien in hohem Maße ursächlich für die in diesem Zusammenhang getätigten risikoreichen Investments des Bistums von rund 60 Millionen US-Dollar in den USA.

Als Beispiele nennen die Anwälte unter anderem die Besetzung des Amtes des Finanzdirektors und die Zusammensetzung des Vermögensverwaltungsrates der Diözese. Dass der ehemalige Finanzdirektor gleichzeitig als Domdekan an der Spitze des Domkapitels stand und dem Diözesanvermögensverwaltungsrat angehörte, zeige ein Kontrolldefizit in der Finanzverwaltung. Die operativen Arbeitsbereiche des Finanzdirektors wurden so unter anderem mit denen eines Mitglieds des Domkapitels verwoben, das den Bischof bei der Leitung der Diözese berät.

Weiterhin sei die Besetzung des Diözesanvermögensverwaltungsrates kirchenrechtswidrig gewesen. Die Mitglieder müssen laut Kirchenrecht unter anderem in wirtschaftlichen Fragen erfahren sein und können nicht in einem Anstellungsverhältnis mit der Diözese stehen.

Ursächlich für diese systemischen Defizite ist laut Prüfbericht ein „ausgeprägter Klerikalismus“, der auf die Erhaltung von Machtstrukturen einiger langjähriger und hochrangiger Mitglieder des Domkapitels abzielte.

Der Bericht weist zudem den ehemaligen Finanzdirektor neben dem ehemaligen stellvertretenden Finanzdirektor und seinem Geschäftspartner als Hauptverantwortlichen im Finanzskandal aus. Das Verhalten des ehemaligen Finanzdirektors sei in hohem Maße als verantwortungslos und pflichtwidrig zu bezeichnen.

Der Prüfbericht wurde der Staatsanwaltschaft zur Un-

terstützung ihrer Arbeit übergeben. Weiterhin erhielten vorab die Klerus- und die Bischofskongregation in Rom sowie der Apostolische Nuntius in Deutschland, Nikola Eterović, die Ausführungen der Anwaltskanzlei.

Vorreiterrolle der Kirche im Gesundheitswesen

Die katholische Kirche ist Trägerin von weltweit 5287 Krankenhäusern. Das berichtete zu Beginn dieses Jahres der vatikanische Pressedienst „Fides“ unter Hinweis auf das aktuelle statistische Jahrbuch der Kirche. Die meisten dieser von der Kirche getragenen Krankenhäuser befinden sich auf dem amerikanischen (1530), dem afrikanischen (1321) und dem europäischen (1020) Kontinent. In 15.722 caritativen Einrichtungen werden alte und behinderte Menschen rund um den Globus betreut.

In abgelegenen Weltregionen seien es vor allem Mitglieder von Ordensgemeinschaften, die unter den dort lebenden Bevölkerungsgruppen eine medizinische Grundversorgung garantieren oder auch in den insgesamt 9552 kirchlichen Waisenhäusern tätig seien.

Weltweit befinden sich u.a. 11.758 Ausbildungsstätten für Krankenschwestern in kirchlicher Trägerschaft, werden 15.937 Apotheken stationär und ambulant unterhalten sowie 13.897 Familien- und Schwangerschaftsberatungsstellen betrieben.

Das Statistische Jahrbuch erinnert u.a. daran, dass die katholische Kirche weltweit federführend bei der medizinischen Versorgung und besonders bei der gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Leprakranken ist.

Indien: Ringen um religiöse Toleranz

Die ökumenische Organisation "Persecution Relief" hat dem indischen Oppositionsführer Rahul Gandhi einen Bericht über die Verfolgung von Christen in Indien übergeben. Der Spitzenkandidat der Kongresspartei bei den bevorstehenden Parlamentswahlen habe mit "Persecution Relief"-Gründer Shibu Thomas über Details der "Hassverbrechen" gegen Christen gesprochen, teilte die Organisation auf Twitter mit.

"Persecution Relief" dokumentiert in ihren Jahresberichten Gewalttaten von Hindunationalisten gegen religiöse Minderheiten in Indien. Rahul Gandhi (48), Enkel der 1984 ermordeten Premierministerin Indira Gandhi, warf der Regierungspartei BJP und Premierminister Narendra Modi im laufenden Wahlkampf wiederholt vor, Religion als "politische Waffe" zu nutzen. Seit den Erfolgen der säkularen Kongresspartei unter Gandhis Führung bei einer Reihe von Landtagswahlen Ende 2018 ist der Nimbus der Unbesiegbarkeit von Modi und der BJP verblasst. Die Verfolgung und Gewalt gegen Christen hat auch im vergangenen Jahr weiter zugenommen, heißt es in dem Report. 477 Fälle wie

Störungen von Gottesdiensten, Vandalismus in Kirchen oder Bibelverbrennungen durch hinduistische "Fanatiker" sind von "Persecution Relief" dokumentiert worden, 37 mehr als im Vorjahr.

Mit 60 Prozent der Fälle sind die Bundesstaaten Uttar Pradesh, Tamil Nadu, Bihar, Madhya Pradesh und Telangana laut Bericht die fünf "Hotspots" der Christenverfolgung. Beschwerden von Christen über diese Verstöße gegen die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit stoßen laut "Persecution Relief" bei der Regierung Modi "auf taube Ohren". Die hindu-nationalistische Regierungspartei BJP gilt als politischer Arm einflussreicher Hindu-Extremisten, die das säkulare Indien in einen hinduistischen Gottesstaat umwandeln wollen.

Schleier-Verbot für Muslimas an Kieler Universität

Die Kieler Christian-Albrechts-Universität hat ein Schleier-Verbot für Muslimas erlassen. Die Kommunikation im Forschungsbetrieb beruhe nicht nur auf dem gesprochenen Wort, sondern auf Mimik und Gestik, begründete die Hochschule laut «Kieler Nachrichten» die Entscheidung. In Lehrveranstaltungen, Prüfungen und Gesprächen, die sich im weitesten Sinne auf Studium, Lehre und Beratung beziehen, dürfe ein Gesichtsschleier nicht getragen werden. Damit reagierte die Hochschule laut Zeitung auf einen Konflikt Ende vergan-

gen Jahres. Eine Studentin sei im Niqab zu einer Vorlesung gekommen. Der Universitätslehrer habe sie deswegen zurechtgewiesen und die Universitätsleitung eingeschaltet. Ende Januar habe das Uni-Präsidium das Schleier-Verbot erlassen.

Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) begrüßte den Beschluss und kündigte eine Gesetzesinitiative gegen das Tragen von Gesichtsschleiern in den Schulen des Landes an.

Kardinal Kasper widerspricht seinem Kollegen Müller

Der frühere Kurienkardinal Walter Kasper hat auf das Anfang Februar veröffentlichte «Glaubensmanifest» von Kardinal Gerhard Ludwig Müller reagiert. Dieses enthalte zwar viele Sätze, die jeder Katholik «nur bejahen könne». Andererseits stünden darin auch «Halbwahrheiten», «pauschale Aussagen» oder Thesen, die man als «private theologische Überzeugung» des Ex-Chefs der Glaubensbehörde betrachten müsse, meinte Kasper in seiner über die Nachrichtenagentur KNA veröffentlichte Erklärung. Müllers Text war zuvor auf mehreren Internetseiten in Englisch, Deutsch und Italienisch verbreitet worden. Als Anlass für diesen Schritt nennt Kardinal Müller eine «sich ausbreitende Verwirrung in der Lehre des Glaubens».

Weil Müller am Ende seines Manifestes vom «Betrug des Antichristen» spricht, sieht Kasper in der Wortwahl seines Kollegen eine Anspie-

lung auf Luthers Kritik am Papst. Er wolle aber nicht glauben, so Kasper, dass hinter dem Manifest jemand stehe, «der sich zu Recht für Reformen in der Kirche einsetzt, diese aber am Papst vorbei und gegen ihn durchsetzen will». Das könne «nur zu Verwirrung und Spaltung führen. Das würde die katholische Kirche aus den Angeln heben», warnt der frühere Leiter des Päpstlichen Ökumene-Rates.

Zwar betone Müller mit Recht das Bekenntnis zum dreifaltigen Gott als einen «fundamentalen Unterschied im Gottesglauben» zu anderen Religionen. Gleichzeitig gebe es aber auch «Gemeinsamkeiten, vor allem mit den Juden wie mit den Muslimen, im Glauben an den einen Gott». «Sind diese Gemeinsamkeiten vor allem heutzutage nicht grundlegend für den Frieden in der Welt und in der Gesellschaft?» fragt Kasper. In seinem «Glaubensmanifest» hatte Kardinal Müller die für ihn grundlegenden Glaubenswahrheiten der katholischen Kirche zum dreifaltigen Gott, zu Jesus Christus, dem Wesen der Kirche und ihrer Sakramente hervorgehoben. Ohne es konkret zu nennen, kritisierte er damit das katholisch-muslimische Konsenspapier, das Papst Franziskus und der Grossimam von Al-Azhar, Mohammad al-Tayyeb vor kurzem in Abu Dhabi unterzeichnet hatten.

Neue Enthüllungen über Sexualdelikte Maciels

Kardinal Bráz de Aviz, Präfekt der Ordenskongregati-

on, erklärte dieser Tage, dass dem Vatikan bereits 1943 erste Dokumente über das Missbrauchsverhalten des Gründers der Legionäre Christi Marcial Maciel Degollado vorlagen.

Der brasilianische Kardinal unterstrich gegenüber dem spanischen katholischen Online-Magazin „Vida Nueva“, dass die Autoren der „mafiosen Vertuschungsmanöver“ nicht zur Ordenskongregation, sondern eher zum vatikanischen Staatssekretariat gehört hätten. Gegen Maciel war dann erstmals in den Jahren 1956-1959 im Auftrag von Kardinal Alfredo Ottaviani, Chef der Glaubenskongregation, wegen mutmaßlichem sexuellen Missbrauch ermittelt worden, d.h. 13 Jahre nach den ersten, von Kardinal Braz de Aviz genannten Berichten. Während dieser vier Jahre war Maciel als Generaloberer der Legion suspendiert worden. Allerdings brachten die Ermittlungen keine Ergebnisse, Maciel kehrte wieder nach Rom und in seine Verantwortlichkeiten zurück und konnte seine Macht weiter ausbauen.

Der 2008 verstorbene Maciel Degollado, enger Freund von Papst Johannes Paul II., hatte 1941 die Legionäre Christi gegründet. 2006 wurde Maciel vom Vatikan zu einem zurückgezogenen

Leben in Buße aufgefordert. 2009 wurde auf Anordnung von Papst Benedikt XVI. eine apostolische Visitation der Kongregation durchgeführt nachdem zweifelsfrei feststand, dass Maciel ein Doppelleben geführt hatte. Maciel hatte drei Kinder mit zwei verschiedenen Frauen und missbrauchte Minderjährige und Seminaristen sexuell. Darunter auch seinen eigenen Sohn. Außerdem hatte er Geld unterschlagen.

Die Legionäre Christi und die ihnen angegliederte Laienbewegung „Regnum Christi“ haben seither ihre Statuten gründlich revidiert. Weggefallen ist u.a. das Gelübde, das Kritik an den Ordensvorgesetzten verboten hatte.

Indonesien: Sorgen vor den Präsidentschaftswahlen

Prominente Vertreter der Katholischen Bischofskonferenz und der beiden größten muslimischen Verbände der Inselrepublik „Nahdlatul Ulama“ und „Liberales Islamnetzwerk“ haben in einer gemeinsamen Stellungnahme vor dem wachsenden Einfluss ultrakonservativer islamischer Kräfte gewarnt.

Diese würden immer dann zu einer ernststen Gefahr, so die Autoren der im Nach-

richtenportal „Jakarta Post“ veröffentlichten Denkschrift, wenn sie mit der Attitüde „religiöser Ausschließlichkeit“ auftreten und sich für politische Zwecke instrumentalisieren lassen.

Indonesien hat 265 Millionen Einwohner, die mehrheitlich dem sunnitischen und besonders vom Iran geförderten (????) Islam angehören. Im Mai wählen die Indonesier einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament.

Beobachter befürchten, dass es im Wahlkampf zu einer Neuauflage der islamistischen Kampagne von 2017 gegen die Wiederwahl des christlichen Gouverneurs von Jakarta, Basuki "Ahok" Tjahaja Purnama, kommen könnte. Ahok verlor die Wahl und wurde später wegen Blasphemie zu zwei Jahren Haft verurteilt. Seitdem ist ein fundamentalistischer Islam salafitischer Prägung auf dem Vormarsch.

Zur Befriedung der Islamisten hat Staatspräsident Joko Widodo den konservativen islamischen Imam Ma'ruf Amin zu seinem Vizepräsidenten gemacht. Widodos Gegenkandidat Prabowo Subianto hat sich derweil mit militant-islamistischen Kräften verbündet.

Helfen zur Selbsthilfe

www.misereor.de

MISEREOR
● DAS HILFSWERK

Fundsachen

Seelen-Schutzgebiet

Die Welt, bedacht auf platten Nutzen,
Sucht auch die Seelen auszuputzen;
Das Sumpf-Entwässern, Wälder-Roden
Schafft einwandfreien Ackerboden
Und schon kann die Statistik prahlen
Mit beispiellosen Fortschrittszahlen.
Doch langsam merkens auch die Deppen:
Die Seelen schwinden und versteppen!
Denn nirgends mehr, so weit man sieht,
Gibt es ein Seelen-Schutzgebiet:
Kein Wald, drin Traumes Vöglein sitzen,
Kein Bach, drin Frohsinns Fischlein blit-
zen,
Kein Busch, im Schmerz sich zu verkrie-
chen,
Kein Blümlein, Andacht draus zu riechen.
Nichts, als ein ödes Feld – mit Leuten
Bestellt, es restlos auszubeuten.
Drum, wollt ihr nicht zugrunde gehn,
lasst noch ein bisschen Wildnis stehn!

Eugen Roth

Zechpreller

Der österreichische Schriftsteller Karl Heinrich Waggerl (1897-1973) war nicht nur bekannt für seinen Humor, sondern auch für seine Gabe, die komplizierten Dinge des Lebens auf einen kurzen Nenner zu bringen. In dem bei dtv (2587) erschienenen Büchlein „Die Kunst des Müsiggangs“ resümiert der Autor auf S.14: „In der Jugend lebt man eine gute Weile recht munter vom Kapital, später begnügt man sich mit den mageren Zinsen, die der Rest abwirft, und ganz zuletzt stehen wir wohl alle als Zechpreller vor dem Richter.“

Friedensdiktat

Im Versailler Friedensdiktat von 1919, d.h. vor nunmehr genau 100 Jahren, verordneten die Siegermächte des 1. Weltkrieges Deutschland umfangreiche Reparationszahlungen und Landabtretungen. Alle

Kolonien gehen verloren, und Elsass-Lothringen fällt an Frankreich, Eupen-Malmedy an Belgien. Posen, West-Preussen und Teile von Hinterpommern gehen an Polen. Das Saarland wird unter internationale Aufsicht gestellt.

Papst **Benedikt XV.**, (???) der bereits während des Krieges eine „gleichzeitige und gegenseitig kontrollierte Abrüstung“ gefordert hatte, verurteilte die Bedingungen des sogenannten „Versailler Vertrags“ scharf.

Skandalös

Von den inzwischen knapp 8 Milliarden Erdenbewohnern sind rund 1,8 Milliarden unterernährt. Nichts unterstreicht das Ausmaß dieses Skandals mehr als die fast unglaubliche Tatsache, dass es derzeit genauso viele übergewichtige Menschen gibt, deren „Extrapfunde“ vor allem auf unkontrollierten und gesundheitsschädlichen Nahrungsmittelkonsum zurückgeführt werden müssen.

Marco Polo

Marco Polo (1254-1324) kam in einer wohlhabenden venezianischen Händlerfamilie zur Welt. Zusammen mit seinem Vater Nicoló und seinem Onkel Maffeo brach der erst 17-jährige 1271 zu einer Asienreise auf, die insgesamt 24 Jahre dauerte. Der detaillierte Bericht über diese Reise hat Marco Polo weltberühmt gemacht und galt bald über Italien hinaus als „Lehrbuch“ für Expeditionen in ferne Länder und Regionen.

Weil Kritiker und Neider viele der Erzählungen des Venezianers für „Schaumschlägereien“ hielten, sollen Priester, Freunde und Verwandte Marco Polos gegen Ende seines Lebens wiederholt gefordert haben, er möge „um des Seelenheiles willen den Lügengeschichten abschwören“.

Auf dem Sterbebett aber, so der Chronist Jacopo d'Aqui, habe Marco Polo noch einmal nachdrücklich erklärt: „Ich habe nicht die Hälfte dessen erzählt, was ich gesehen habe!“

Die Wehrlosen

Opfer und Leidtragende bewaffneter Konflikte sind seit geraumer Zeit vor allem wehrlose Zivilisten. Während im 1. Weltkrieg statistisch nur 5 Prozent der Opfer Zivilisten waren, stieg der Anteil im 2. Weltkrieg bereits auf 50 Prozent. In den Kriegen der vergangenen 20 Jahre sind über 90 Prozent der Toten, Verstümmelten und Vertriebenen Zivilisten. Belege für diese traurige Bilanz kommen u.a. von den Kriegsfrenten in der Demokratischen Republik Kongo (seit 1997), in Syrien (seit 2011) und im Jemen (seit 2015).

Ein zerronnener Traum

Portugals Hauptstadt Lissabon gilt unter den Touristen als eine der faszinierendsten Reiseattraktionen in Europa. Jahrhunderte lang war die Stadt über den Ufern des Tejo Zentrum eines Weltreiches. Es war ein letzter, trotziger Versuch, den Glanz vergangener Tage zu beschwören, als der Diktator Antonio de Oliveira Salazar Mitte der 1960-er Jahre in Lissabon das sogenannte „Denkmal der Entdeckungen“ errichten ließ. In einem gigantischen Windrosen-Mosaik zeigt es Meere und Kontinente, die für Generationen seiner Landsleute zum „Traum von Macht, Wohlstand und Reichtum“ wurden. Der Fall Lusitaniens begann im frühen 19. Jahrhundert als Frankreich, England und die Niederlande die einstige Weltmacht zum „Stallknecht Europas“ degradierten.

Ehre, wem Ehre gebührt

Kein Tier stand in den Wüsten- und Steppe-Regionen Nordafrikas und des Vorderen Orients über Jahrtausende hinweg in so hohem Ansehen wie das Kamel. Niemand durfte abfällig über die Langbeiner reden, bei denen es sich überwiegend um die einhöckrigen Dromedare handelt. Sie galten als Inbegriff des Reichtums, der Genügsamkeit und der Ausdauer auf unwegsamen Handelsrouten. Nicht nur die siebzehn Versmaße des klassischen Arabisch werden auf den charakteristischen Laufstil des Passgängers zurückgeführt. Auch mit der Hochnäsigkeit

der Kamele soll es – der Legende zufolge – seine eigene Bewandnis haben: als einziges Tier könne sich das Kamel nämlich rühmen, den hundertsten Namen Allahs zu wissen, während den Gläubigen des Islams nur 99 bekannt seien.

Beduinen erzählen sogar, dass Gott bei der Erschaffung der Welt zwei Tonklumpen reserviert habe, um daraus die Dattelpalme und das Kamel zu formen. Ehre also, wem Ehre gebührt.

Vermutung

Nachdem der brasilianische Ex-Präsident Luiz Ignácio Lula da Silva Anfang Februar 2019 in Curitiba in einem zweiten Bestechungsprozess von der Richterin Gabriela Harth zu 12 Jahren und 11 Monaten Haft verurteilt worden war, rätselten viele Internetsurfer, warum wohl die Nachfolgerin des Lava-Jato-Richters Sergio Moro, der seit 1. Januar 2019 neuer Justizminister ist, nicht „aufgerundet“ habe. „Ganz einfach“, vermutete ein smarterer Blogger. „Weil 13 eine Unglückszahl ist!“

1600 Milliarden

Jüngeren Schätzungen zufolge erwirtschaften Kriminelle weltweit beim Verkauf von Drogen, beim Menschen- und Waffenhandel sowie bei krummen Geschäften mit gefälschten Markenprodukten pro Jahr sage und schreibe 1600 Milliarden US-Dollar – fünfmal so viel wie der deutsche Staatshaushalt 2018. Spitzenverdiener sind die Drogendealer mit einem Jahreschnitt von sagenhaften 470 Milliarden US-Dollar.

„Herolde des Himmels“

Ab dem 7. Jahrhundert begannen Mönche in Europa Glocken zu gießen, und ab dem 13. Jahrhundert wird aus den Glockengießern eine renommierte Zunft. Glocken galten unter den Gläubigen als „Herolde des Himmels“, die hinter den Menschen herliefen, um sie mit unüberhörbarer Stimme zu einem gottgefälligen Leben zu ermahnen.

Wie oft der liebe Gott den im Kremel hängenden, 1533 gegossenen und 200 Tonnen schweren „Glockenkaiser“ gegen die Übeltäter unseres Planeten mobilisierte, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die Glosse

Februar 2019

Lieber Joseph, alter Kumpel,

Du hältst es nicht für möglich! Heut morgen wurde im Bayerischen Rundfunk eine Mess aus Bliessen (Saarland) übertragen, und die Mess beginnt mit „Ein Haus voll Glorie schauet“. Du weißt es ja wie ich aus der Zeitung, in welchem Schlamassel die Kirch steckt, seit von Amerika bis Australien die Missbrauchsfälle sie erschüttern und ihr jede Glaubwürdigkeit ruiniert haben. Das muss so katastrophal sein, dass der Papst Franziskus weltweit die Vorsitzenden der Bischofskonferenzen, die Ordensoberen usw. nach Rom zu einer Synode über den Missbrauch von Priestern (meist an Kindern) zusammengerufen hat. Also hält Franziskus die Auswirkungen für bedrohlich, und sucht zu retten, was noch zu retten ist.

Und in dem Zustand der Kirch beginnt der Pastor, als wie, wenn nichts wär, die Mess triumphalistisch mit „Ein Haus voll Glorie schauet weit über alle Land“, einem geschmetterten Protzlied.

Joseph, das kommt mir vor, als wenn die NSDAP 1945 auf einer letzten Parteiversammlung, nachdem der Russe schon die Vorstädte von Berlin erobert hat, mit der gegröhlten Hymne „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“ angefangen hätt.

Joseph, wenn Dir mein Vergleich zu hart ist, kannst Du die wirkliche Verfassung von unserer Kirch als „Haus voll Glorie“ auch mit der Stimmung auf der Titanic vergleichen, nachdem die den Eisberg gerammt gehabt hat und allen Passagieren ihr Untergang vor Augen stand. Damals hat auch die Bordkapelle gespielt, als wie wenn nichts wär: „Näher mein Gott zu Dir, näher zu dir.“

Joseph, nimm mir mein Jammern nicht krumm! Ich muss meinem Herzen Luft verschaffen, und wo könnt ich mich dabei ohne Hemmungen gehen lassen, wenn nicht bei Dir, meinem Kumpel.

Leb wohl bis zum Stammtisch am Donnerstag. Dort können wir weiterreden.

Dein wildgemachter Kamerad

Sepp

P.S.: Was dem Zirkus die Krone aufgesetzt hat: Das Evangelium in dieser Mess war das von den acht Seligpreisungen. Stell Dir den predigenden Jesus vor, wie der sich den Armen, den Schwachen, den Friedfertigen zuwendet und man tät ihm vor oder nach seiner Bergpredigt mit einem Lautsprecher „Ein Haus voll Glorie schauet“ dazwischen posaunen. Der Jesus würd zusammenschrecken, wie wenn ihm plötzlich eine Blaskapelle mit einem Gassenhauer dazwischen funken tät.
